Wahl gefälscht? S. 24

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 39 – 28. September 2013
Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Siegerin: Merkels monarchisch-mütterliche Attitüde kam bei den Deutschen gut an

Bild: action press

Es lebe die Königin

SPD in der Zwickmühle: Wortbruch, Opposition oder Zuträger von Merkel

Doch auch die CDU hat ein Problem. Ein großer Teil der Wähler gab der Partei nur wegen Merkel die Stimme. Andere Alphatiere hat die CDU aber inzwischen auch nicht mehr.

Die Deutschen hätten ihre „Königin Angela I." gewählt, kommentiert die spanische Zeitung „El Mundo" den Wahlsieg der CDU-Chefin recht treffend. Der andernorts oft zitierte Vergleich mit der „Eisernen Lady", der britischen Premierministerin Margaret Thatcher von 1979 bis 1991, hinkt hingegen: Thatcher war eine Überzeugungstäterin, die für ihre Positionen leidenschaftlich stritt, dabei oft hoch pokerte und die Gefahr ihres Sturzes in Kauf nahm, wenn es um die Sache ging.

Thatcher also war Parteipolitikerin im besten Sinne. Merkel dagegen schwebt einer Monarchin ähnlich lieber über den Dingen, hält sich mit Meinungsäußerungen im Hintergrund. Und wenn es doch einmal ernst wird, wirft sie selbst grundlegende Positionen umgehend über Bord – siehe Fukushima.

Die monarchisch-mütterliche Attitüde kam glänzend an bei den Deutschen. Zumal der Versuch der linken Opposition, Deutschland zum sozialen Notstandsgebiet zu erklären, nicht mit dem übereinstimmte, was die Menschen empfinden: „Uns geht's doch gut!"

> Koalitionspartner erdrosselt, eigene Partei zur Ruhe gebettet

Auch konnte die Euro-Problematik nicht wirklich zünden, was die AfD unter fünf Prozent hielt. Die Krise ist für die Deutschen nach wie vor etwas eher Abstraktes. Die gigantischen Kredite, Bürgschaften und Zahlungen, die Deutschland bislang geleistet hat, schlagen sich noch nicht im alltäglichen Leben der meisten Bürger nieder, weshalb allenthalben der Eindruck dominiert, dass die Warnungen übertrieben und die Gefahren gar nicht so groß seien.

Die SPD steckt in einer fürchterliche Lage. Rot-Rot-Grün doch zu machen, wäre ein Wortbruch sondergleichen. Neuwahlen dürften vor allem Merkel helfen – bei unsicheren Verhältnissen scharen sich die Deutschen traditionell um die amtierende Regierung. Bliebe also die Koalition mit Merkel. Die brachte den Sozialdemokraten 2009 das schlechteste Ergebnis seit Gründung der zweiten Republik, ebenso jetzt den Liberalen, die sie obendrein die parlamentarische Existenz kostete.

Für die CDU stellt sich nach Abklingen der Jubelstürme noch eine ganz andere, nicht minder gravierende Frage. Einst wimmelte es in der CDU von Alphatieren, von Führungspersönlichkeiten der ersten Kategorie. Das brachte oft Streit und Intrigen mit sich, bescherte der Partei aber auch ein stolzes Tableau an vorzeigbaren Repräsentanten.

Heute herrscht der Eindruck, dass da nur noch Angela Merkel sei, umgeben von Zuträgern und Höflingen, von Leuten also, die nicht wirklich auf eigenen Beinen stehen, sondern ganz allein an der Gunst der „Monarchin" hängen. Was wird aus einer solchen Partei, wenn die „Königin" vom Thron gestiegen ist? So wie Merkel ihre Koalitionspartner erdrosselt hat, so hat sie, wie es scheint, auch die CDU zur Ruhe gebettet.

Hans Heckel

Jan Heitmann:

Ein finsterer Verdacht

Wenn man meinte, in unserer gefestigten Demokratie an etwas glauben zu dürfen, dann war es die Ordnungsmäßigkeit von Wahlen. Schließlich leben wir in der Bundesrepublik Deutschland und nicht in der DDR mit ihren 99-Prozent-Ergebnissen oder in einer Bananenrepublik. Das Wahlgesetz geht davon aus, dass alle an der Auszählung Beteiligten ihre Aufgabe ehrlich und sorgfältig erfüllen und dass es gegen Versehen oder gar Manipulation ausreichende Sicherheitsvorkehrungen und Kontrollmöglichkeiten gibt. Und erst recht gehen die Wähler davon aus. Die Gewissheit, dem Staat und seinen Wahlhelfern in dieser Hinsicht vertrauen zu können, ist nun getrübt, seit es nach der Bundestagswahl zahlreiche Hinweise auf Manipulationen in den Wahllokalen gibt (s. S. 24).

Möglich sind Wahlfälschungen allemal. Aber sind sie auch wahrscheinlich? Man sollte nicht automatisch davon ausgehen, dass interessierte Parteikreise diesbezügliche Skrupel hegen würden. Hier sei nur an die manipulierten Mitgliederbefragungen bei der FDP und der Hamburger SPD erinnert. In dem einen Fall wurden nicht an alle Mitglieder Wahlunterlagen verschickt und das Ergebnis auf unsaubere Weise beeinflusst, im anderen Fall mehrere tausend Wahlzettel vor der Auszählung gestohlen. Schon diese beiden Beispiele belegen eine Verluderung der demokratischen Gepflogenheiten. So könnte es nicht verwundern, wenn auch die Ergebnisse der Bundestagswahl beeinflusst worden sein sollten. Sollte sich dies tatsächlich als gegeben herausstellen, wäre unsere Demokratie massiv beschädigt.

AfD: Keine Verschnaufpause

Bernd Lucke zur Zukunft der »Alternative für Deutschland«

Am Montag nach der Bundestagswahl nahm der Sprecher der „Alternative für Deutschland" (AfD), Bernd Lucke, auf einer Pressekonferenz Stellung zur Zukunft der jungen Partei. Nach dem knapp verpassten Einzug in den Bundestag werde sich die AfD auf die Europawahl am 25. Mai 2014 und die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg konzentrieren.

Auf die Frage der *PAZ*, ob er sich vorstellen könne, selbst für das Europaparlament zu kandidieren, antwortete Lucke, hierzu habe er noch keine Entscheidung getroffen. Ferner erklärte er, wann mit präziseren Antworten der AfD auf viele politische Fragen jenseits der Euro-Thematik zu rechnen sei und wann es einen neuen Parteitag gebe: „Wir werden im Dezember oder Januar einen Bundesparteitag abhalten. Dieser wird die Wahlliste für die Europawahl aufstellen und möglicherweise auch in anderen Bereichen Personalentscheidungen vornehmen."

> Europawahl 2014 als nächstes Ziel

In den letzten Monaten sei neben dem Bundestagswahlkampf bereits „erhebliche inhaltliche Arbeit" geleistet worden. In Landesverbänden hätten sich Arbeitskreise zu zahlreichen Themen gebildet. Auch seien Bundesfachausschüsse eingerichtet worden. „Die Programmdebatte ist voll unterwegs", so Lucke gegenüber der *PAZ*. Er könne sich „gut vorstellen", dass man zu Beginn des nächsten Jahres in einzelnen Politikfeldern Beschlüsse fassen werde, die „deutlich über das hinausgehen", was man derzeit im AfD-Wahlprogramm finde. Auf die Frage eines Journalisten, wie er zu den „Rechtskonservativen" stünde und ob er sich für die AfD eine Position „rechts von der Union" vorstellen könne, erklärte er: „Wir sind ganz bestimmt keine konservative Partei und wollen dies auch nicht werden." *Michael Leh*

(Siehe Kommentar Seite 8)

Ende des Wohlfahrtsstaats

Niederländischer König schwört Landsleute auf Selbstverantwortung ein

Als der niederländische König Willem-Alexander wenige Tage vor der deutschen Bundestagswahl seine Thronrede hielt, wurde auch in deutschen Medien viel darüber berichtet. Doch während die meisten Zeitungen darüber schrieben, dass er sich bei seiner Mutter, der Ex-Königin Beatrix, bedankte und seinem toten Bruder Friso gedachte, erwähnten nur wenige, dass er zugleich das Ende des klassischen Sozialstaates in den Niederlanden verkündete.

Die Niederlande gehören neben Deutschland, Finnland und Österreich zu den starken Partnern in der Euro-Gemeinschaft. Dass nun ausgerechnet eines dieser starken Länder zuerst einen Abgesang auf den Wohlfahrtsstaat anstimmt, sollte aufhorchen lassen, zumal die vom König gesprochenen Worte aus der Feder des Ministerpräsidenten Mark Rutte stammen. Der Rechtsliberale regiert zusammen mit den Sozialdemokraten und versucht, notwendige Einsparungen in Höhe von sechs Milliarden Euro für 2014 durchzusetzen. Da die Finanz-, aber auch die Euro-Krise die niederländische Wirtschaft stark getroffen haben, sanken die Staatseinnahmen, was die Staatsverschuldung über die von der EU erlaubte Drei-Prozent-Grenze schnellen ließ. Nun erwartet die Beamten eine Nullrunde. Bei Pflege, aber auch Familienförderung, Bildung, Arbeitslosenversicherung, Rente und im Gesundheitswesen wird gespart. All das ist in der Bevölkerung höchst umstritten, was die Minderheitsregierung weiter schwächt. Allenfalls die Kürzungen bei der Entwicklungshilfe, beim öffentlichen Rundfunk und im Energiebereich werden toleriert.

> Einsparungen treffen das ganze Sozialsystem

König Willem-Alexander forderte in seiner Rede mehr Selbstverantwortung von seinen Landsleuten und sprach von einer „Teilnahme-Gesellschaft", in die sich jeder einbringen solle. *Rebecca Bellano*

MELDUNGEN

Christen im Ghetto

Islamabad – Weitgehend unbeachtet blieb in der Vergangenheit die Situation der Christen in Pakistan. So leben in der Hauptstadt Islamabad Tausende von Christen in einem Ghetto ohne Trinkwasser und ohne hygienische Einrichtungen. Sie dürfen nur niedrige Berufe ergreifen und haben auch sonst kaum Rechte. Eines dieser mit Zäunen oder Mauern abgeriegelten Ghettos ist das „Französische Viertel“ in Islamabad. Das Ministerium für Minderheiten, das ihre Interessen vertreten sollte, wurde abgeschafft. Es kommt immer wieder zu Entführungen junger Christinnen, die dann unter Zwang zum Islam übertreten müssen. Die Täter werden geschützt. Haroon Barkat Masih, Vorsitzender der Masihi-Stiftung für Menschenrechte: „In Pakistan fasst eine Form des Islams Fuß, die schlimmer als extremistisch ist.“ *J.F.*

Suspendierter Lehrer siegt

Münster – Der wegen seiner Islamkritik vom Dienst suspendierte Dortmunder Lehrer Daniel Krause hat auch in zweiter Instanz Recht bekommen. Krause hatte im Juni 2012 bei einer Demonstration gegen radikale Salafisten spontan das Wort ergriffen und gesagt, als bekennender Homosexueller habe er mehr Angst vor Islamisten als vor Neonazis. Daraufhin wurde er von der Bezirksregierung Arnsberg vom Dienst suspendiert (siehe *PAZ* 30/2012 und 2/2013). Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen erklärte das Dienstverbot aus formalen Gründen jedoch für rechtswidrig und hob es auf (siehe *PAZ* 27/2013). Am 12. September hat das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen den dagegen von der Bezirksregierung eingelegten Antrag auf Zulassung der Berufung abgelehnt. In seinem Beschluss stellte das Oberverwaltungsgericht fest, dass keine hinreichende Begründung für eine Suspendierung vorgelegen habe. Damit ist das erstinstanzliche Urteil rechtskräftig. *J.H.*

Die Schulden-Uhr: 264,80 Euro für den ESM

Aus einer Übersicht des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) für den Europaabgeordneten Elmar Brok geht hervor, wie viel die jeweiligen Staatsbürger durchschnittlich vergangenes Jahr an die internationale Finanzinstitution mit Sitz in Luxemburg gezahlt haben. Die Bundesbürger stehen mit 264,80 Euro pro Kopf hinter Luxemburgern (373 Euro), Iren, Niederländern und Finnen an sechster Stelle. Es folgen Österreich, Belgien, Frankreich, Italien, Spanien und Griechenland. Am wenigsten zahlen die Esten mit 116 Euro pro Nase. Bis Mitte 2014 soll die Bareinlage des ESM um weitere 32 Milliarden auf dann 80 Milliarden gesteigert werden. *M.R.*

2.078.899.101.304 €

Vorwoche: 2.078.364.411.400 €
Verschuldung pro Kopf: 25.857 €
Vorwoche: 25.850 €

(Dienstag, 24. September 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Und die Party geht weiter ... bis es kracht

Politik des billigen Geldes wird fortgesetzt

Der deutsche Aktienindex Dax erreicht derzeit Bestwerte. Doch das ist nicht der guten Konjunktur und den hohen Unternehmensgewinnen zu verdanken, sondern der Politik des billigen Geldes der Zentralbanken. Doch diese wird inzwischen selbst für gesunde Volkswirtschaften zur Gefahr.

Larry Summers zog seine Kandidatur für den Chefposten der US-Notenbank Fed zurück, bevor der Machtkampf auch nur begonnen hatte. Eine machtvolle Allianz, angeführt von linken Ökonomen und der US-Bankenlobby, war gegen den Mann in Stellung gegangen, der Bill Clinton, US-Präsident von 1993 bis 2001, als Finanzminister gedient hatte.

Summers Rückzug bestärkt die Befürchtung, dass die Notenbank bei der Politik der uferlosen Geldproduktion auch in den kommenden Jahren bleiben wird, selbst wenn der derzeitige Fed-Chef Ben Bernanke 2014 seinen Hut nimmt. Summers wollte zu einer solideren Geldpolitik zurückkehren.

Im Frühjahr hatte Bernanke angedeutet, dass die US-Währungshüter noch im Laufe dieses Jahres ihr Programm zum Ankauf von US-Staatsanleihen im Wert von je 85 Milliarden US-Dollar pro Monat zurückfahren könnten. Durch die Ankäufe finanziert die Notenbank das horrende Defizit der Regierung mit ungedecktem Geld, dem kein volkswirtschaftlicher Gegenwert gegenübersteht – für die Anhänger einer konservativen Geldpolitik, wie sie die Bundesbank über Jahrzehnte erfolgreich betrieben hatte, eine Todsünde.

Nach dem jähen Ausscheiden von Summers tritt mit Janet Yellen eine Kandidatin zurück ins Rennen, die als Verfechterin des „billigen“ Geldes gilt. Ist das schlimm? Kommt auf den Blickwinkel an: Eine solche Politik produziert Gewinner und Verlierer. Auf der Gewinnerseite stehen verschuldete Staaten und Banken, Verlierer sind die Sparer.

Indem die Notenbank dem Staat dessen Anleihen abkauft, finanziert sie ihn direkt, und das zu sagenhaft niedrigen Zinsen. Dieses Zinsniveau überträgt sich auf den gesamten Markt, denn wo es billigsten Kredit ohne Grenzen gibt, da muss nicht mehr mit attraktiven Zinssätzen um private Anleger, sprich Sparer, geworben werden. Die Banken brauchen sich zudem nicht auf das riskante Geschäft mit Privat- und Firmenkrediten einzulassen. Stattdessen spekulieren sie mit dem billigen, sprich äußerst zinsgünstigen, Geld, das die Notenbank unablässig in den Markt pumpt. Da auch andere große Notenbanken wie die Bank von England, die Bank von Japan und die Europäische Zentralbank (EZB) ähnlich verfahren wie die Fed, ist eine globale Niedrigzinsblase entstanden. Abzulesen ist diese an Börsenkursen, die in höchste Höhen steigen, obwohl die Wirtschaft vor sich hindümpelt: Dort sammelt sich das frische Geld. Das angebliche Ziel, mit dem billigen Geld die Konjunktur in der Realwirtschaft anzukurbeln, wird nach wie vor nicht erreicht, da die Finanzbranche lieber an den Finanzmärkten Spekulationsgewinnen nachjagt.

Die Befürworter der uferlosen Geldproduktion argumentieren, dass die Summen schon irgendwann in die Realwirtschaft durchdringen und dort die Konjunktur tatsächlich wieder in Gang bringen. Doch danach sieht es kaum aus. Und das Beispiel Japans zeugt davon, dass dies auch so bleiben dürfte. Skeptiker sehen daher die Zerstörung von Geld und Spargutheben als viel wahrscheinlicheres Endresultat der massenhaften Geldschöpfung an denn ein Anspringen der Konjunktur.

Japan verfolgt die Politik des billigen, unbegrenzt produzierten Gelds schon seit mehr als 20 Jahren. Ergebnis: Die Staatsverschuldung entspricht mittlerweile 250 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt, BIP) des Landes. Und sie steigt um zehn Prozent jährlich an. Vergleich: In Deutschland liegt die Schuldenquote bei gut 80 Prozent des BIP und steigt derzeit nur minimal.

Erste Folge: Obwohl Japan für seine Staatsschulden nur Minimalzinsen von rund einem Prozent und weniger zahlt, geht laut Schätzungen bereits die Hälfte der Steuereinnahmen für den Schuldendienst drauf. Der erhoffte Wirtschaftsaufschwung aber bleibt weitgehend aus. Kritiker fürchten, dass das Inselreich in den kommenden Jahren einen finanziellen GAU erleben könnte. Ab einem bestimmten Moment verlieren historischen Erfahrungen zufolge die Menschen das Vertrauen in die Schuldentragfähigkeit ihres Staates und die Haltbarkeit von dessen Währung. Massive Inflation ist die Folge, auf welche Regierungen, etwa die deutsche 1923, mit noch rasanterem Gelddrucken reagieren. Die niedrig verzinsten Staatsanleihen verlieren drastisch an Wert.

In Japan sind neben der staatlichen Postbank vor allem Rentenfonds bis unters Dach voll mit Staatsanleihen. Würden die Anleihen in ihren Depots im Wert verfallen, zeichnet sich nach der geldpolitischen auch eine soziale Katastrophe in dem überalterten Volk an. Millionen japanische Sparer verlören einen Gutteil ihrer Altersvorsorge.

Da die Entwicklung in den USA, Großbritannien und mit Abstrichen auch in der Euro-Zone in eine ähnliche Richtung geht, käme der Zusammenbruch Japans dem Blick in eine Zukunft gleich, die andere Weltregionen wie die unsere noch vor sich haben. Dabei wirkt das billige Geld wie eine Droge auf Finanzmärkte und Regierungen. Solange Kredit so günstig zu haben ist, bleibt die Neigung, sparsam zu sein, eher gering. Und die Finanzmärkte können mit der Geldflut jonglieren und damit noch mehr Geld verdienen. Da sie zudem davon ausgehen, dass der Staat sie nie pleitegehen lassen würde, spekulieren sie quasi risikofrei und daher umso gewagter.

Für die politische Linke ist der Prozess durchaus begrüßenswert. In ihren Augen liegt ohnehin zu viel Vermögen in privater und zu wenig in staatlicher Hand. Die (offen oder verdeckt) staatlich gelenkten Notenbanken sorgen mit ihrer Niedrigzins- und Geldschwemmenpolitik dafür, dass das Vermögen von privater in staatliche Hand übergeht – ganz ohne Steuererhöhungen oder gar offene Enteignungen. Wobei Privatvermögen nicht gleich Privatvermögen ist: Das ganz große Privatkapital spielt in der Liga der Banken, nicht der Sparer, und hat daher auch ganz andere Interessen als der gewöhnliche Mittelschichtler. „Großinvestoren“ wie George Soros profitieren massiv von der Geldschwemme und können ihre Gewinne in sichere Sachwerte investieren, bevor die Währung zerrüttet ist. So zog Multimilliardär Soros denn auch mit linken Ökonomen und der Bankenlobby einträchtig an einem Strang, als es galt, Larry Summers zu verhindern, weil dieser zu einer (etwas) solideren Geldpolitik zurückkehren wollte. *Hans Heckel*

Foto: action press

Minderheit hebelt Gesetze aus

Großbritannien: Paralleljustiz durch Scharia-Räte

Obwohl nach Umfragen fast 80 Prozent der Briten den Islam als Bedrohung der westlichen Zivilisation begreifen, nehmen die Muslime des Landes mehr und mehr das Heft des Handelns in die Hand und bestimmen Regeln des öffentlichen Lebens. Die Zuwanderung ist ein koloniales Erbe und erzeugt eine rasche Vermehrung von Anhängern des Propheten etwa aus Pakistan, Bangladesch, Indien und arabischen Ländern. Inzwischen suchen wegen der Untätigkeit der Politik viele Briten ihre Zuflucht in antiislamischen Vereinen wie der „English Defense League“. Gleichwohl steigt auch die Zahl der Briten, die zum Islam konvertieren.

Zwar beträgt der Anteil der Muslime an der 63 Millionen Einwohner zählenden Gesamtbevölkerung nur vier Prozent, doch macht sich ihr Einfluss stark bemerkbar. Ihr Rechtssystem der Scharia durchdringt schleichend das öffentliche Leben der Insel. Schon 1982 etablierte sich in London der erste Scharia-Rat. Seither bestimmen er und Dutzende weitere solcher Gremien über finanzielle und familienrechtliche Angelegenheiten britischer Muslime, was von vielen Bürgern als Paralleljustiz angeprangert wird. Die Räte setzen zudem die in der Verfassung festgelegte Gleichstellung von Mann und Frau außer Kraft. So gilt eine Frauenaussage vor einem Scharia-Gericht nur halb so viel wie die eines Mannes, auch erben Frauen nur die Hälfte. Monatlich beschäftigt sich etwa der

Falsch verstandene Rücksicht gefährdet eigene Werte

Scharia-Rat der Stadt Leyton mit bis zu 50 Streitfällen. Die Unterhaus-Abgeordnete Caroline Cox meint, dass derartiges „völlig unvereinbar mit den Werten unseres Landes“ sei.

Auch ziehen durch London bereits vermummte und selbst ernannte Sittenwächter durch die Viertel, um schariakonformes Verhalten durchzusetzen. Ebenfalls in London kam es wiederholt zu Demonstrationen von Islamanhängern, sie forderten die Scharia für alle, auch für Nichtmuslime. Jeder dritte junge Muslim in England befürwortet nach den Erhebungen der Sozialwissenschaftlerin Munira Mirza die Einführung der strengen islamischen Rechtsordnung.

Schlimmer noch ist die Welle der Gewalt, die von islamischen Jugendbanden ausgeht. Immer wieder kommt es in allen Teilen des Landes zu Vergewaltigungen von Frauen durch muslimische Taxifahrer. Die BBC-Reporterin Sam Mason, die den Fällen nachging, wurde vom Sender wegen angeblich rassistischer Einstellung entlassen. So manche Berichterstattung unterbleibt wegen einer falsch verstandenen Rücksicht auf die Gefühle der muslimischen Mitbürger, auch in Deutschland ein bekannter Zustand.

Der Einfluss des Islam macht sich besonders an den Schulen des Landes bemerkbar. Das geht bereits soweit, dass in einzelnen Fällen anglikanisch getaufte Kinder das Glaubensbekenntnis des Islam auswendig lernen mussten. Die Forderung, den Koran als Pflichtlektüre für alle einzuführen, steht bereits im Raum. Schweinefleisch wurde aus den Schulbuffets verbannt. Es werden nur noch Halal-Gerichte, also islamkonforme Speisen, angeboten. *Joachim Feyerabend*

Che bleibt geehrt

Unesco sieht Revolutionsführer als Welterbe

In diesem Sommer wurde Kuba eine überraschende Ehre zuteil. Die Unesco, die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur, hat das „Leben und Werk“ des kubanischen Revolutionsführers Che Guevara in das Weltdokumentenerbe, Memory of the World, aufgenommen.

Die Unesco und ihre Generaldirektorin Irina Bokova begründeten die Auszeichnung damit, dass Ernesto Guevara de la Serna (1928–1967) eine herausragende Kombination von Praxis und Ideen verkörpere und das politische Denken Lateinamerikas für immer beeinflusst habe. Sein Beitrag zur revolutionären Aktion und Theorie befähigten ihn, dem Marxismus kreative, antidogmatische und humanistische Elemente beizufügen. Seine Werke und seine ethische Symbolik sind nach Bokovas Meinung von dauerhaftem Wert für jeden alternativen Prozess des Wandels, den die Menschheit unternehme.

Die Unesco-Entscheidung stieß umgehend auf Kritik, weil Guevara keineswegs verharmlost werden solle. Nach dem Sturz des Diktators Batista 1959 und der Besetzung der Hauptstadt Havanna ordnete Guevara persönlich die Hinrichtung von Hunderten Gefangenen, angeblichen Volksfeinden, an. Als bekennender Stalinist führte er Umerziehungslager ein. Als Industrieminister verstaatlichte der ausgebildete Arzt Industrie und Landwirtschaft und verschrieb der Insel eine Planwirtschaft, die aus Kuba ein ruiniertes Land machte. Selbst einen Atomkrieg wollte er notfalls führen.

Massive Kritik bewirkte kein Einlenken

Aus Sicht der Kritiker gibt es auch Monate nach der Entscheidung keine moralische Rechtfertigung der Unesco, die Werke des Mörders Guevara in das dokumentarische Erbe der Menschheit aufzunehmen. Mit ihrer Entscheidung verneine die Organisation zudem ihren Grundsatz, dass der Friede, wenn er nicht scheitern soll, in der geistigen und moralischen Solidarität der Menschen verankert sein muss. Doch die Unesco hat die Kritik bisher nicht zum Anlass genommen, die eigene Entscheidung zu revidieren. *U.B.*

Die Hürde muss weg

Von Vera Lengsfeld

Die Alternative für Deutschland (AfD) hat knapp den Einzug in den Deutschen Bundestag verpasst. Die Enttäuschung beziehungsweise die Häme über dieses Ergebnis lässt leicht aus dem Blickfeld geraten, dass es sich um den spektakulärsten Wahlerfolg einer neu gegründeten Partei seit 60 Jahren handelt.

Die AfD hat in nur einem halben Jahr zwei Millionen Wählerstimmen gewonnen, ohne Stammwählerschaft, ohne bekanntes Spitzenpersonal, ohne Parteivermögen. Vor ihr hat nur eine kleine Partei bei ihrer ersten Bundestagswahl mehr Wähler mobilisieren können: Der Bund der Heimatvertriebenen bekam 1953 5,9 Prozent der Stimmen. Allerdings war er da schon drei Jahre alt und konnte sich auf ein spezielles Wählerklientel stützen.

Die Grünen schafften es bei ihrem ersten Versuch im Gründungsjahr 1980 auf 1,5 Prozent, die Piraten bekamen 2009 2,0, ebenso wie die NPD oder die aus der KPD hervorgegangene Friedensunion.

Die SED-PDS-Linke schaffte es 1990 trotz eines von der SED überkommenen, gigantischen Parteiapparates und eines Riesenvermögens, das für eine regelrechte Materialschlacht benutzt wurde, nur auf 2,4 Prozent. Selbst bei der Bundestagswahl 1994 wäre die SED-PDS-Linke mit 4,4 Prozent an der Prozenthürde gescheitert, wenn sie nicht durch den Gewinn von vier Direktmandaten in den Bundestag eingezogen wäre.

Vor diesem Hintergrund kann man erst den Riesenerfolg der AfD ermessen. Die Partei muss jetzt nur aufpassen, dass sie sich diesen Erfolg nicht kleinreden lässt. Wenn es bei der AfD Enttäuschung gibt, liegt das nur daran, dass die Erwartungen zu hoch waren. Es wäre einem kleinen Mauerfall gleichgekommen, wenn sie den Einzug geschafft hätte.

Bemerkenswert ist, dass die Wähler der Neuen Bundesländer durchaus zu dieser revolutionären Tat bereit waren. Bis auf Sachsen-Anhalt hat die AfD überall die Prozenthürde deutlich übersprungen. Gebremst hat der Westen, aber das kann sich ändern. Wenn es nach dem Westen gegangen wäre, hätte die Mauer noch eine Weile gestanden. Aus alter Gewohnheit hätte der Westen auch die abgewirtschaftete FDP wieder in den Bundestag geschickt. Hier haben sich die Wähler aus dem Osten aber durchgesetzt.

Was ist noch bemerkenswert? Trotz einer leichten Erhöhung der Wahlbeteiligung bleibt die Partei der Nichtwähler die stärkste Kraft. Von den abgegebenen Wählerstimmen fallen diesmal zudem 15,7 Prozent unter den Tisch. Das schreit nach einer Reform des Wahlrechts, denn insgesamt sind fast 40 Prozent der Wahlberechtigten im Deutschen Bundestag nicht repräsentiert. Die undemokratische Prozenthürde muss fallen. Das ist das wichtigste Projekt in den nächsten Jahren.

Berlin: SPD-Schulpolitik am Ende

Schon jeder zehnte ist Privatschüler: Freie Bildungsanbieter werden immer beliebter



Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD): Will Anschubfinanzierung für neue Privatschulen drosseln und somit den Trend weg von der staatlichen Schule hin zur Privatschule stoppen

Bild: Davids

Berlins SPD erleidet im Senat eine Niederlage bei der Erschwerung von Privatschulgründungen. Der Koalitionär CDU stellt sich quer. Die SPD-Schulideologie, ein thematisches Zugpferd der Partei in der Bundestagswahl, steckt in Berlin in einer Sackgasse. Immer mehr Eltern schicken ihre Kinder auf Privatschulen. Versuche der SPD, deren Gründung und Arbeit zu erschweren, stoßen nun auf Hindernisse. Doch die Sozialdemokraten tun sich mit Einsicht schwer.

„Je deutlicher die Berliner SPD spürt, dass sie ihre Schulpolitik an die Wand gefahren hat und sie deshalb immer stärker einem Trümmerhaufen gleicht, desto stärker will sie den Eltern die Möglichkeit nehmen, nach eigenen Alternativen Ausschau zu halten und diese dann auch wahrzunehmen“, schreibt der Blogger Ulli Kulke (http://donnerunddoria.welt.de) am 6. September. Der Vater zweier Töchter ist wie viele Eltern mit Berlins Schulpolitik unzufrieden.

Innerhalb von zwei Schuljahren hat sich der Anteil der Berliner Schüler, die private Bildungseinrichtungen besuchen, um ein Viertel erhöht. Rund jeder zehnte Schüler der Hauptstadt geht auf eine privat geführte Lehranstalt, insgesamt mehr als 30 000. Erst fand der Zuwachs bei den Grundschulen statt, nun hat er die Sekundarstufe erreicht. Berlin verfügte im Juli über 151 von privaten Trägern geführte Schulen. Obwohl gerade in den östlichen Bezirken in Sachen Privatschule nach 1990 viel Aufholbedarf herrschte, liegt die Metropole inzwischen insgesamt deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 8,4 Prozent beim Anteil des Privatschulbesuchs.

Allein von Juli 2012 bis Juli 2013 entstanden in Berlin acht neue Schulen. Konkurrenz bei Planung und Geldvergabe sowie Fehlfinanzierung sind damit programmiert, denn die Politik kann private Schulen nicht einfach verbieten. Dass die von der seit Jahren regierenden SPD verantworteten Schulreformen erhebliche Abwanderungssehnsüchte aus dem staatlichen Schulraster wecken, zeigt sich noch stärker bei den berufsbildenden Schulen. Hier beträgt der Privatschulanteil bereits satte 14 Prozent, Tendenz ebenfalls steigend. Somit versagt sozialdemokratische Schulpolitik gerade dort, wo sie eigentlich am meisten bewirken wollte: bei den vermeintlichen Verlierern des einst mehrgliedrigen Schulsystems.

> Senatorin Scheeres will die Privaten finanziell austrocknen

Was die SPD ärgert: Wo immer Zuwachs an Schülern zu erwarten ist, steigen auch die Anmeldungen für neue private Schulgründungen. Senat und Bezirke hebeln diese oft mit Verweis auf den Bedarf für staatliche Einrichtungen aus. Die SPD setzt jetzt auf die sogenannte Wartefrist, um Neugründungen finanziell auszutrocknen. Selbst bewährte Träger freier Schulen sollen so neuerdings erst nach Jahren staatliche Unterstützung erhalten. Diese Frist für freie Schulen fällt in Berlin ohnehin besonders drastisch aus, so der Verband Deutscher Privatschulverbände e.V.: „Die fünf Jahre, die eine neue Grundschule ohne Zuschuss auskommen muss, sind ein bundesrepublikanischer Spitzenwert.“

Berlins Sozialdemokraten gehen spätestens seit der jüngsten Gala zum Tag der Freien Schulen am 15. September auf Konfrontationskurs. Die zuständige Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) lehnte es dieses Jahr erstmals ab, die Schirmherrschaft für die Traditionsveranstaltung zu übernehmen. Sie präsentierte vielmehr einen Entwurf, der die staatliche Anschubfinanzierung der Privaten drosselt. Kaum eine Schule soll somit noch direkt nach Gründung 93 Prozent ihrer Personalkosten wie bisher erstattet bekommen. Diese bisherige Zuschusspraxis deckt meist rund zwei Drittel der Schulkosten, der Rest ist durch Beiträge der Eltern oder anderweitig zu finanzieren. Ganz ohne Zuschuss geht es indes kaum, und Träger, denen staatliche Anerkennung versagt bleibt, haben so schon jetzt eine kaum überwindliche Hürde zu nehmen. Dass obskure Schulideen Fördergeld verschlingen, ist somit kaum zu befürchten. Vielmehr wenden sich Eltern an anerkannte Träger, denen Scheeres nun ebenfalls auf Jahre jede Hilfe entziehen will.

„Eine Einschränkung bei der Finanzierung wäre eine klare Ansage gegen die Gründung von freien Schulen“, kritisiert CDU-Bildungspolitiker Stefan Schlede. Seine Partei blockte nun den Entwurf aus dem Hause Scheeres ab, weigerte sich, deren Beschränkungen in Form eines gemeinsamen Senatspapiers festzulegen. Laut der Arbeitsgemeinschaft der Schulen in freier Trägerschaft zeigte die Bildungssenatorin nun Bereitschaft zum Gespräch.

Gespräche wären senatsintern auch zu anderen Schulfragen nötig: So bei der Überalterung und schlechter Bezahlung beim Lehrpersonal, dem schlechten Abschneiden im Länderbildungsvergleich oder den vielen Schulabgängern ohne Abschluss.

Sverre Gutschmidt

KPM auf dem Weg nach oben

Nach Krise der Manufaktur sind schwarze Zahlen zum Greifen nahe

Genau 250 Jahre besteht die Königliche Porzellanmanufaktur KPM. Ein Jubiläum, das dem ältesten Produktionsbetrieb Berlins vor wenigen Jahren kaum jemand zugetraut hätte. Er stand mehrfach vor dem Aus. Mit neuen Servicen und kleinen, aber feinen Veranstaltungen leitete der neue Inhaber Jörg Woltmann die Trendwende ein.

Eine Privatisierung sollte den Betrieb um die Jahrtausendwende retten. Nach der Übernahme durch Franz Wilhelm Prinz von Preußen stand KPM 2004 vor der Insolvenz. Bankier Jörg Woltmann übernahm 2006 die Manufaktur mit allen Schulden für einen zweistelligen Millionenbetrag. Als Ziel für das Jubiläumsjahr 2013 gab er vor fast einem Jahr schwarze Zahlen aus. Dabei bleibe es, sagt jetzt Unternehmenssprecherin Theresa Haala.

Rund 170 Mitarbeiter greifen auf eine Vielfalt von aktuell 150 000 Arbeitsformen zurück. Die musealen Aufgaben wie die Lagerung alter Formen drücken die Bilanz. Das Geschäft steckte in den vergangenen Jahren in einer Absatzkrise.

Am 19. September 1763 gründete Friedrich der Große die Berliner Manufaktur. Seitdem steht sein in Blau geprägtes Zepter für die Qualität preußischer Porzellankunst wie auch die sozialen Arbeitsbedingungen, mit denen schon im 18. Jahrhundert Maßstäbe gesetzt wurden.

> Neuer Eigner setzt mit Erfolg auf Klasse

Zur Entscheidung, den defizitären Betrieb zu kaufen, sagte Woltmann: „Einer musste es ja machen, und leicht kann jeder.“ „Wegen des aufwendigen Herstellungsprozesses“ sei es schwer, schwarze Zahlen zu schreiben. Woltmann setzt daher auf Neues: Einsteigersets ab 195 Euro, das KPM-Quartier im Bezirk Tiergarten, neue Galerien und neues Marketing haben die Annäherung an die schwarze Null in der Bilanz gebracht. Nach eigenen Angaben bewegt sich das Unternehmen wieder auf die Gewinnzone zu.

Woltmann setzt auf Klasse: KPM hat wieder namhafte Kunden, so das Hotel Adlon und das Waldorf Astoria am Bahnhof Zoo. Auch US-Präsident Barack Obama erhielt bei seinem Berlin-Besuch ein KPM-Andenken. Die gesamte Branche befindet sich in einer Krise, sie musste vergangenes Jahr ein Minus von sechs Prozent verkraften. Die deutschen Porzellanmanufakturen, gut ein Dutzend gibt es noch, verzeichneten indes im ersten Halbjahr dieses Jahres ein Plus. Laut Zahlen des Verbandes der Keramischen Industrie stieg der Erlös in diesem Zeitraum um 3,7 Prozent. *SV*

Charme passé

Berlin: KaDeWe wird erneut weitergereicht

Trotz der ursprünglichen Zusage, dass der Kaufhauskonzern Karstadt insgesamt erhalten wird, werden nun die Filetstücke der angeschlagenen Warenhauskette verkauft. Finanzinvestor Nicolas Berggruen, der im Jahr 2010 das insolvente Unternehmen übernommen hat, wird das Oberpollinger in München, das Alsterhaus in Hamburg und das KaDeWe in Berlin an den österreichischen Investor René Benko verkaufen.

Zwar wird Berggruen künftig das KaDeWe mieten, um das Traditionskaufhaus weiter zu betreiben, bei alteingesessenen Berlinern dürfte der neuerliche Eigentümerwechsel trotzdem gemischte Gefühle hervorrufen: Obwohl die KaDeWe-Geschäftsführung bereits versichert hat, dass die Identität des Hauses erhalten und weiterentwickelt werden solle, ist die Sorge verbreitet, dass die alte Aura und die Unverwechselbarkeit des einst legendären Hauses immer mehr verloren gehen. Weitverbreitet ist bereits die Klage, dass schon in den letzten Jahren viel vom alten Charme wegmodernisiert worden sei.

> Neuer Investor kauft das Traditionshaus

Auch beim Warenangebot scheinen in Europas größtem Kaufhaus schon seit einigen Jahren weniger die Berliner als vielmehr kaufkräftige russische und asiatische Touristen die Zielgruppe zu sein: Breit gemacht hat sich im Angebot des KaDeWe hochpreisige Beliebigkeit, die man auch woanders findet. Verkaufsflächen wurden zunehmend an Fremdfirmen vermietet, die dann teure Premiummarken anbieten. Im Gegenzug wurden KaDeWe-eigene Verkaufsabteilungen geschlossen. So ist die alte Stammbelegschaft des Kaufhauses zusammengeschrumpft. *N.H.*

Berlin ohne Reichsvermögen

Das Land Berlin hat vor dem Bundesverwaltungsgericht einen Prozess gegen den Bund verloren. Der Gegenstand der Klage: Berlins Anteil an Grundstücken, welche die deutschen Länder 1873 dem neu gegründeten Deutschen Reich unentgeltlich überlassen hatten. Nach der damaligen Planung sollten alle Flächen, die letztendlich nicht für die Reichsverwaltung benötigt werden, wieder an die Länder zurückfallen. Mit Ausnahme Berlins war in der Bundesrepublik 1961 per Gesetz eine Rückgaberegelung vereinbart worden. Wegen des alliierten Beharrens auf einem Sonderstatus für die Stadt hatte das Gesetz in Berlin allerdings erst mit der Vereinigung 1990 Gültigkeit erlangt. Nach Ansicht des Bundesverwaltungsgerichts hätte Berlin allerdings seinen Anspruch spätestens bis zum 2. Oktober 1991 geltend machen müssen. Der Wert der verfallenen Ansprüche Berlins wird auf mehrere Hundert Millionen Euro geschätzt. *N.H.*

Zeitzeugen



Andreas Flocken – Der 1845 geborene Mechaniker hat 1888 – zwei Jahre nach Benz und Daimler – das weltweit erste Elektroauto gebaut und in Fahrt gesetzt. 15 Jahre lang baute seine Fabrik in Coburg solche Fahrzeuge, dann wurde die Produktion eingestellt. Die Marke existiert unter neuem Besitzer heute noch und arbeitet gemeinsam mit der Technischen Hochschule Aachen an der Entwicklung von Elektromotoren für Fahrzeuge.

Hans Bernhard Reichow – Der 1899 geborene Architekt und Stadtplaner war in der Nachkriegszeit der einflussreichste Verfechter einer „autogerechten Stadt“ (so einer seiner Buchtitel). Ihm folgend gaben viele westdeutsche Städte dem Straßenverkehr absoluten Vorrang. Dass dies ein fataler Irrweg war, ist längst auch dem deutschen Autofahrer bewusst. Teuer wurde die Beseitigung der damaligen städtebaulichen Sünden.



Peter Meyer – Der 1949 geborene Präsident des ADAC setzt sich vehement dafür ein, die Autofahrer in Deutschland nicht noch weiter finanziell zu belasten. Unter seiner Regie versteht sich Deutschlands größter Automobilclub (über 18,5 Millionen Mitglieder) nicht nur als Dienstleister, sondern auch als verkehrspolitische Interessenvertretung. So wehrt sich der Verband energisch gegen jede Form einer Pkw-Maut. Ferner ruft er die Politik immer wieder auf, den Autofahrern nicht zusätzliche Lasten durch die Energiewende aufzubürden.



Wolfgang Schäuble – Der Finanzminister, wer immer dieses Amt in Zukunft innehat, ist der Lieblingsfeind aller Autofahrer. In verschiedensten Formen müssen sie jedes Jahr über 50 Milliarden Euro in die Staatskasse einzahlen. Das erzeugt bei den Betroffenen Ärger, bei Vater Staat aber Begehrlichkeiten. Auch lähmt es die Bereitschaft, auf Einnahmen zu verzichten. So wird in Berlin schon eifrig darüber nachgedacht, wie man an das Geld jener Autofahrer herankommt, die nach dem Willen der Kanzlerin 2020 ein Elektroauto fahren sollen. Hubraumsteuer geht nicht, Schadstoffsteuer auch nicht. Also muss die Ministerialbürokratie sich etwas ganz Neues einfallen lassen – oder hofft insgeheim, dass die Millionen-Prognose der Kanzlerin wohl doch etwas zu kühn war.

Chimäre Elektroauto

Bisher gibt es das spritlose Fahrzeug vor allem in den Visionen der Politiker

Auf der Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) waren Elektroautos die Medienstars. Aber wird das Auto der Zukunft wirklich elektrisch angetrieben? Und wie lange wird eine solche Zukunft auf sich warten lassen? Die Gegenwart sieht für das Elektroauto eher düster aus.

Eigentlich sollte die IAA, die just am Wahltag zu Ende ging, den Durchbruch für das Elektromobil markieren. Die alte und wohl auch neue Kanzlerin Angela Merkel steht treu zu ihrem Wort, dass bis 2020 eine Million spritloser Fahrzeuge auf Deutschlands Straßen rollen sollen. Matthias Wissmann, Vorsitzender des Verbands der Automobilindustrie (VDA), setzte noch eins drauf und kündigte schon für das kommende Jahr „ein paar 10 000 E-Autos“ an.

Hersteller wie BMW und VW präsentierten stolz neue, serienreife Elektromobile. Von umweltbewegten Politikern und Journalisten wurden sie begeistert gefeiert, die Besucher (insgesamt kamen 900 000, weniger als zuletzt vor zwei Jahren) wandten sich lieber anderen zu, nämlich den flotten Flitzern und noblen Boliden, die man hier bestaunen, selber aber wohl nie kaufen kann.

In dieser Kategorie tritt Mercedes an. Der Elektro-SLS mit dem Stern sieht nicht nur aus wie ein reinrassiger Sportwagen, er ist auch einer. Vier Elektromotoren à 188 PS schaffen ein Leistungsvolumen, das man tunlichst nur auf abgesperrter Rennstrecke zur Entfaltung bringen sollte. Der Preis entspricht dem einer gehobenen Eigentumswohnung, Volumen und Gewicht der Antriebsbatterien (fast 550 Kilo) schränken den Nutzwert deutlich ein. Dieses Edelgefährt wird, wie „Spiegel-Online“ richtig bemerkt, weder die Verkaufszahlen der Elektrobranche hochschnellen lassen noch das Weltklima retten.

Auch wenn der vollelektrische BMW i3 „nur“ 35 000 Euro kostet (als Hybrid 5000 mehr) und der VW Up sogar „nur“ 27 000 Euro – im Prinzip haben sie das gleiche Kostenproblem wie der zehnmal so teure Mercedes: Gegenüber vergleichbaren Fahrzeugen mit konventionellem Antrieb sind sie viel zu teuer. Wer heute elektrisch fahren will, um Umwelt, Klima oder das eigene Öko-Gewissen zu schonen, muss schon bei der Anschaffung einen fünfstelligen Betrag zusätzlich aufbringen.

> Es gibt gar keine Lade-Infrastruktur für die E-Autos

Auch in anderen Belangen fällt der Vergleich zwischen Strom und Sprit ungünstig aus. Komfortabel ausgestattete, hinreichend leistungsstarke Autos mit modernen Verbrennungsmotoren können es heute auf Reichweiten von 800 Kilometer und mehr bringen. Elektroautos hingegen müssen nach 100 bis 150 Kilometer an die nächste Steckdose.

Natürlich wird an neuen, effizienteren (also kleineren, leichteren und billigeren) Batterien gearbeitet. Doch was nützt das, wenn die Infrastruktur fehlt? Normale Steckdosen reichen zwar „im Prinzip“ aus, haben aber so wenig Ladekapazität, dass jeder Tankstopp mehrere Stunden dauert. Ein dichteres Netz leistungsstarker Stromtankstellen aber gibt es in Deutschland noch nicht. Und selbst wenn das mit hohem Investitionsaufwand geändert wird – wie sieht es in den Mittelmeerländern aus? Glaubt die Politik wirklich, dass zum Beispiel des Deutschen Lieblingsreiseland Spanien unserer Energiewende zuliebe massenhaft Elektrotankstellen baut?

Vermeintliche Vorteile des Elektroautos schrumpfen zusammen, wenn man das Gesamtsystem von Stromerzeugung, -transport und -speicherung einbezieht. Unklar ist auch, woher der Strom kommen soll – aus stillgelegten Kraftwerken? Vorerst also beschert das Elektroauto uns offene Fragen und höhere Kosten; die Lösungen liegen in weiter Ferne. Sollten sie gefunden werden, werden auch wir elektrisch fahren – aber erst dann. *Hans-Jürgen Mahlitz*



Merkel lobt Elektroautos auf der IAA: Modelle sind jedoch viel zu teuer und unpraktisch für den normalen Käufer Bild: action press

Wie hoch ist die Rechnung – und wer zahlt?

Wer am Ende die Rechnung bezahlen muss, ist klar: natürlich der Autofahrer. Wie hoch die Rechnung für den Einzelnen sein wird, weiß niemand. Die höchst unterschiedlichen Zahlen, die in Umlauf gesetzt werden, um das Elektroauto entweder hochzujubeln oder niederzumachen, verbindet nur eins: Sie stimmen nicht.

Was muss der umweltbewusste Autofahrer also wirklich berappen, wenn er elektrisch fahren will? Bei der Anschaffung schon mindestens 10 000 Euro mehr als für ein vergleichbares Auto mit Benzin- oder Dieselmotor. Dafür muss er auch noch die weitaus schmalere Modellauswahl sowie Einbußen bei Reichweite und Platzangebot in Kauf nehmen. Die Kosten für

> Zu viele Fragen sind noch offen

Verschleißreparaturen dürften niedriger sein, da der Elektroantrieb einfacher aufgebaut und weniger anfällig ist. Dafür sind die Batterien umso teurer. Hier werden Preise zwischen 5000 und 10 000 Euro genannt, bei Laufzeiten zwischen 50 000 und 200 000 Kilometern.

Die Hersteller werben mit besonders niedrigen Betriebsausgaben. Angeblich kosten 100 Kilometer Fahrt weniger als drei Euro. Wird der Stromverbrauch jedoch nicht unter optimalen Laborbedingungen gemessen, sondern im Alltag mit vielen Tempowechseln und halbwegs zügiger Fahrweise, kommt man schnell auf das Doppelte. Und selbst wenn man für Strom nur die Hälfte wie für Sprit zahlt: Bis ich damit den höheren Kaufpreis hereingespart habe, sind die Batterien hinüber und ich fange wieder neu an zu „sparen“.

Unklar ist auch, wie Elektroautos künftig versteuert und versichert werden sollen. Auch dies hätte man sich überlegen sollen, bevor man kühne Ziele verkündet. *H.J.M.*

Zahlmeister der Nation?

Pkw-Maut auf Autobahnen: Was sie bringt und wem sie nützt

Sollen deutsche Autofahrer noch stärker finanziell belastet werden, zum Beispiel durch eine Pkw-Maut? Natürlich nicht! Sollen ausländische Autofahrer künftig für die – bislang kostenlose – Benutzung unserer Autobahnen Maut bezahlen? Natürlich!

Beide Argumente kommen in Wahlkämpfen gut an. Die künftige Bundesregierung, wer immer sie stellen wird, müsste nun versuchen, sie miteinander in Einklang zu bringen, was nicht ganz einfach und bislang auch nicht gelungen ist. Denn eine einseitige Erhebung nur von ausländischen Fahrern oder im Ausland zugelassenen Fahrzeugen würde nicht nur gegen europäisches Recht verstoßen, sondern wäre auch technisch und administrativ kaum durchführ- und kontrollierbar.

Ein Umbau des deutschen Autobahnnetzes mit Zahlstellen wie etwa in Frankreich wäre schon wegen der immensen Investitionskosten illusorisch; zudem ist das Netz schon wegen der dichten Folge von Zufahrten dafür völlig ungeeignet.

Eine Vignette wie in Österreich oder der Schweiz wäre praktikabel, würde aber deutsche Autofahrer genauso belasten wie ausländische. Man könnte dies durch eine Entlastung bei der Kfz-Steuer ausgleichen, hätte damit aber wieder das europäische Gleichbehandlungsproblem am Hals.

Das Kostenargument scheint ohnehin nur vorgeschoben. Laut

> Autofahrer zahlen jährlich über 50 Milliarden Euro

ADAC zahlen Autofahrer jetzt schon jährlich über 50 Milliarden Euro an den deutschen Staat, in Form von Kfz-, Sprit- und Mehrwertsteuer sowie Lkw-Maut. Davon fließen aber nur 17 Milliarden in den Straßenbau, der größere Rest in den allgemeinen Haushalt. Zudem wären die von CSU-Chef Horst Seehofer erhofften zusätzlichen Einnahmen (700 Millionen Euro) überschaubar, denn nur fünf Prozent des Pkw-Verkehrs in Deutschland entfallen auf Ausländer. Am Ende blieben, so fürchten Skeptiker, wohl nur noch höhere Verwaltungskosten.

Zudem spricht ein gewichtiges verkehrs- und umweltpolitisches Argument gegen eine allgemeine Pkw-Maut auf Schnellstraßen. Unser Autobahnnetz mit fast 13 000 Kilometer Länge ist darauf angelegt, neben dem Fernverkehr auch einen erheblichen Teil des Regional- und Nahverkehrs aufzunehmen. Eine Verlagerung auf mautfreie Strecken würde Städte und Gemeinden in unverantwortlicher Weise überlasten. Und nachdem unsere Verkehrspolitiker – gleich welcher parteipolitischen Couleur – es seit Einführung der Lkw-Maut Anfang 2005 nicht geschafft haben, die lärm- und abgasgeplagten Anwohner der Mautfluchtstrecken zu entlasten, wäre bei einer Pkw-Maut wohl ein ähnliches Desaster zu befürchten.

Ob Maut, Steuern oder Förderung alternativer Verkehrssysteme – natürlich hat der Staat das Recht und die Pflicht, mit solchen Mitteln Entwicklungen politisch zu steuern. Dabei muss aber zunächst einmal die Richtung stimmen, sonst wird der deutsche Autofahrer sich weiterhin so fühlen wie bisher: als Zahlmeister der Nation. *H.J.M.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **5937**

Vom Ansturm überfordert

Erstaufnahmestellen sind für derart viele Asylbewerber nicht gerüstet – Sicherheitsbehörden fürchten Islamisten

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres zählte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bereits über 50 000 Asylanträge. Doch die meisten der Menschen stammen nicht aus Krisengebieten wie Syrien oder Afghanistan. Den ersten Rang in der deutschen Asylstatistik nimmt die Russische Föderation, genauer Tschetschenien, ein.

Der neue brandenburgische Innenminister Ralf Holzschuher (SPD) höchstselbst hat nach seinem Besuch Mitte September bei der Erstaufnahmestelle für Asylbewerber in Eisenhüttenstadt Investitionen in Höhe von gut zwölf Millionen Euro bis 2017 zugesagt. Einige Gebäude werden saniert, andere abgerissen und durch lichtdurchflutete Neubauten ersetzt. Vor fünf Jahren noch sollte eigentlich das ganze Areal abgerissen werden, doch seit gut einem Jahr platzt das Erstaufnahmelager plötzlich aus allen Nähten. Offiziell gibt es Plätze für 500 Personen, doch derzeit sind 670 Asylsuchende dort untergebracht. Container machen es möglich. Auch zusätzliches Personal wurde bereits eingestellt. Sozialbetreuer, zwei Verwaltungsmitarbeiter und Ende dieses Monats soll noch ein Psychologe hinzukommen.

Dabei wären Sicherheitskräfte angebrachter. So kam es bereits mehrfach zu Schlägereien unter den Bewohnern des Lagers. Ein Vorfall Ende Juli erreichte überregionale Aufmerksamkeit, weil ein tschetschenisches Paar von den eigenen Landsleuten derart verprügelt wurde, dass es danach ins Krankenhaus musste. Es hieß sogar, die 23-jährige Frau habe durch die Schläge eine Fehlgeburt erlitten, doch das brandenburgische Innenministerium wollte dies nicht bestätigen. Grund für die Strafaktion der Schläger sei der Umstand gewesen, dass sich das Paar zu unislamisch benommen habe, die Frau sogar Jeans trug.

Dieser Vorfall in Eisenhüttenstadt ist laut Medienberichten kein Einzelfall. Immer wieder kommt den Mitarbeitern von Asylheimen zu Ohren, dass Bewohner wegen unislamischen Verhaltens wie zum Beispiel der Verzicht auf ein Kopftuch oder der Nichteinhaltung von Gebetszeiten von den eigenen Leuten gemaßregelt würden. Bei Klägern wie Angeklagten handelt es sich um Tschetschenen. Deutsche Sicherheitsbehörden gehen davon aus, dass es sich bei 90 Prozent der Asylbewerber aus der Russischen Föderation (Tschetschenien ist ein Teil der Russischen Föderation) um Tschetschenen handelt. Da Schleuserbanden dort das Gerücht verbreitet haben, dass es in Deutschland Begrüßungsgeld oder ein Stück Land gebe, haben sie sich eine reisewillige Kundschaft geschaffen. Zudem ist das Leben in Tschetschenien unter der Führung des Despoten Ramsan Kadyrow von Willkür geprägt. Besonders hart geht der vom Kreml gestützte für seinen Sadismus bekannte Provinzfürst gegen Separatisten und Islamisten vor und genau letztere scheint es offenbar verstärkt nach Deutschland zu ziehen, sofern man den Aussagen deutscher Inlandsgeheimdienstler glauben will. „Terroristen suchen Asyl in Deutschland“ titelte bereits die „Welt“ und zitierte einen Verfassungsschützer, nachdem führende Köpfe des „Kaukasischen Emirats“ in Deutschland als Asylbewerber ins Land gekommen seien. Die Terrorgruppe verkündete bereits, Anschläge auf die Olympischen Spiele in Sotchi 2014 ausüben zu wollen. Zudem waren die beiden Attentäter vom Bostoner Marathon Anhänger der Extremistenvereinigung. Allerdings wissen die deutschen Inlandsgeheimdiensten wenige Details. Schon die Frage, wie genau die Asylsuchenden ins Land kommen, kann nur bruchstückhaft beantwortet werden. Anfangs kamen viele Tschetschenen über Weißrussland und die polnische Grenze in die EU. Somit sind sie nach EU-Recht eigentlich auch sofort dort als Asylsuchende registriert, doch – und das darf man nicht vergessen – viele Tschetschenen kommen in der Hoffnung auf ein besseres Leben in den Westen, und da hat Deutschland definitiv mehr zu bieten als Polen. Es fängt schon mit dem Anreiz an, dass es in Deutschland für Erwachsene rund 300 und Kinder rund 200 Euro Taschengeld pro Monat gibt. Und so entwischt, wer kann, den polnischen Behörden, deren Interesse, die Kostempfänger einzufangen, auch gering ist, Richtung Deutschland. Theoretisch könnte Deutschland die Asylsuchenden dann wieder nach Polen abschieben, doch laut „FAZ“ sind von 7000 tschetschenischen Flüchtlingen, die nach Polen überstellt werden könnten, nur 1250 dorthin gebracht worden. „Wir wollen Familien nicht auseinanderreißen“, heißt es hierzu aus Eisenhüttenstadt. Und wer länger als sechs Monate in Deutschland ohne Abschiebung verbleibt, hat danach ein Recht auf ein Asylverfahren in Deutschland. Dann hören die für die Anerkennung zuständigen Beamten laut „Spiegel“ zahlreiche grauenhafte Berichte über Folter durch Kadyrow-Männer, Unterdrükkung und Verfolgung. Inzwischen wurde aber bekannt, dass die mit gut entlohnten Schleuser die Kandidaten bereits vorab auf das Asyl-Verfahren und die damit verbundenen Fragen vorbereiten und ihnen besagte Folter-Geschichten vorgeben, da es ohne Verfolgung kein Anrecht auf Asyl gibt.

Kein Recht auf Asyl, Richterin spricht von »Asyltouristen«

Daher dürfte es nicht zufällig sein, dass eine Eisenhütter Amtsrichterin Asylsuchende bereits mehrfach als „Asyltouristen“ bezeichnet und sie zu Freiheitsstrafen verurteilt hat, um so der Zunahme des „Heeres von Illegalen“ in Deutschland zu begegnen. Das wiederum ärgerte einige Anwälte der Asylsuchenden und den Flüchtlingsrat Brandenburg, der die Aussagen der Richterin als „rassistisch“ bezeichnete. Auch gingen bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder Anzeigen wegen Rechtsbeugung nach Paragraf 339 Strafgesetzbuch ein. Doch diese sieht den Begriff „Asyltouristen“ in diesem Zusammenhang nicht als Beleidigung an, vielmehr handele es sich um eine Feststellung der Richterin, basierend auf ihren beruflichen Erfahrungen. *Rebecca Bellano*



Hofften auf Begrüßungsgeld: Asylbewerber aus Tschetschenien in Eisenhüttenstadt Bild: pa

MELDUNGEN

NPD legt kräftig zu

Berlin-Hellersdorf – Die NDP erzielte bei der Bundestagswahl in dem Gebiet rund um die umstrittene Asylbewerberunterkunft Hellersdorf sowohl bei den Erst- als auch bei den Zweitstimmen teilweise zweistellige Ergebnisse. Den größten Zuspruch erhielt sie mit 11,9 beziehungsweise 10,1 Prozent in dem Wahlbezirk, in dem das Heim liegt. Damit liegt sie hier deutlich über den 1,5 Prozent der Stimmen, die die NDP berlinweit holte. Dass ihr gutes Abschneiden in Hellersdorf unmittelbar mit der Diskussion um das Asylbewerberheim zusammenhängt, zeigt die Tatsache, dass sie bei der letzten Bundestagswahl an gleicher Stelle nicht einmal fünf Prozent holte. *J.H.*

Köln braucht neuen Kardinal

Köln – Mit Enttäuschung hat so mancher Kölner Katholik die Entscheidung des Kurienerzbischof Georg Gänsewein, in Rom zu bleiben, zur Kenntnis genommen. Er will in der Nähe des emeritierten Papstes Benedikt XVI. sein, dessen Privatsekretär er war. Zudem hat er unter dem neuen Papst Franziskus I. das Amt des Präfekten des Päpstlichen Hauses behalten. Viele hatten gehofft, der 57-Jährige würde die Nachfolge des Kölner Kardinals Joachim Meisner antreten, der im bald 80 Jahre alt wird und seinen Rücktritt angekündigt hat. *Bel*

Soldaten teuer gesucht

Berlin – Mit der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 stiegen auch die Mittel, die die Bundeswehr einsetzen muss, um genügend Nachwuchs zu bekommen. Während 2010 5,1 Millionen Euro für die Personalwerbung ausgegeben wurden, waren es 2012 20,3 Millionen. *Bel*

Mehr Asylbewerber

Kosten auf 1,1 Milliarden Euro 2012 gestiegen

Die Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind 2012 gegenüber dem Vorjahr um 15 Prozent gestiegen, wie das Statistische Bundesamt jetzt mitteilte. Prozentual gab der Staat sogar wesentlich mehr aus, insgesamt 1,1 Milliarden Euro brutto. Das waren 20,7 Prozent mehr als 2011.

Die finanziellen Leistungen dürften vor allem aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts gestiegen sein. Das entschied 2012, dass die bis dahin geltenden Leistungen für Asylbewerber und Flüchtlinge gegen das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum verstoßen. Die Richter begründeten ihr Urteil damit, dass das Existenzminimum für alle Menschen gleich ist, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. In Deutschland gilt der Hartz-IV-Regelsatz als Existenzminimum. Die Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sollen den Lebensbedarf der Leistungsberechtigten an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege sowie Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts im notwendigen Umfang vorrangig in Form von Sachleistungen decken. Zur Dekkung der persönlichen Bedürfnisse des täglichen Lebens erhalten die Leistungsempfänger zusätzlich einen Geldbetrag als Taschengeld.

Viele kommen aus Serbien und Kosovo

Knapp 165 000 Personen bezogen zum Jahresende 2012 in Deutschland Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, ist damit die Zahl der Regelleistungsempfänger zum dritten Mal in Folge gestiegen. Zuvor war sie nach ihrem Höchststand im Jahr 1996 mit rund 490 000 Hilfebeziehenden bis 2009 stetig zurückgegangen. Drei Fünftel der Empfänger war männlich, ein Drittel der Leistungsbezieher noch nicht volljährig, während lediglich zwei Prozent 65 Jahre oder älter waren. Von den 59 718 europäischen Leistungsempfängern war mit 31 927 Personen die Mehrzahl im Besitz eines serbischen, kosovarischen oder montenegrinischen Passes.

Auffallend bei den Leistungsbeziehern ist, dass 7487 aus der Türkei kommen, obwohl das Land seit 1949 Mitglied des Europarates ist und 1999 offiziell den Status als EU-Beitrittskandidat erhielt. *Ulrich Blode*

Schrumpf-Republik Deutschland

Wissenschaftler empfehlen, gezielte Entsiedelungs-Politik zu betreiben

Zustände wie in Detroit mit flächendeckendem Leerstand und Verwahrlosung sieht das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln (IW) künftig auch auf deutsche Städte zukommen. Angesichts der ungebrochenen Nachfrage nach Wohnungen in Städten wie Berlin oder Hamburg erscheint die Prognose auf den ersten Blick gewagt. Tatsächlich driftet der deutsche Wohnungsmarkt zunehmend auseinander: In Metropolen wie München und deren Umland nimmt die Nachfrage nach Wohnraum weiter zu, in weniger attraktiven Städten und Kreisen schrumpft die Bevölkerung allerdings.

Das IW geht davon aus, dass bis zum Jahr 2050 in Deutschland der Gipfel der Nachfrage nach Wohnraum erreicht sein wird. Schon weit vorher wird es allerdings in Regionen mit wenig Anziehungskraft durch Wegzug einen regelrechten Einbruch bei den Bevölkerungszahlen geben. Die Folgen der zunehmenden Entleerung werden gravierend sein. Falls nicht gegengesteuert wird, setzt sich ein Teufelskreis in Gang. Verlassene Gebäude verringerten die Chance, Mieter und Käufer für umliegende Immobilien zu finden. Mit dem Leerstand nimmt die Wahrscheinlichkeit von Vandalismus und Verwahrlosung zu. Je weniger Bewohner verblieben, desto höher werden obendrein die anfallenden Kosten und damit der Anreiz, ebenfalls wegzuziehen. Der Grund: Die Aufwendungen, etwa für die Müll- und Abwasserentsorgung, verteilen sich auf immer weniger Köpfe. Für die Politik noch ziemlich ungewohnt dürfte die Empfehlung klingen, um deutsche „Detroits“ zu verhindern: Die betroffenen Kommunen sollen versuchen, sich nach innen zu entwickeln, etwa indem bestehende Wohnungen aufgewertet werden. Abgeraten wird dagegen davon, durch weitere Gewerbe- und Wohngebiete neue Einwohner anzulocken. Der Versuch könne den schon bestehenden Leerstand letztlich nur noch weiter verschlimmern, so die Warnung.

Gleichwertige Lebensverhältnisse nicht bezahlbar

Noch weiter gehen die Empfehlungen, die in einer Studie des Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) Potsdam und des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung gegeben werden. Der Titel „Vielfalt statt Gleichwertigkeit“ spielt auf den bisher im Grundgesetz verbrieften Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse an. Ein Versprechen, das besser aufgegeben werden sollte, so die Schlussfolgerung der Studie. Ausgehend von der Prognose, dass ländliche Gebiete bis zum Jahr 2030 über acht Prozent ihrer Bevölkerung verlieren werden, gipfelt die Untersuchung in einer brisanten Empfehlung: Dünn besiedelte „unattraktive“ Regionen sollten gezielt entsiedelt werden. Mit Anreizen gestärkt werden sollten stattdessen Kleinstädte in der jeweiligen Region. Auch hier der Befund, dass eine zunehmende Entvölkerung für die Verbleibenden zu immer höheren Kosten führt, denn für immer weniger Menschen muss dieselbe Infrastruktur unterhalten und bezahlt werden.

Was in den kommenden Jahrzehnten auf viele ländlich geprägten Regionen Deutschlands zukommt, wird am Beispiel Brandenburgs deutlich: Die Einwohnerzahl des Landes wird jüngsten Prognosen zufolge bis 2030 um insgesamt 8,5 Prozent schrumpfen. Das gilt für alle Kreise und kreisfreien Städte bis auf Potsdam, das im Jahr 2030 mit zwölf Prozent mehr Bewohnern rechnen kann. Insgesamt könnten im „Speckgürtel“ rund um Berlin die Bevölkerungszahlen einigermaßen stabil bleiben, Randregionen wie die Prignitz, die Uckermark und die Lausitz werden aber zunehmend menschenärmer.

Für das Land Brandenburg wird die schrumpfende Einwohnerzahl in den kommenden Jahren vor allem eines bedeuten: weniger Steuereinnahmen. Als Folge müssen die Verwaltungskosten sinken, etwa durch die Fusion von Landkreisen. Für eine Reform liegen inzwischen drei Varianten vor, allen gemeinsam ist, dass die kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel, Frankfurt/Oder und Cottbus ihren bisherigen Status verlieren; nur Potsdam soll ihn behalten. Bevor mit der Verschmelzung der Kreise Geld eingespart werden kann, droht allerdings erst einmal ein Gerangel darum, wo Verwaltungen eingespart werden und welche Beschäftigten entlassen oder versetzt werden müssen. In der Konsequenz könnten Bürgern dann Anfahrtswege von bis zu 100 Kilometern drohen, wenn sie Angelegenheiten beim Landkreis regeln wollen. Den grundgesetzlichen Anspruch hin oder her – de facto werden sich damit im Alltag ganz automatisch ungleiche Lebensverhältnisse ausbilden. *N. Hanert*

MELDUNGEN

Albanien reif für die EU?

Brüssel – Für Albanien wird noch in diesem Jahr der offizielle EU-Kandidatenstatus „in Reichweite“ sein, so EU-Kommissionchef José Manuel Barroso anlässlich eines Besuchs des albanischen Ministerpräsidenten Edi Rama in Brüssel. Trotz der Ermahnung, dass Albanien mehr gegen Korruption und Organisiertes Verbrechen tun müsse, rechnen Beobachter in Brüssel damit, dass die EU-Kommission Albanien bereits im Oktober den Kandidatenstatus vorschlagen wird. Von der türkischen Regierung, die seit 2005 relativ erfolglos über einen Beitritt verhandelt, ist unterdessen ein stärkeres Entgegenkommen der EU gefordert worden. „Wir brauchen nur jemanden, der uns auf halber Strecke entgegenkommt“, so die türkische Botschaft bei der EU. *N.H.*

Polen entmachtet Rentenfonds

Warschau – Eine geplante Reform des Rentensystems bringt für private Pensionsfonds, die in Polen engagiert sind, eine böse Überraschung mit sich. Einer Ankündigung von Premier Donald Tusk (PO) zufolge sollen die Rentenversicherer die von ihnen gehaltenen Anleihen an eine staatliche Gesellschaft überführen, die dann das Geld der Anleger verwaltet, deren Ansprüche bestehen bleiben. Angeblich geht es Tusk um die Sicherheit der Gelder, die laut ihm in Staatshand besser aufgehoben wären. Mit der Überführung polnischer Staatsanleihen in die eigene Bilanz kann die Regierung in Warschau aber auch eine um acht Prozentpunkte niedrigere Schuldenquote ausweisen. Von der Vereinigung polnischer Pensionsfonds wird wegen der Reformpläne eine Verfassungsklage erwogen, da nach ihrer Ansicht privates Vermögen enteignet werde, ohne dass eine Entschädigung angeboten wird. *N.H.*

Die gekaperte Revolution

Immer mehr Islamisten kämpfen in Syrien um die Macht – Scharia-Gericht in Aleppo eingeführt

Geht es nach Syriens Präsident Baschar al-Assad, dann gehören bis zu 90 Prozent derjenigen, die gegen ihn kämpfen, der Terrororganisation Al-Kaida an. US-Außenminister John Kerry wiederum behauptet, maximal ein Viertel der „Rebellen“ in Syrien würden zu extremistischen Gruppen gehören. Doch offenbar liegt keiner von beiden richtig.

Gleichwohl scheint es im Falle Syriens mittlerweile angebracht, statt von „Rebellen“ von Terroristen zu reden. Fundiert wie bisher noch niemand zuvor hat sich der britischen Militärfachdienst „IHS Jane's Terrorism and Insurgency Center“ nun mit der bewaffneten syrischen Opposition beschäftigt. Von den rund 100000 Kämpfern gegen Assad sind die Hälfte Dschihadkrieger oder extreme Islamisten, so „IHS Jane's“ nach Recherchen vor Ort und der Auswertung von Geheimdienstinformationen. Etwa 10000 der Kämpfer können der Terrororganisation Al-Kaida zugeordnet werden, dazu kommen noch einmal 30000 bis 35000 übrige Dschihadisten. Weitere 30000 „moderate“ Kämpfer werden zu Gruppen gezählt, die ebenfalls islamischen Charakter haben. Kräfte, die man mit viel gutem Willen als säkular und pro-westlich bezeichnen kann, machen bestenfalls nur noch ein Drittel der syrischen Opposition aus.

„Dominiert wird der Aufstand stattdessen von Gruppen, die einen islamistischen Standpunkt vertreten“, so der Autor der Studie, Charles Lister vom „IHS Jane's“. Die reinen Zahlen der Kämpfer machen allerdings nur das halbe Bild aus, denn die bewaffnete Opposition in Syrien umfasst etwa 1000 Gruppen. Angesichts dieser Zersplitterung fallen große Gruppierungen wie die islamistische Al-Nusra-Front oder die Gruppe „Islamischer Staat im Irak und Syrien“ (Isis), die beide als Al-Kaida-Ableger gelten, umso mehr ins Gewicht. Die Al-Nusra-Front ist nicht nur zahlenmäßig stark, sie wird auch von den reichen Golfstaaten Saudi-Arabien, Katar und Kuwait finanziert.

Als für die Zukunft Syriens verhängnisvoll erweisen könnte sich die Al-Nusra-Front gleich in zweierlei Hinsicht. In der Auseinandersetzung mit den Assad-Truppen gilt sie zum einen als kampfstark, in den eroberten Gebieten übernimmt sie obendrein immer erfolgreicher eine Ordnungsfunktion. Planmäßig legt sie so die Grundlagen für einen künftigen syrischen Staat unter den Vorzeichen eines fundamentalistischen Islams. Absehbar ist dies in Syriens bevölkerungsreichster Stadt, in Aleppo. Dort hat die Nusra-Front nicht nur plündernde Banden vertrieben, sondern auch erfolgreich die Lebensmittelversorgung wieder aufgebaut. Beim kostengünstigen Brot für die Bewohner ist es freilich nicht geblieben. Mit den Funktionären der Al-Nusra-Front hat auch ein Scharia-Gericht Einzug in die Stadt gehalten. In der mehrheitlich von moderaten Muslimen bewohnten Stadt mussten sich inzwischen erste Bewohner wegen „Fraternisierung mit Frauen“ oder dem „Trinken von Alkohol“ verantworten. Zumindest für die Dauer des Krieges sollen Strafen wie das Abhacken von Händen für Diebe nicht vollstreckt werden, so eine Vor-Ort-Reportage des britischen „Telegraph“.

> Banden reißen sich ganze Landstriche unter den Nagel

Sehr viel weniger Zurückhaltung zeigt da die Gruppe Isis im Umfeld Aleppos. Die „Rebellen“-Gruppe, die als Ansammlung vor allem ausländischer Dschihadisten gilt, sorgte unlängst mit beispiellosen Grausamkeiten für Schlagzeilen. Fotos im französischen Magazin „Paris Match“ zeigten, wie Gefangene im Beisein von Kindern enthauptet worden sind. Ein anderer Vorwurf gegen die Gruppe lautet, sie habe in Syrien sogar mit dem Aufbau von Ausbildungslagern für Kindersoldaten begonnen. Besser ausgerüstet als andere Gruppen setzt Isis zunehmend auch Taktiken wie Selbstmordattentate ein, deren fatalen Folgen bereits aus dem Irak und Afghanistan bekannt sind.



Kein Spiel: Kindersoldaten, aber auch Selbstmordattentate werden skrupellos eingesetzt Bild: pa

Einen Einblick, wie weit der Umsturzversuch in Syrien nicht nur von Islamisten, sondern auch anderen Kräften gekapert worden ist, liefern die Aussagen freigekommener Geiseln. Aufschlussreich etwa die Einschätzung des italienischen Journalisten Domenico Quirico, der sich fünf Monate in den Händen islamischer Gruppen in Syrien befunden hat. Innerhalb der „Rebellen“-Gruppen sieht Quirico ein völlig neues Phänomen wachsen: „... die Entstehung von Banden von Ganoven. Sie profitieren von einer islamistischen Fassade und dem Revolutionskontext, um sich ganze Landstriche unter den Nagel zu reißen, die Bevölkerung zu erpressen, Menschen zu entführen und sich die Taschen zu füllen“, so der erfahrene Kriegsreporter gegenüber dem „Spiegel“.

Kaum verwundern kann angesichts dieser Entwicklung, welche Skepsis im US-Militär beim Thema Syrien herrscht. Bei einer Umfrage der Zeitschrift „Military Times“ lehnten 75 Prozent der befragten US-Soldaten einen Einsatz der USA in Syrien ab, obwohl die Fragestellung impliziertе, dass es Beweise für einen Giftgaseinsatz durch die Assad-Truppen gebe. Tatsächlich ist es schwierig zu erklären, warum die Al-Kaida-Kämpfer, die in Afghanistan oder im Irak am Tod hunderter US-Soldaten schuld sind, im Falle Syriens unterstützt werden sollen. Mit ihrer Zurückhaltung dürften die US-Militärangehörigen den richtigen Riecher haben. Bei einem militärischen Eingreifen droht nichts anderes als eine Wiederholung des Irak-Szenarios: die vermeintlichen Befreier als Zielscheibe diverser Bürgerkriegsgruppen.

Norman Hanert

Ukraine umgarnt

EU will russischen Einfluss zurückdrängen

Die Ukraine soll im November beim Wilna-Gipfel der „Östlichen Partnerschaft“ der EU mit dieser ein „Assoziierungsabkommen“ unterzeichnen und dabei eine Milliarde Euro an Finanzhilfe für 2014 bekommen. Zahlt sich Kiews langjährige Zugehörigkeit zur Partnerschaft nun aus, nachdem Brüssel bislang nur Almosen erübrigte, so sieben Millionen Euro für das „Gemeinsame Arbeitsprogramm“ Rumänien-Ukraine-Moldau bis 2013? Das jetzige Milliardenabkommen will die EU in demonstrativer Eile ratifizieren, weil sie Moskauer Störmanöver befürchtet.

> Eine Milliarde Euro für Kiew

Laut jüngsten Umfragen wollen aber über 60 Prozent der Ukrainer statt EU-Integration eine Zollunion mit Russland. Die könnte langjährige Gas-„Kriege“ beenden, die beim gegenwärtigen Beginn der Heizsaison schmerzhaft aufleben. Gemäß dem 2009 signierten Zehnjahresvertrag hätte die Ukraine schon im August zwei Milliarden Dollar an „Gazprom“ zahlen müssen, war aber „klamm“ und fürchtet nun, dass Russland den Gashahn zudreht. Sauer sind die Russen bereits jetzt schon nennen den ukrainischen Plan, der Zollunion selektiv beizutreten, „Schmarotzertum“. Zwar laufen russische Pipelines über ukrainisches Territorium, aber vor der Küste kreuzt Russlands Schwarzmeer-Flotte. Russland ist seit 2012 in der Welthandelsorganisation (WTO), verstößt aber laufend gegen deren Regeln. Wieso sollte es gegenüber „Kleinrussen“ (Ukrainern) weniger rüde auftreten?

Die Ukraine will, wie alle aus der „Östlichen Partnerschaft“ (Armenien, Moldawien, Georgien) der EU beitreten, was vorerst ein frommer Wunsch bleibt, schon wegen ihrer Konflikte mit dem benachbarten EU-Mitglied Rumänien um Küstenstreifen, Grenzen, Kanäle im Donaudelta und Defiziten im Umgang mit ethnischen Minderheiten. Zudem betrachtet Russland die Ukraine als Teil seiner Einflusszone, während die Ukraine das russische Sezessionsgebiet Transnistrien in Moldawien, dem altrumänischen Besarabien, toleriert. Rumänien ist unter dem Gesichtspunkt der russischen Dominanz nicht, wie oft behauptet, „verfrüht“ in die EU gelangt, vielmehr deren Warner vor russischer Obstruktion in einer Ukraine, die sowieso bereits innerlich gespalten ist in „russischen“ Osten und „polnischen“ Westen. *Wolf Oschlies*

Weltmachtstatus in Gefahr?

Republikaner wollen Kürzungen im US-Verteidigungshaushalt zurücknehmen

Lautstark schlagen die republikanischen Falken in Washington die Kriegstrommeln gegen die Kürzungen im US-Militärhaushalt, obwohl sie diesen bereits vor zwei Jahren im Rahmen eines Kompromisses mit US-Präsident Barack Obama, um das 16 Billionen US-Dollar umfassende Haushaltsdefizit abzubauen, zugestimmt hatten. Unter Führung von Senator John McCain und dem Vize des Vereinigten Generalstabs, Admiral James Winnefeld, malen sie ein Untergangsszenario vom Ende der Weltmacht USA. Sie wollen lieber massiv bei den Sozialleistungen für die Armen wie der Kranken-, Wohnungs- und Nahrungs-Hilfe sparen als am gigantischen Budget des Verteidigungsministeriums. Die Kürzungen, die in diesem Jahr begonnen, würden ein „unterbesetztes, schlecht ausgerüstetes Militär produzieren, das seine Einsätze in der Welt drastisch verringern müsste“, beschrieb eine offizielle Abordnung des Pentagons im August erneut das Schreckensbild vor dem Kongress. „Eine Schande, uns so auszuhöhlen“, wetterte Admiral Winnefeld dabei, „wir brauchen Ihre Hilfe.“

Doch Experten relativieren das Schreckensszenario. Das Budget des Pentagons wurde seit 2000 jedes Jahr drastisch vergrößert und ist das größte seit dem Zweiten Weltkrieg und bei weitem das umfangreichste in der Welt: 525 Milliarden US-Dollar wurden für dieses Jahr bewilligt, wovon der erste Teil der Kürzungen mit 41,7 Milliarden abgeht. 54 Milliarden sollen im nächsten Jahre eingespart werden, 500 Milliarden insgesamt über die kommenden zehn Jahre. Macht das die USA zu einer lahmen Ente?

> Rüstungsindustrie verweist auf langfristige Verträge

„Absolut nicht. Es ist unangenehm, aber durchaus machbar“, erklärt Gordon Adams von der privaten American University in Washington, der unter Präsident Bill Clinton das Pentagon-Budget prüfte. „Bereiche wie die Air Force sind bis zu 20 Prozent überladen mit Militärpersonal und Vertragsunternehmen, die sie nicht unbedingt brauchen. 20 bis 30 Milliarden an Überflüssigem im gesamten Pentagon dürfte leicht herauszufinden sein.“ Auch erwähnt Adams: „Nach dem Zweiten Weltkrieg, dem Ende des Kalten Krieges und ähnlichem wurden auch erhebliche Kürzungen im Pentagon durchgeführt. Und jetzt ist der kostspielige Irakkrieg beendet, Afghanistan steht kurz davor. Die Truppen ziehen ab. Das allein sind große Ersparnisse für das Verteidigungsministerium.“

Verteidigungsminister Chuck Hagel, Hauptbetroffener der Kürzungen, ist ebenfalls in keiner Paniksstimmung. Er erklärte gerade, dass sich der Rückzug aus Afghanistan als weit weniger kostspielig erweist als angenommen und das Geld von zurückgestellten Waffenkäufen bereitstehe, so dass die 620000 Zivil-Angestellten des Pentagons und der Streitkräfte nur fünf Tage unbezahlten Zwangsurlaub machen müssen anstatt, wie zunächst befürchtet, 22 Tage.

Eine mögliche Reduzierung von Aufträgen für neueste Militärausrüstung, wie das „Joint Light Tactical Vehicle“, das „Ground Combat Vehicle“ und der in der Entwicklung befindliche „F-35 Fighter Jet“, der schon vorher als zu kostspielig galt, betreffen die großen Firmen wie Lockheed Martin Corp., Aerospace Industries Assn. und Northrop, die sich bereits auf Stellenstreichungen vorbereiten. Jedoch sind die Verträge mit diesen Firmen langfristig. Ferner sollen einige weniger wichtige Stützpunkte im Inland sowie zwei in Europa geschlossen oder verkleinert werden. Auch Trainingsprogramme in der Wüste werden reduziert. Aber Details sind noch in den Verhandlungen und ändern sich ständig. Fest steht: Jede Abteilung des Pentagons muss zehn Prozent einsparen.

Auch Präsident Obama ist überzeugt, dass die Kürzungen umsetzbar sind. Mit ihm haben die Amerikaner einen Oberbefehlshaber, der nach eigenen Aussagen Kriege verabscheut. Der Harvard-geschulte Anwalt bevorzugt zwar den Kampf mit Worten, sprich: die Diplomatie, doch die größte Militärmacht der Welt soll auch laut Obama stark bleiben. Sein langes Zögern, in Syrien einzugreifen, hatte ihm vehemente Kritik bei den Falken im In- und Ausland eingebracht. Doch seine Entscheidung für einen kurzfristigen Angriff auf Assads chemische Waffen wurde nicht zuletzt durch Russland wieder auf den Boden der Diplomatie zurückgebracht.

Dies ist ganz im Sinne des Großteils der US-Bürger, die nicht daran interessiert sind, sich in die Affären anderer Länder einzumischen. Sie sehen keinen Sinn darin, Demokratie zu verbreiten, wo sie gar nicht hinpasst.

Liselotte Millauer

Ignorierte Schuldenbremse

Von Merkel durchgesetzter EU-Fiskalpakt besteht nur auf dem Papier – Staatshaushalte entgleisen

Nur ein Jahr ist es her, dass mit der Hinterlegung der deutschen Ratifikationsurkunde am 27. September 2012 der Euro-Rettungsfonds ESM seine Arbeit aufnehmen konnte. Zwölf Monate später versucht die EU-Kommission, die Bedingungen für die deutsche Zustimmung zum ESM – die sogenannte Schuldenbremse – per Statistiktricks wieder aufzuweichen.

Zumindest mangelnde Phantasie kann man der Brüsseler Bürokratie bei der Aushebelung des EU-Fiskalpaktes nicht vorwerfen. Merkels Bedingung für die Zustimmung zur Euro-Rettung mit deutschen Steuergeldern wollen die EU-Finanzexperten mit einer neuen Berechnungsmethode umgehen. Die Haushaltsdefizite der Euro-Krisenländer sollen einfach kleingerechnet werden. Der Trick: eine Neudefinition des sogenannten strukturellen Haushaltsdefizits. Dieses ergibt sich aus dem regulären Defizit, das um Konjunktureinflüsse und einmalige Effekte bereinigt wird. Nach den Brüsseler Plänen sollen künftig Länder mit hoher Arbeitslosigkeit oder schrumpfenden Volkswirtschaften besser dastehen als bisher und deutlich mildere Sparziele erhalten. Die Profiteure der Regelung: Spanien, Irland, Griechenland und Portugal.

Die statistische Trickserei, die einstweilen noch in den Schubladen der Brüsseler Amtsstuben liegt, mag zwar die breite Öffentlichkeit beeindrucken, nicht aber die Finanzmärkte. Dort wird langst registriert, dass die Schulden der Krisenländer trotz aller Rhetorik von den „Lichtblicken am Horizont“ immer weiter steigen. In Spanien ist die Staatsverschuldung zum Vorjahr um 17 Prozent gestiegen. Sogar ohne Schattenhaushalte und Schulden der Kommunen ist damit ein Schuldenstand von 942 Milliarden Euro oder 92 Prozent der

Haushaltsdefizite sollen kleingerechnet werden

jährlichen Wirtschaftsleistung erreicht. Das mittlerweile obsolet scheinende Maastricht-Kriterium sah 60 Prozent vor, ab einem Stand von 80 Prozent gilt eine Staatsverschuldung gemeinhin als nicht mehr tragfähig.

Längst über diesen Punkt hinaus ist Italien. Dort rechnet das Finanzministerium damit, dass im nächsten Jahr eine Schuldenquote von 132 Prozent erreicht wird. Kaum besser sind die Aussichten für Frankreich. Wie „Le Figaro“ meldet, rechnet man in Paris, dass Frankreichs Staatsverschuldung Ende 2014 die Zwei-Billionen-Marke erreichen wird. Entsprechen wird dies 95 Prozent der französischen Wirtschaftsleistung. Dass Wolfgang Schäuble (CDU) in der Endphase des Bundestagswahlkampfes noch das Risiko einging, anzudeuten, dass Griechenland ein weiteres Hilfspaket brauchen wird, hat auch einen handfesten Hintergrund. Wie die griechische Zeitung „to vima“ berichtet, sind im ersten Halbjahr dieses Jahres Griechenlands Schulden auf 321 Milliarden Euro oder 180 Prozent der Wirtschaftsleistung angestiegen. Damit ist die sogenannte Rettungspolitik für Griechenland

Staatsschulden stellen nur einen Teil des Problems dar

nur als Desaster zu bezeichnen: Das Land hat aktuell mehr Schulden, als zu Beginn aller Rettungsbemühungen im Jahr 2009.

Zwischenzeitlich sind allerdings im Jahr 2010 ein Rettungspaket über 73 Milliarden Euro und im Jahr 2012 ein zweites Paket mit 173 Milliarden Euro in Richtung Athen geflossen. Im März 2012 folgte ein Schuldenschnitt im Volumen von rund 100 Milliarden Euro. Wenn nun ein drittes Rettungspaket für Griechenland immer konkretere Formen annimmt, kann dies eigentlich nur als Offenbarungseid der „Euro-Retter“ aufgefasst werden. Naheliegend ist da der Verdacht, dass private Kreditgeber ihre Forderungen an Griechenland lediglich an Europas Steuerzahler weitergereicht haben, anstatt Verluste selbst zu tragen.

Dabei sind die Staatsschulden nur ein Teil des Problems. Mit der anhaltenden wirtschaftlichen Misere werden in den Krisenstaaten Südeuropas auch die Bankkredite an Privatleute und Unternehmen immer stärker notleidend. Allein Spaniens Banken haben mittlerweile die Rekordsumme von 178,7 Milliarden Euro an faulen Krediten bei der von Madrid gegründeten Bad Bank abgeladen. Auch hier sind inzwischen zwölf Prozent der Kredite spanischer Banken vom Ausfall bedroht. Auch hier droht, dass es letztendlich wieder Europas Steuerzahler und Bankkunden sein werden, die haften. Ausgerechnet das deutsche EZB-Direktoriumsmitglied Jörg Asmussen hat unlängst vorgeschlagen, dass der Euro-Rettungsfonds ESM übergangsweise auch für die Abwicklung maroder Banken des Euro-Raums einspringen soll. Diese Übergangslösung solle dann solange greifen, bis ein geplanter Abwicklungsfonds des aus Frankreich stammenden EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier einsatzbereit ist.

Nach Barniers Vorstellungen soll der Fonds über zehn Jahre von den Kreditinstituten der Euro-Zone über Bankenabgaben aufgefüllt werden, bis ein Betrag von etwa 55 Milliarden Euro zusammenkommen ist. Klar dürfte damit sein, an wen die Banken die Rechnung für den Abwicklungsfonds weiterreichen werden: an ihre Kunden. Sowohl bei Asmussens Übergangslösung als auch bei Barniers Plan wären künftig die Deutschen – entweder als Steuerzahler, oder aber als Bankkunden – mit von der Partie, wenn irgendwo in der Euro-Zone marode Banken aufgefangen werden müssen.

Norman Hanert



EU-Fiskalpakt: Linken Kreisen war er von vornherein ein Gräuel und diente vor allem als Beruhigungspille für deutsche Steuerzahler. Doch nun ist er längst Makulatur.

Bild: Stefan Boness/Ipon

KURZ NOTIERT

Gewerbesteuereinnahmen erreichen Rekordwert: Die steigenden Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen lassen die Wirtschaft hoffen, dass diese nun ihre Investitionen erhöhen. In diesem Jahr werden die Betriebe voraussichtlich 44,2 Milliarden Euro Gewerbesteuer zahlen. Zwar machen die Kommunen der Flächenländer trotz sprudelnder Einnahmen insgesamt noch Schulden, doch diese lagen im ersten Halbjahr bei 928 Millionen Euro und somit um 2,2 Milliarden Euro niedriger als 2012. Kommunen in Niedersachsen und Bayern erzielten im Durchschnitt sogar ein Plus. Da die Kommunen der wichtigste öffentliche Investor sind, setzen viele kleinere Unternehmen auf zusätzliche Aufträge aus den Rathäusern. *Bel*

Nur noch kleine Unterschiede zwischen Rechten und Linken: Niklas Potrafke vom Münchner ifo-Institut hat untersucht, welche Unterschiede linke und rechte Politik für die Wirtschaft macht. So hat der Ökonom herausgefunden, dass inzwischen Konservative wie Sozialdemokraten gleichermaßen den Sozialstaat bewahren beziehungsweise nicht zurechtstutzen. Im Bereich der Regulierungen, Liberalisierungen und Privatisierungen gebe es jedoch noch die historisch gewachsenen Unterschiede zwischen den politischen Richtungen. *Bel*

Nur Mittelmaß: Ob Breitbandvernetzung oder Verbreitung des mobilen Internets – laut Internationaler Fernmeldeunion ist Deutschland hier unter den Industriestaaten nur Mittelmaß. *Bel*

Weniger Firmengründungen: In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Firmenneugründungen in Deutschland gesunken. Die Anzahl der Betriebe, deren Rechtsform und Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lassen, lag im ersten Halbjahr bei rund 67 000 und damit rund fünf Prozent niedriger als im ersten Halbjahr 2012. Die Zahl neu gegründeter Kleinunternehmen ging ebenfalls zurück und zwar um 5,5 Prozent auf knapp 121 000. *U.B.*

»Der Tod aus dem Schlot«

Feindbild Braunkohle: Greenpeace versucht, Abbau zu stoppen

Der Kampf von Greenpeace gegen die Nutzung der Lausitzer Braunkohle hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Neun Greenpeace-Aktivisten hatten sich an Bahngleisen in der Lausitz angekettet, um gegen die Pläne des Energiekonzerns Vattenfall für einen neuen Braunkohletageabbau im südlichen Brandenburg zu protestieren. Bereits im April hatte Greenpeace eine Studie vorgelegt, in der Feinstaub aus der Braunkohleverstromung als Ursache für jährlich 3000 Tote in Europa genannt wurde. Eine gewagte Prognose, wie selbst der Studienleiter Rainer Friedrich von der Uni Stuttgart zugeben musste. Trotz der eingeräumten großen statistischen Unsicherheiten wurde an dem Tenor der Studie – „Der Tod aus dem Schlot“ – festgehalten.

Dass ausgerechnet jetzt der Kampf gegen die Verstromung der Lausitzer Braunkohle auf die Agenda von Greenpeace gerückt ist, kann kaum verwundern. Weltweit wird der Kohle mittlerweile die größte Renaissance der Industriegeschichte vorausgesagt. Schon Ende 2012 hat der in Brandenburg und Sachsen aktive Energieerzeuger Vattenfall einen Boom bei der Braunkohle-Verstromung gemeldet. Mit rund 62 Millionen Tonnen Lausitzer Kohle war 2012 die Förderung so hoch wie zuletzt 1993. Die erzeugten 55 Milliarden Kilowattstunden aus Kohleverstromung waren der höchste Wert seit der politischen „Wende“ in Mitteldeutschland.

Die Zahlen machen deutlich, dass kaum ein Energieträger so

Mehrheit der Lausitzer begrüßt den Tagebau

großes Potenzial hat, der „Energiewende“ gefährlich werden zu können, wie die Braunkohle. Während auf die Verbraucher durch die erneuerbaren Energien immer höhere Kosten zukommen, kann Braunkohle-Strom konkurrenzlos billig erzeugt werden. Für eine Kilowattstunde müssen lediglich drei bis vier Cent aufgewendet werden, gleichzeitig reichen die Kohlevorräte in der Lausitz bei einem Verbrauch auf aktuellem Niveau noch für mindestens 100 Jahre.

Um die Gemengelage aus Sicht der Umweltschutzaktivisten noch unerfreulicher zu machen, ist die Akzeptanz für den Braunkohleabbau in der Lausitz auch noch sehr hoch. Bei einer Forsa-Umfrage im April befürwortet die Mehrheit der Lausitzer den Braunkohleabbau in der Region. 70 Prozent der Lausitzer sprachen sich für neue Tagebaue aus, nur 18 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass es den Kritikern der Braunkohle um die Zukunft der Region geht. Sogar 74 Prozent hielten die Protestierer schlicht für Interessenvertreter in eigener Sache.

Beim Erzwingen eines deutschen Braunkohleausstieg aufs Tempo zu drücken, könnte für Greenpeace auch noch aus einem anderen Grund wichtig werden. Mit dem diesjährigen Klimabericht der Vereinten Nationen, der alle paar Jahre den Stand der Forschung zusammenfasst, werden die Zweifel an der These vom „menschengemachten Klimawandel“ durch Kohlendioxid-Emissionen neue Nahrung bekommen. Den „Klimapäpsten“ bereitet es zunehmend Kopfschmerzen, eine plausible Erklärung dafür zu finden, dass die weltweite durchschnittliche Temperatur mittlerweile seit 15 Jahren nicht mehr gestiegen ist. *N.H.*

Langer Überlebenskampf

Schifffahrtsbranche trotz Krise verhalten optimistisch

Trotz der seit sechs Jahren anhaltenden Schifffahrtskrise hat Deutschland noch immer die größte Containerschiffsflotte der Welt. Hermann Ebel, Vorstandsvorsitzender der Hansa Treuhand Holding AG, zeigte sich beim 11. Hansa Treuhand Schifffahrtssymposium in Hamburg optimistisch: „Jeden Morgen, an dem wir aufwachen, sind wir dem Ende der Krise einen Tag näher. Wir wissen nur nicht, welcher es sein wird“.

Die Vorzeichen der Branche stehen tatsächlich gar nicht so schlecht. Die Zahl der Auflieger, also jener Schiffe, die beschäftigungslos an Dalben liegen, hat sich im bisherigen Verlauf des Jahres erheblich reduziert. Während 2012 noch 297 Schiffe mit einer Kapazität von mehr als 500 Standardcontainern (TEU) auflagen, waren es in diesem Sommer nur noch 187.

Für dieses Jahr erwartet die Branche, dass Schiffe mit einer Gesamtkapazität von mehr als 350 000 TEU auf diese Weise aus dem Markt genommen werden. Das hat Auswirkungen auf die Charterraten. Für Schiffe mit 2800 TEU Tragfähigkeit ohne eigene Kräne, für die Anfang April dieses Jahres noch 6450 Dollar pro Tag gezahlt wurden, wurden bereits Ende Juli über 7200 Dollar erfolgreich verhandelt. Ein Überangebot herrscht aber noch immer bei den größten Containerschiffen im Verkehr zwischen Asien und Europa. Wegen des starken Angebots solcher Schiffe und der geringen Nachfrage aus Europa ließen sich Erhöhungen der Frachtraten nicht durchsetzen. Die Selbstheilungskräfte des Marktes hätten

Deutschland hat die weltweit größte Containerflotte

sich laut Ebel also in einigen Bereichen inzwischen bemerkbar gemacht. Trotzdem zeigte er sich skeptisch, dass alle Frachtreedereien „das rettende Ufer erreichen werden“.

Thomas Straubhaar, der Direktor des Hamburger Weltwirtschaftsinstitutes (HWWI), gab sich ebenfalls optimistisch: „Ich habe nicht die geringste Sorge, dass die Weltwirtschaft nicht weiter wächst.“ Reedern empfahl er aber, nicht nur die Verkehre im Pazifik im Auge zu haben, sondern sich dem Atlantik zuzuwenden. Denn in den USA sei ein Aufschwung zu erwarten. Den Reedern stellte Straubhaar in Aussicht, das zukünftige Transportgeschäft werde kein Massengeschäft mit großen Warenmengen sein, sondern der Transport von erheblichen Werten, die besondere Fachkenntnis und Behandlung benötigten. Denn mit steigendem Lebensstandard werde der Wunsch der Konsumenten nach Qualität und Differenzierung größer.

Skeptiker des Tages war Wolfgang Topp, Generalbevollmächtigter und Verantwortlicher für die Restrukturierungs-Sparte der durch die Finanzkrise in Schwierigkeiten geratenen HSH Nordbank, einem der weltweit größten Schiffsfinanzierer. Er sieht die Schifffahrtskrise als noch nicht überstanden an und rief dazu auf, Banken und Reedereien sollten gemeinsam Lösungen suchen, um aus der Krise zu gelangen. „Derzeit ist die Schifffahrt in einem Überlebenskampf“, so Topp. Nicht alle Anbieter könnten überleben. „Ich bin fest davon überzeugt, dass viele Reedereien verschwinden werden“. 15 Prozent der Frachtschiffe stufte er als nicht sanierungsfähig ein. Bei den restlichen 85 Prozent gebe es zumindest eine Chance, mit den derzeitigen Eigentümern einen Weg aus der Krise zu finden. *Eigel Wiese*

Demokratieerfolg

Von Philipp Hötensleben

Der Tag der Bundestagswahl hätte der Tag des mit einer absoluten Mehrheit in Hamburg regierenden Olaf Scholz sein können, holte seine SPD doch fünf der sechs Direktmandate. Es hätte sein Tag sein können, hätten sich die Hamburger nicht zugleich in einem Volksentscheid mit 50,1 Prozent der Stimmen für den Rückkauf der Energienetze entschieden. Der Bürgermeister lehnt diesen Schritt kompromisslos ab und hatte die Angelegenheit zur Chefsache gemacht. Nun haben die Hamburger ihm einen herben Machtverlust beschert. Denn er muss erstmals in einer zentralen politischen Frage etwas tun, was er nicht will. Er ist gut beraten, nicht den geringsten Verdacht aufkommen zu lassen, er würde den Rückkauf hintertreiben. Den Fehler hat vor knapp zehn Jahren sein Vor-Vorgänger Ole von Beust gemacht, als er gegen ein Bürgervotum von 76,8 Prozent die Krankenhäuser privatisiert hat. Die Folge war ein Millionendesaster, das die Hamburger der CDU nicht vergessen haben. Ob der Rückkauf der Netze vernünftig ist, sei hier dahingestellt. Der Wille der Bürger ist Gesetz, was von den „Volksvertretern“ leider zu oft ignoriert wird. Insofern ist der Volksentscheid in jedem Fall ein Erfolg für die Demokratie.

Bisher nur mutig bei Euro-Kritik

Von Michael Leh

Wir geben nicht auf, wir halten zusammen“, sang Ralf Maas auf der Wahlparty der „Alternative für Deutschland“ (AfD). Diesen „AfD-Song“ werden die Anhänger der jungen Partei künftig noch oft intonieren müssen. Denn die AfD hat zwar bereits Sensationelles geleistet, indem sie innerhalb eines halben Jahres aus dem Stand heraus 4,7 Prozent bei einer Bundestagswahl erreicht hat. Ziel dieses Husarenritts war aber eben der Einzug in den Bundestag, und dieses Ziel wurde verfehlt. Dabei hatte AfD-Sprecher Bernd Lucke noch Mitte September vollmundig erklärt, er rechne mit einem Abschneiden „deutlich über fünf Prozent, vielleicht nahe an einem zweistelligen Ergebnis“. Ob dies Zweckoptimismus war oder Verblendung, mag dahingestellt sein: Die Stunde der Wahrheit kam mit den Hochrechnungen am 22. September.

Die AfD wollte im Bundestag eine Bühne, um von dort aus wirksamer die verfehlte Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung kritisieren zu können. Lucke hoffte zudem, auch mit einer kleinen Oppositionspartei im Parlament die Positionen der Regierungsparteien in seinem Sinne beeinflussen zu können. Dies wäre auch umso nötiger gewesen, als die Euro-Krise nicht vom Tisch ist und die Zwangseinheitswährung auch aus sich selbst heraus immer neue Krisen gebären wird. Es ist vielleicht das größte Verdienst der AfD, eine fundierte Kritik an der Einheitswährung erstmals in einen breiteren politischen Diskurs geführt zu haben. Als Mitglieder des Bundestages hätten kompetente Ökonomen wie Bernd Lucke oder Joachim Starbatty auch in den Medien ganz andere Beachtung gefunden.

Kann sich die AfD dauerhaft etablieren?

Wird es der AfD-Führung gelingen, ihre Partei zu konsolidieren und programmatisch so auszurichten, dass sie dauerhaft Erfolge erzielen kann? Mit noch so zutreffenden Analysen des Währungssystems allein, die nur ein Bruchteil der Wählerschaft versteht, wird dies nicht zu leisten sein. Auch um dem Vorwurf der Ein-Thema-Partei zu begegnen, hat die AfD einige weitere Punkte in ihr Wahlprogramm geschrieben. Das Meiste davon bleibt jedoch bis jetzt sehr vage. Festlegungen wurden sogar dort vermieden, wo dies schwer verständlich ist. So drückt man sich bei der AfD bis heute um eine Antwort auf die Frage, ob man für oder gegen die Beibehaltung der Optionspflicht bei doppelten Staatsbürgerschaften sei. Mutig und klar ist die AfD bis jetzt fast nur beim Thema Euro.

Lucke erklärt, die AfD sei „ganz bestimmt keine konservative Partei“ und wolle dies auch nicht werden. Verständlich ist, wenn er nicht in eine Schublade gesteckt werden möchte und für eine größtmögliche Wählerzahl attraktiv sein will. Eine weitere Partei mit beliebigen und diffusen Standpunkten jedoch wird nicht gebraucht und wird sich auch nicht dauerhaft etablieren können.



Muss seine Partei dringend breiter aufstellen: Mit dem Euro-Thema allein wird AfD-Chef Bernd Lucke bei den anstehenden Landtagswahlen 2014 wenig erreichen

Bild: pa

Aus und vorbei

Von Jan Heitmann

Jahrelang hat die FDP ein sterbendes Pferd geritten, bis es bei der Bundestagswahl tot zusammengebrochen ist. Statt ihre freiheitliche Bürgerrechtstradition zu pflegen, hat sie ihre programmatische Aushöhlung betrieben und sich damit endgültig überflüssig gemacht. Sie hat ihre originären Themen Freiheit und Marktwirtschaft nicht mehr besetzt, sondern versucht, sich als Klientelpartei zu profilieren. Innerparteilicher Streit war ihr wichtiger als das Streiten für bürgerliche Freiheit, vordinglicher als das Eintreten gegen eine Überforderung der Bürger war ihr das Bedienen von Lobbygruppen. Das konnte nicht mehr länger gutgehen. Dabei wäre eine politische Kraft, die sich von der Idee des Liberalismus und der Verantwortung für alle Bürger leiten lässt, gerade heute nötiger denn je. Wäre die FDP noch die Alte, müsste man ihren Absturz also bedauern. So aber kann es nur heißen: Aus und vorbei.

Keinen Grund, der FDP nachzutrauern, haben die deutschen Vertriebenen. Bei einem Treffen mit seinen russischen und polnischen Amtskollegen in Königsberg ehrte Außenminister Guido Westerwelle die 1945 gefallenen Sowjetsoldaten und plädierte für den kleinen visafreien Grenzverkehr in Ostpreußen. Kein Wort fand er dagegen für deutsche Opfer oder den Wunsch der vertriebenen Königsberger nach einer visafreien Einreise in die Heimat. Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, wollte der FDP-Vorsitzende nicht in der Verteibungs-Stiftung sehen, „um das deutsch-polnische Verhältnis nicht zu belasten“. Und einen Vertriebenengedenktag lehnte die FDP ab, weil es angeblich schon zu viele Gedenktage gäbe.

Moment mal!



Die Revolution der Pappkartons

Von Klaus Rainer Röhl

Ändern Dichter die Welt? Das ist eine Frage, die die meisten Menschen nicht umtreibt, die Dichter aber schon, die seit ewigen Zeiten mit der Welt unzufrieden sind und sie gerne ändern würden. Und nur, wenn man allzu misstrauisch oder gar böswillig wäre, würde man den Dichtern zutrauen, mit der Politik ganz nebenbei auch auf sich selbst aufmerksam zu machen. Unser größter, auch nach seiner eigenen Definition deutscher Dichter, Walther von der Vogelweide (1170–1230), mischte sich kräftig in die Politik ein. Er griff in seinen öffentlich vorgetragenen Liedern sowohl den Kaiser als auch den Papst an, ja mehr noch, er beklagte sogar die deutschen Verhältnisse: „O weh dir tiutsche Zunge – wo stet din Ordenunge?“ (Großschreibungen vom Autor). Das schrieb er vor etwa 800 Jahren. Wer in einem auch nur halbwegs gebildeten Elternhaus aufgewachsen ist, kann das Mittelhochdeutsche auch heute noch ohne große Kommentierung verstehen und leicht erraten, dass er mit „tiutsche Zunge“ die Deutsch-Sprechenden, also die Deutschen meint. Denen er, übrigens als Antwort auf einen Lobgesang auf Frankreich, schmeichelte, Deutschland sei, trotz vieler Länder, die er gesehen habe, das beste, ein Land, in dem er immer leben wolle. Wie bekannt, regte dieses Lied Hoffmann von Fallersleben dazu an, unsere heute noch gültige Nationalhymne zu schreiben, die wir manchmal auch singen dürfen, aus Gründen der politischen Korrektheit aber nur die dritte Strophe.

Schon Walther von der Vogelweide war ein politischer Dichter

Gott wird es uns lohnen, wie alle unsere Alleingänge, das Müsli, das Flaschenpfand und den Ausstieg aus der Atomtechnik und die Rückkehr zur Windmühle. Walther von der Vogelweide war, wenn man so will, auch einer der ersten Umweltschützer, denn in einem weiteren Gedicht beklagte er die Zerstörungen durch nicht nachhaltigen Umgang mit der Natur: „Zertreten ist das Feld, verhauen ist der Wald.“ Man weiß nicht genau, ob Walther von der Vogelweide ohne diese scharfen kritischen Töne so bekannt geworden wäre, also nur mit dem Tandaradei und den für seine Zeit frechen Gedichten über die Liebe in der freien Natur („Under der linden/an der Heide, da unser zweier Bette was“). So etwas brachten auch schon die Kollegen. Aber die Aufmerksamkeit im ganzen Reich erwarb er durch die politische Großpolemik, schließlich wurden seine Lieder auch am Wiener Hof vorgetragen.

Geändert hatte sich im Reich dadurch nichts. In den folgenden Jahrhunderten hörten Dichter nie auf, Politik zu machen, ändern konnten sie die Welt nie, aber sie versuchten es hartnäckig und wurden dabei bekannt und – berühmt. Ich sage nur – Gedankenfreiheit!

Weniger bekannt ist, dass die Dichter manchmal, nach langen Friedenszeiten, auch Kriegspropaganda machten. So schrieb Stefan George Anfang des 20. Jahrhunderts: „Zehntausend muss die heilige Seuche raffen, Zehntausende der heilige Krieg“! So geschah es denn auch.

Nach langer kriegsbedingter Abstinenz verschrieb sich die „Gruppe 47“ nach anfänglich politischem Engagement nur noch der Naturlyrik. Als aber die lange, schrecklich gemütliche Adenauer- und Erhardzeit und das den Dichtern schier unerträgliche Wirtschaftswunder zu Ende gehen sollte, kamen in rascher Folge Sammelbände deutscher Schriftsteller heraus mit so aktuellen Titeln wie „Die Alternative“. Oder „Brauchen wir eine neue Regierung?“.

Immer war da auch Grass mit von der Partie, mal als Anhänger, mal sogar als Mitglied der SPD (aus der er auch mal wieder austrat, wenn ihn etwas geärgert hatte). Endgültig bekannt wurde er durch seinen Wahlkampf für Willy Brandt („Willy wählen!“), und alle, alle Schriftsteller machten mit. Und weil die Adenauer-Ära personell ohne Nachwuchs und reif für den Abgang war wie später noch einmal die Kohl-Regierung, konnten die Mitstreiter von Grass diesmal wirklich das Gefühl haben, die Welt mit geändert zu haben. Fortan sahen sie es als Aufgabe an, das unzuverlässige deutsche Volk, diesen großen Lümmel, zu erziehen, wie Brecht es, wunderschön kunstvoll, aber extrem stalinistisch im Inhalt, in seinem wenig bekannten, von Paul Dessau vertonten Langgedicht „Erziehung der Hirse“ gewollt hatte, sprich das Volk langsam zum Guten zu erziehen wie die Hirse und so das Unkraut wie den Faschismus ausrotten.

Aber ach, immer noch ist das Volk nicht richtig erzogen, und die Dichter müssen immer wieder an die Agitations-Front. Da kann man langsam als Schriftsteller mutlos werden oder zumindest so aussehen. Wie die bis dahin wenig bekannten 60 Männer und Frauen, die, miesepetrig und krampfhaft lustig vier Tage vor der Wahl mit Pappkartons vor das Kanzleramt zogen, weil sie nicht von der NSA abgehört werden wollen. Das skandierten sie im Sprechchor und lachten sich selber halbtot über ihre Aktion, und das Fernsehen nahm sie dabei auf, auch wegen der großen braunen Pappkartons. 67 000 Unterschriften für die Unterstützung ihres Protests hatten sie in diesen Pappkartons gesammelt. Die wollten sie der Merkel um die Ohren hauen, wenn die es wagen würde, sie anzuhören.

Kritik an Herrschenden bringt Dichtern auch Aufmerksamkeit

„Auch du wirst abgehört!“ Wen erinnert das nicht an die Studenten, die 1967 in den Hamburger Hafen marschierten und, nicht weniger laut als die 60 Schriftsteller, den Arbeitern zuriefen: „Auch du wirst abgehört!“ Die Antwort der schlagfertigen Hamburger Hafenarbeiter war ironisch: „Wi hebbt keen Tellefoon!“

Niemand will gerne abgehört werden, aber die deutschen Schriftsteller mit den Pappkartons wollten besonders wenig abgehört werden. Gehört werden aber gerne. Und gelesen, nicht nur in Facebook und Twitter mit „Gefällt mir!“-Echo, sondern möglichst in gebundener Form. Gerade damit hatten die meisten von ihnen bisher Schwierigkeiten und waren daher bis zum Zeitpunkt ihres Auftritts kaum bekannt. Nur die Initiatorin Juli Zeh ist bekannt, aber auch sie musste sich in ihrem Leben ziemlich abstrampeln, um die nötige Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Juli ist die Tochter des ehemaligen Direktors des Deutschen Bundestags und studierte Jura in Passau, Krakau und New York. Nach einem Praktikum bei der Uno schloss sie ab mit dem Magister. Ihr letzter literarischer Ruf „Nullzeit“ ist nach eigenen Angaben eine „Mischung aus Thriller und Beziehungskiste“. Bereits im Bundestagswahlkampf 2005 gehörte sie zu den Autoren, die den Aufruf von Günter Grass zur Unterstützung von Rot-Grün unterschrieben. Auch sonst lässt sie die Katze gern aus dem Sack. Auch den Hunden gilt ihre Liebe. So leiht sie als „Tierschutzbotschafterin“ der Stiftung „Vier Pfoten“ ihre Stimme. Viel hilft viel, ist ihre Devise. Steter Tropfen höhlt den Stein. Im Januar 2008 reichte sie beim Bundesverfassungsgericht eine Verfassungsbeschwerde gegen den biometrischen Reisepass ein. Das Bundesverfassungsgericht hat die Klage aus formellen Gründen nicht zur Entscheidung angenommen.

Die Demonstration der Pappkartons hat am Wahlausgang zum Glück nichts geändert. Aber dafür waren die Demonstranten minutenlang im Fernsehen. Vielleicht wird der eine oder andere doch noch gedruckt.

Gefällt mir – nicht.

Pfälzer brachten Bayern den Leberkäs

Mannheim von Wittelsbachern beherrscht – Große Ausstellung über die Dynastie der Bayern und Kurpfälzer

Unter dem Titel „Die Wittelsbacher am Rhein – Die Kurpfalz und Europa" findet in den Mannheimer Reiss-Engelhorn-Museen eine gigantische Ausstellung statt. Mit Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz sind gleich drei Bundesländer daran beteiligt.

Die Wittelsbacher brachten eine Reihe großartiger Herrscher, Mäzene und Kunstliebhaber hervor, die ihre Spuren in ganz Europa hinterließen und deren geistige Leistungen bis in die Gegenwart nachwirken. Entsprechend gut zu Fuß muss derjenige sein, der diese grandiose Ausstellung besuchen will. Denn sie findet an zwei verschiedenen Orten statt – im Museum Zeughaus und dem etwa zehn Gehminuten entfernten Barockschloss Mannheim.

Während sich die Anfänge der Dynastie im mystischen Halbdunkel der Räume des Zeughauses abspielen, bilden die verschwenderisch mit Gold und Stuck geschmückten Säle des Barockschlosses den Rahmen für die Fortsetzung dieser Familiensaga. Bei den insgesamt 600 Exponaten – darunter Gemälde, alte Landkarten und Stiche, Globen, Waffen, Ritterrüstungen, Mobiliar, Schmuck und Skulpturen – handelt es sich zum Teil um Leihgaben aus den Vatikanischen Museen, der British Library, des Louvre und des Kunsthistorischen Museums Wien sowie um Stücke aus dem Bayerischen Nationalmuseum.

Viel Zeit habe er mit seinem nur vierköpfigen Team investieren müssen, um die Ausstellung auf die Beine zu stellen, erzählt Alexander Schubert, der junge Direktor der Reiss-Engelhorn-Museen. Doch die Resonanz mit 900 Besuchern am zweiten Tag sei sehr erfreulich. Auch jungen Menschen wird die verzwickte Bündnispolitik zwischen den Herrschern der Kurpfalz und Bayern mittels Schautafeln, Karten und pfiffigen Trickfilmen schmackhaft gemacht. Mit Ludwig dem Kelheimer, der 1224 von Friedrich II. mit der Pfalzgrafschaft bei Rhein belegt wird, betreten die Pfälzer die politische Bühne Europas. Es folgten große Herrscher vom Schlage König Ruprechts, der es zu Beginn des 15. Jahrhunderts bis an die Spitze des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation brachte, sowie Ludwigs III. und Friedrichs des Siegreichen, der als „edler Fürst mit einem rechten Heldenmut" von seinen Zeitgenossen besungen wurde.

Ihren Höhepunkt erreichte die Dynastie im späten 18. Jahrhundert, als Kurfürst Carl Theodor Chef des Hauses Wittelsbach wurde. Der kunstsinnige Herrscher, der mit seinem Mannheimer Musenhof die Welt nach seinem Gusto gestaltete, hatte mit seinem bayerischen Vetter Max III. Joseph vereinbart, dass Ersterer von Mannheim nach München übersiedeln würde, sollte sein Cousin vor ihm sterben. Eine weitsichtige Bündnispolitik, durch die erstmals seit fast 450 Jahren nach dem Erbfall die beiden Fürstentümer der Wittelsbacher – die Kurpfalz und Bayern – wieder als unteilbarer Gesamtbesitz aus einer Hand regiert würden. Im Dezember 1777 war es soweit. Max III. Joseph starb und Carl Theodor verließ den Rhein in Richtung Isar, um seinen Wohnsitz vom Mannheimer Barockschloss in die Münchner Residenz zu verlegen und Bayern und die Kurpfalz in Personalunion zu regieren.



Gut gelagert und daher lange haltbar: Böhmischer Reichsapfel des „Winterkönigs" Friedrich V. Bild: REM

„Der Umzug nach Bayern ist Carl Theodor sehr schwer gefallen", so Schubert. Zu sehr hing er an seinem prächtigen Schloss, den Gärten, dem Hoftheater und seiner „Mannheimer Schule", der Wegbereiterin der Wiener Klassik, die weit über die Landesgrenzen hinaus berühmt war. Selbst der junge Mozart bewarb sich um eine Stelle im Hoforchester.

Ein Schürzenjäger aus Kurfalz

Aber auch die Bayern waren alles andere als begeistert von ihrem neuen Herrn, der aus seinem goldenen Rahmen milde auf die Besucher herabblickt. In einem Trickfilm wird der Empfang Carl Theodors in München augenzwinkernd dargestellt. „Schleich di" und „Geh hoam" schwebt in Sprechblasen über den Köpfen der erbosten Marktfrauen auf dem Viktualienmarkt.

Doch Carl Theodor kannte seinen Machiavelli nur zu gut und besänftigte das Volk mit Wohltaten. Ab sofort durfte das Volk den Nymphenburger Park betreten und später auch den von Carl Theodor geschaffenen Englischen Garten. Und wer hätte gedacht, dass ausgerechnet ein Pfälzer den Bajuwaren etwas so Urbayerisches wie den Leberkäs und die Laugenbrezel bescheren würde. Dennoch musste der „(Schürzen)Jäger aus Kurpfalz" sich manchen Spott von seinen neuen Untertanen gefallen lassen. Als er nach dem Tode seiner Frau Elisabeth in reifen Jahren eine gerade 18-jährige italienische Prinzessin ehelichte, lästerte man in München hinter vorgehaltener Hand: „Oh lieber Herr und Heiland, da schickst du uns aus Mailand eine so schöne Frau für diese alte Sau."

Auch kriegerische Auseinandersetzungen werden in der Ausstellung dargestellt. Neben der tragischen Geschichte des „Winterkönigs" Friedrich V. von der Pfalz, der am Vorabend des Dreißigjährigen Krieges die protestantische Macht im Heiligen Römischen Reich etablieren wollte und an diesem Bemühen scheiterte, nehmen die Überfälle des Sonnenkönigs Ludwigs XIV. auf die Pfalz einen breiten Raum ein. Unter dem Motto „Brûlez le Palatinat" („Brennt die Pfalz nieder!") verwandelte die Soldateska ein blühendes Land in eine Wüstenei. Die Zerstörung des Heidelberger Schlosses wird in einem Film nachgezeichnet und kommentiert.

Begleitet wird die perfekt durchkomponierte Ausstellung von einer Fülle von Veranstaltungen in und rund um die „Quadratstadt" Mannheim. Auch das nahe Heidelberg lädt die Besucher zu einer kleinen, aber feinen Ausstellung zur Geschichte der Region ins Kurpfälzische Museum ein. Ein Besuch in Zweibrücken und Wachenheim lohnt ebenfalls.

Anerkennung verdient auch die Sensibilität, mit der die Ausstellungsmacher sowohl Kinder wie auch Jugendliche spielerisch an die komplexe Geschichte der Wittelsbacher heranführen. Kunterbunt gestaltete Ecken laden mit Fragen und allerlei pfiffigen Spielen zum Mitmachen ein. Ein Begleitprogramm mit dem Konterfei des kleinen Wolfgang Amadeus Mozart, an dem auch Erwachsene ihre Freude haben, dient als Leitfaden. *Uta Buhr*

Die Ausstellung läuft bis 2. März 2014 täglich von 11 bis 18 Uhr. Eintrittspreis für beide Museen 14 Euro, Jugendliche bis 18 Jahre zahlen 5 Euro. Infos im Internet: www.wittelsbacher2013.de.

Neue Filme nach Siegfried Lenz

Hamburg – Beim Hamburger Filmfest wird am 28. September ein neuer Film vorgestellt, der auf einer Erzählung des Lycker Schriftstellers Siegfried Lenz beruht. In „Die Flut ist pünktlich" (Passage-Kino um 17 Uhr) spielt Jürgen Vogel in einer mörderischen Dreiecksbeziehung mit. Mit „Der Verlust" hat das ZDF gerade die Dreharbeiten zu einem zweiten Werk von Lenz begonnen. Außerdem plant das ZDF eine Neuverfilmung des Lenz-Romans „Deutschstunde", der 1971 bereits im Fernsehen lief. *tws*

Spieglein, Spieglein

Berlin – Mit „Bin ich schön?" widmet sich das Museum für Kommunikation in einer neuen Ausstellung den eitlen Dingen des Lebens. Anhand von Beispielen wird gezeigt, wie weit uns die Macht der Schönheit treibt und woran sich Schönheitsideale orientieren. Die Besucher können sich auch interaktiv mit dem eigenen und dem Aussehen anderer auseinandersetzen. Die Ausstellung in der Leipziger Straße 16 läuft bis zum 23. Februar 2014 und ist mittwochs bis freitags von 9 bis 17 Uhr, dienstags bis 20 Uhr sowie sonnabends und sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintritt beträgt 4 Euro. *tws*

Hamann-Preis geht an Berliner

Münster – Der Berliner Philosoph Wilhelm Schmidt-Biggemann erhält den Hamann-Forschungspreis 2013. Der nach dem Königsberger Aufklärer Johann Georg Hamann benannte und mit 10 000 Euro dotierte Preis wird am 16. Oktober im Schloss der Universität Münster verliehen. Schmidt-Biggemann hatte zuletzt in drei Bänden eine monumentale, 1500 Seiten umfassende Geschichte der christlichen Kabbala verfasst. *tws*

Eine runde Angelegenheit

Schrecken der Völkerschlacht zum 200. Jahrestag im Leipziger Panometer nachgestellt

Der irische Maler Robert Barker präsentierte 1787 in Edinburgh ein rundes Riesenaquarell und prägte später den Begriff „Panorama" dafür. Gemalte Spektakel mit Stadtansichten und Schlachtgetümmel zogen die Besucher an. Der Höhepunkt dieser Unterhaltungskunst lag kurz vor ihrem Niedergang durch das Kino. Aus dieser Zeit haben sich einige Werke erhalten. So das Bourbaki-Panorama in Luzern, das die französische Ost-Armee des General Bourbaki beim Eintritt in die Schweiz zeigt, oder das Innsbrucker Riesenrundgemälde über den Tiroler Volksaufstand.

Seit 1992 gibt es eine internationale Organisation, die sich mit dem Phänomen der Panoramabilder befasst. 2008 fand deren internationaler Kongress in Dresden und Leipzig statt. Denn dort befindet sich das weltgrößte Panorama. Der augenscheinliche Anlass dafür liegt in den Relikten der Industrialisierung. Der persisch-stämmige Architekt Yadegar Asisi modifizierte die Wortschöpfung „Panorama" zu „Panometer". Damit ist der geniale Einfall bezeichnet, Hochbehälter zur Einhausung zu nutzen, die bis in die 70er Jahre noch der Speicherung von Stadtgas dienten. Innerhalb des Gasometers befand sich eine je nach Bedarf teleskopartig ausfahrbare Behälterglocke, die in ein Wasserbassin eingetaucht war. Da die Bauwerke aufgrund ihrer Ausmaße einen erheblichen Einfluss auf die Umgebung ausübten, wurde ihnen eine sorgfältig gestaltete Blendfassade verpasst.



Bild: Tom Schulze@asisi

Mitten im Krieg: Das Leipzig von 1813 im Panometer

In Sachsen wird die metaphysische Architektur dieser Giganten seit zehn Jahren wieder befüllt mit Visionen, die den Betrachter zeitlich und räumlich entrücken. In Leipzig waren nacheinander das konstantinische Rom, der höchste Berg der Welt und der Amazonas-Regenwald zu erleben. Im Vorfeld des großen Jahrestags von Leipzig können nun die Geschehnisse des 19. Oktobers 1813 erblickt werden. Am Abend jenes Tages schrieb der Zeitzeuge Friedrich Rochlitz in sein Tagebuch: „Diese Stunden – o diese Stunden, lohnend für tausend Drangsale, beschreibe, wer es kann! Wo soll ich anfangen auch nur mit dem was ich selbst gesehen, selbst erfahren; wo enden?"

Entsprechend ist der Titel des neuen Bildes „Leipzig 1813 – In den Wirren der Völkerschlacht". Die Straßen Leipzigs sind verstopft mit zerschlissenen Bagagewagen und Pferden. Zwischen umgestürzten Gefährten liegen Verwundete. Die farbigen Uniformen sind staubbedeckt und rußgeschwärzt, die Fassaden der stolzen Bürgerhäuser der Messestadt von Einschüssen übersät. Ein Dachstuhl wurde von einer Kanonenkugel aufgerissen. Lichtbildkunst und Panoramamalerei werden im Panometer versöhnt. Mit Requisiten und Tieren wurden zahlreiche Tableaux vivants gestellt, fotografiert und später dann in die Kulissen eingearbeitet. Der Betrachter teilt den Blick des Zivilisten, der zum Zeugen und Opfer der Weltgeschichte wird. Seine Perspektive geht vom beschädigten Turm der Nikolaikirche auf die von der Schlacht heimgesuchte Innenstadt.

Kämpfe zwischen französischen und deutschen Truppen wurden in Leipzig schon einmal mit einem Panorama der Schlacht von Gravelotte von 1870 gezeigt. Dessen Rundbau stand am Leipziger Roßplatz und wurde 1943 von Bomben zerstört. Diese und andere Informationen zeigt eine Begleitausstellung im Ring zwischen Außenmauer und Schauwand des Panometers. Da wird Leipzig als Verlags- und Messestadt vorgestellt, die sich von jener Schlacht noch erholen konnte, dessen große Bedeutung dann aber im Zweiten Weltkrieg doch noch verlustig ging. *Sebastian Hennig*

Preußen wackelt

Was wird aus Museen in Minden und Wesel?

Zum 1. Januar nächsten Jahres sollten die beiden finanziell angeschlagenen Preußen-Museen in Minden und Wesel eine neue Trägerschaft erhalten. Doch dieser Termin kann offenbar nicht eingehalten werden. Die Landschaftsverbände Rheinland (LVR) und Westfalen Lippe (LWL) wollen erst Bedingungen erfüllt sehen, ehe sie die beiden Museumsstandorte, die derzeit noch gemeinsam als „Preußen-Museum" unter dem Dach der Preußen-Stiftung firmieren, übernehmen.

Zukunft der Museen ist nicht gesichert

Heikelster Punkt ist dabei, dass das derzeit noch defizitäre Preußen-Museum schuldenfrei übergeben werden soll. Die beiden Häuser sitzen auf einen Schuldenberg von 400 000 Euro (die *PAZ* berichtete). Da sie 2014 vom Land aber keine Überbrückungszahlungen zum Abbau dieses Jahresdefizits erhalten, müssen sie einen harten Sparkurs fahren. So soll beide Standorte für eine befristete Zeit sogar ganz geschlossen werden. Im Gespräch sind mindestens drei Wochen, in denen der Museumsbetrieb ruhen soll. Als neuen Termin der Übernahme durch die neue Trägerschaft spricht man jetzt vage vom ersten Quartal 2014.

Dass die Zukunft des Preußen-Museums noch keinesfalls gesichert ist, macht eine Äußerung von Frank Tafertshofer vom LWL deutlich. „Wenn man aus der Mitteilung des Stiftungsrates des Preußen-Museums herausliest, dass die Übernahme der Trägerschaft nur noch eine Formsache ist, dann ist man schief gewickelt", stellte er fest.

Dass sich das Land Nordrhein-Westfalen finanziell daran beteiligt, damit das Preußen-Museum aus den roten Zahlen kommt, ist alles andere als Formsache. Eine Zusage aus Düsseldorf liegt jedenfalls noch nicht vor. Der zuständige Bauminister Michael Groschek schockierte letztes Jahr mit der Aussage, dass man das Haus in Minden auch ganz „einmotten" könne. Rosige Aussichten gibt es für den Standort Wesel, der dafür aller Voraussicht nach auf seinen Status als Preußen-Museum verzichten und unter neuem Namen die Geschichte des Niederrheins zum inhaltlichen Schwerpunkt machen wird.

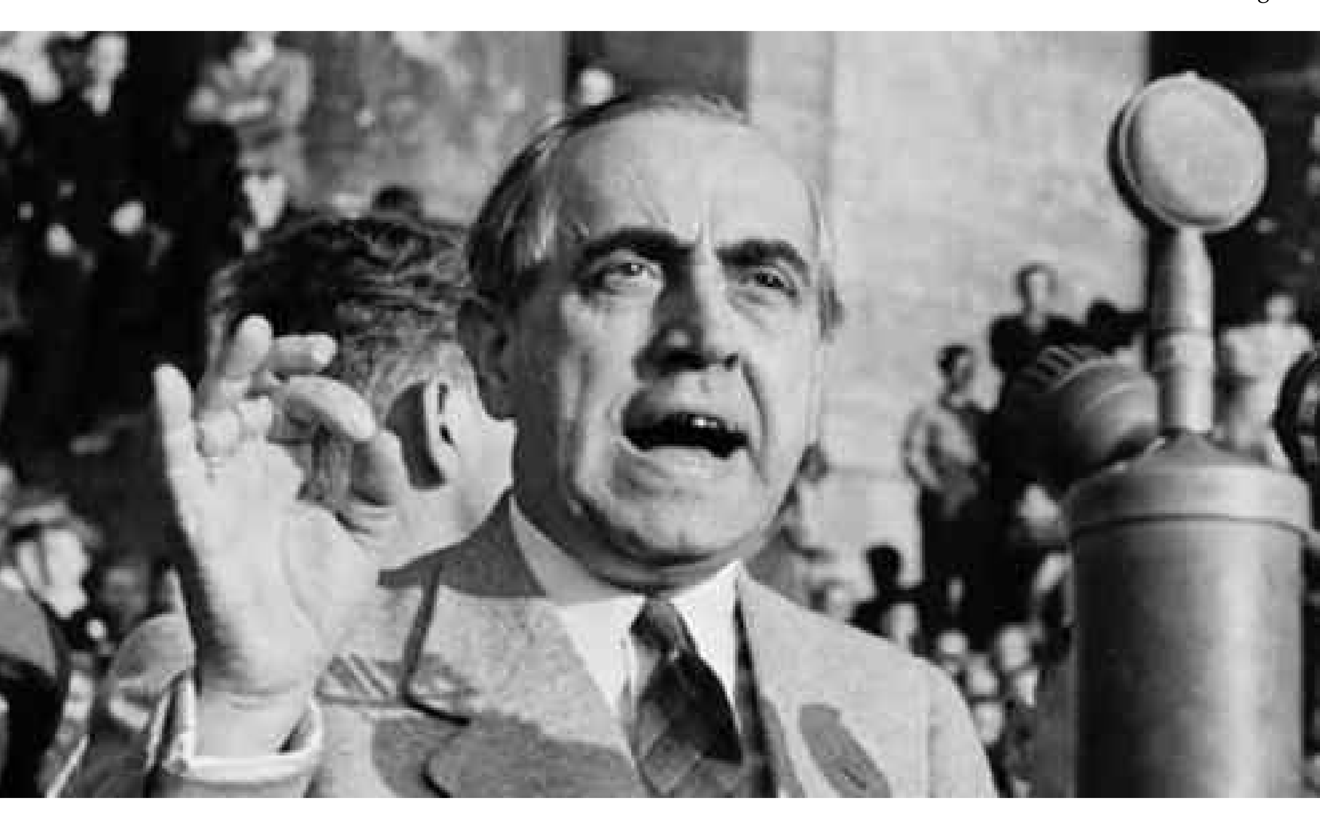
Auf Preußen kommen schwere Zeiten zu. Erst bei den nächsten Kulturberatungen im November wird sich zeigen, ob und wie es weitergeht. *Harald Tews*

»Ihr Völker der Welt ... schaut auf diese Stadt«

Vor 60 Jahren starb Ernst Reuter, Berlins vielleicht bekanntester Bürgermeister und Antikommunist

Renegaten sind häufig am entschiedensten. Und Exkommunisten sind nicht selten die überzeugtesten Antikomministen. Letzteres gilt auch für Ernst Reuter.

Der am 29. Juli 1889 im heute dänischen Apenrade geborene Preuße entstammte einem bürgerlichen Milieu. Sein Vater war Kapitän und Navigationsschullehrer der Handelsmarine. Nach dem standesgemäßen Abitur begab sich der Geschichts-, Germanistik und Geografiestudent unter dem Einfluss seiner Professoren auf den Marsch nach links, wobei er am Ende seines Studiums 1912 in der SPD ankam. Angesichts seiner Studienfächer bot sich eine Beschäftigung im Staatsdienst an. Aber diesem preußischen Staat, wie er sich ihm darstellte, wollte er aus politischer Überzeugung nicht dienen. Stattdessen versuchte er, im Dienste seiner Partei sein Auskommen zu finden, was ihm ob seines unbestreitbaren Redetalents einigermaßen gelang.



Ein begnadeter Redner: West-Berlins Regierender Bürgermeister Ernst Reuter Bild: Archiv

Eine Zäsur bedeutete für Reuter der Ausbruch des Ersten Weltkriegs, der ihn nicht nur zum Soldaten, sondern auch zum Kriegsgefangenen des erst zaristischen und dann republikanischen Russland werden ließ. Reuter erlernte in der Kriegsgefangenschaft die russische Sprache und begeisterte sich für die Bolschewisten. Letztere wurde auf ihren deutschen Sympathisanten aufmerksam und machten ihn zum ersten Volkskommissar der Wolgadeutschen Republik.

Nach dem Ausbruch der Novemberrevolution in der Heimat kehrte Reuter jedoch in selbige zurück und beteiligte sich dort an der Gründung der KPD. Dort brachte er es bis 1921 bis zum Generalsekretär. Als sich allerdings herausstellte, dass seine Partei im Mitteldeutschen Aufstand jenes Jahres, der sogenannten „Märzaktion“, Agents Provocateurs eingesetzt hatte, forderte er Aufklärung und begab sich damit in Konflikt mit der Komintern. Als Folge seines unbotmäßigen Verhaltens verlor der Kommunist zuerst sein Generalsekretärsamt und 1922 auch sein Parteibuch. Über die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) fand der Exkommunist dann wieder zur Sozialdemokratie zurück.

Wie zuvor schon als Kommunist wirkte er nun als Sozialdemokrat an der Kommunalpolitik der Hauptstadt mit. Er spezialisierte sich dabei auf die Verkehrspolitik. 1926 wurde er Stadtrat für das Verkehrswesen. In dieser Funktion trug er maßgeblich zum Zusammenschluss verschiedener Betriebe des Personennahverkehrs zur „Berliner Verkehrs-AG“, den heutigen „Berliner Verkehrsbetrieben“, bei. Reuter wurde Aufsichtsratsvorsitzender dieses bei seiner Gründung 1928 größten öffentlichen Nahverkehrsunternehmens der Welt.

1930 kündigte in Magdeburg der dortige von der SPD gestellte Oberbürgermeister seinen Rücktritt aus Altersgründen an. Da sich die Magdeburger Genossen nicht auf einen der Ihren als Nachfolger einigen konnten, wandten sie sich an die Berliner Parteizentrale, die ihnen Reuter empfahl. 1931 wählte die Magdeburger Stadtverordnetenversammlung Reuter zum Oberbürgermeister. Seine Amtszeit währte nur zwei Jahre. Und die wirtschaftliche Not, die sich in klammen öffentlichen Kassen widerspiegelte, ermöglichte dem Stadtoberhaupt kaum Akzente setzende Investitionen. Im Jahr seiner Wahl verlor sein neuer Wirkungsbereich zudem weitgehend seine Finanzhoheit an einen vom Reichsland Preußen eingesetzten Staatskommissar. Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten endete für Reuter dann auch dieses Amt.

Nach diversen Verhaftungen emigrierte er schließlich über Großbritannien in die Türkei Kemal Atatürks, der bei seinem Versuch, Anschluss an den Westen beziehungsweise die aufgeklärten Industrienationen zu finden, gerne auf Fachleute aus Deutschland zurückgriff. Von Reuter versprachen sich die Türken vor allem Hilfe bei Aufbau und Entwicklung ihres öffentlichen Personennahverkehrs. Auf diesem Gebiete arbeitete der Deutsche sowohl im Wirtschafts- als auch im Verkehrsministerium der Türkei. Um nicht in den Zweiten Weltkrieg hineingezogen zu werden, entfernte der eurasische Staat zwar die deutschen Mitarbeiter aus seinen Ministerien, aber als Dozent hatte Reuter weiter sein Auskommen.

Nach dem Ende von Weltkrieg und NS-Herrschaft kehrte Reuter aus dem Exil nach Berlin zurück. Mit seiner Einstellung wurde der Antikommunist im Kalten Krieg zum natürlichen Verbündeten der USA und Gegner der Sowjetunion. Antikommunistisch gesinnt war auch Reuters Parteifreund Kurt Schumacher. Während der SPD-Vorsitzende im vor den Sowjets vergleichsweise sicheren Hannover jedoch die Hoffnung hatte, dass ein wiederherzustellendes beziehungsweise wieder handlungsfähig zu machendes unabhängiges gesamtdeutsches Reich stark genug wäre, sich gegen die Sowjetunion zu verteidigen, setzte Reuter in Berlin auf den Rückhalt der US-Besatzungsmacht und eines US-amerikanischen Satellitenstaates auf deutschem Boden. Folgerichtig setze er sich für die Gründung der Bundesrepublik und eine enge Bindung Berlins an diese ein. Letzteres unterschied Reuter wiederum von Konrad Adenauer und Berliner Parteifreunden wie Franz Neumann. Bundeskanzler Adenauer war zwar wie Reuter für die Westbindung und einen westdeutschen Teilstaat, doch wollte er die mitteldeutsche frühere preußische Hauptstadt gerne draußen wissen. Sozialdemokraten wie der Berliner SPD-Vorsitzende Neumann wiederum fürchteten weniger eine Angleichung an Stalins Sowjetunion als an Adenauers Bundesrepublik. Letztere Sorge war aus ihrer Sicht durchaus begründet, denn Berlin war stärker sozialdemokratisch geprägt als die Bonner Republik. Und vermeintliche egalitäre Errungenschaften in Berlin wie die Beschäftigung von Angestellten statt privilegierten Beamten im Staatsdienst oder die Einrichtung der überkonfessionellen zwölfklassigen Einheitsschule waren bei einer stärkeren Bindung an die Bundesrepublik im Allgemeinen und die von Reuter geforderte Übernahme von Bundesgesetzen im Besonderen in der Tat in Frage gestellt.

Ungeachtet dieser Differenzen entsprach Reuter mit seinem Antikommunismus durchaus dem Zeitgeist. So wurde der sozialdemokratische Oberbürgermeister Berlins Otto Ostrowski 1947 von seiner eigenen Fraktion wegen zu großer Nähe zur SED gestürzt. Zum Nachfolger wurde Reuter gewählt, der sich vorher wie bereits in der Weimarer Zeit als Stadtrat unter anderem um die Verkehrspolitik gekümmert hatte. Allerdings scheiterte die Amtsübernahme am Widerspruch der sowjetischen Besatzungsmacht.

Zu Berlins Oberbürgermeister gewählt, aber durch die Besatzer nicht bestätigt, hielt Reuter während der Berliner Blockade 1948 seine berühmte Widerstandsrede vor dem Reichstag mit den Worten: „Ihr Völker der Welt, ihr Völker in Amerika, in England, in Frankreich, in Italien! Schaut auf diese Stadt und erkennt, dass ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben dürft und nicht preisgeben könnt!“

Nach der Teilung Berlins konnten es die Sowjets dann nicht mehr verhindern, dass Reuter wenigstens Regierungschef des Westteils Berlins wurde. Die aus den freien Wahlen in den Westsektoren von 1948 hervorgegangene Stadtverordnetenversammlung wählte ihn noch im selben Jahr einstimmig zum Oberbürgermeister.

1950 erhielt West-Berlin eine neue Verfassung, die der Stadt unter anderem den heute noch gebräuchlichen Titel „Regierender Bürgermeister“ statt Oberbürgermeister brachte. Geschwächt durch den geschilderten parteiinternen Streit um das Verhältnis zur Bundesrepublik, verlor die SPD bei den im selben Jahr abgehaltenen Abgeordnetenhauswahlen die absolute Mehrheit. Es kam allerdings zur Bildung einer Großen Koalition und da der bürgerliche Spitzenkandidat sich nach einer unentschieden ausgegangenen Kampfabstimmung im Parlament mit dem Posten des Stellvertreters begnügte, blieb Reuter trotzdem Regierungschef. Ungeachtet seiner großen Popularität war ihm allerdings auch an Berlins Spitze nur eine vergleichsweise kurze Amtszeit vergönnt. Diesmal waren es aber nicht die Nationalsozialisten, die ihr ein Ende setzten, sondern der Tod. Ernst Reuter starb am 29. September 1953 an den Folgen eines Herzanfalls. *Manuel Ruoff*

Volkskommissar und KPD-Generalsekretär

Eine betörende Schau des weißen Goldes

Berlin feiert 250 Jahre Königliche Porzellan-Manufaktur gleich mit drei Ausstellungen

Friedrich der Große kaufte am 19. September 1763 für 225 000 Reichstaler vom Berliner Kaufmann Johann Ernst Gotzkowski dessen damals schon über Preußen hinaus bekannte Porzellanmanufaktur. Diese firmiert seitdem als „Königliche Porzellan-Manufaktur“ (KPM). Ihr Signum ist das blaue Zepter. Auf den Tag genau 250 Jahre später eröffneten jetzt drei Berliner Kultureinrichtungen drei Ausstellungen, die mit unterschiedlicher Akzentsetzung an das „weiße Gold“ aus Berlin erinnern. Den Besucher erwartet eine Augenweide, wie sie selbst in der verwöhnten Berliner Museumslandschaft nicht alltäglich ist.

KPM gehört neben der etwas älteren Meißner Manufaktur, neben Nymphenburg und Sevres zu den traditionsreichen Porzellan-Manufakturen in Europa. Wie die sächsischen so benutzten auch die preußischen Herrscher ihre Manufaktur zur Fertigung von Repräsentationsstücken und von edlen, heute unschätzbar wertvollen Servicen, Vasen und Geschirren. Viele große Künstler wie Johann Gottfried Schadow, Karl Friedrich Schinkel oder später Adolph Menzel haben mit Entwürfen und Dekor-Vorschlägen zum Ruhm der KPM beigetragen.

Die zeitlich umfassendste Ausstellung mit etwa 300 Stücken wird in den großartig restaurierten Räumen der KPM selbst am Berliner Tiergarten gezeigt. Sie steht unter dem Motto „Königliche Porzellan-Manufaktur Berlin 1763–2013. Porzellankunst aus privaten Sammlungen“ und zeigt sowohl Prunkstücke wie meterhohe Vasen aus Klassizismus und Belle Epoque als auch Porzellane zum alltäglichen Gebrauch – „funktionales Design“ nennt es die Ausstellung – aus jüngerer Zeit. Die hohen Vasen mit genauester Aufmalung von Berliner Stadtansichten und preußischen Landschaften dienten als Mittel der Diplomatie, waren also Geschenke an ausländische Herrscher oder zu Hochzeiten. Lag ein Schwerpunkt der Herstellung im 19. Jahrhundert auf der Blumenmalerei, so imponieren für die neuere Zeit figürliche Darstellungen. Viele Stücke kommen aus privaten Sammlungen und waren in dieser Vielfalt noch nie öffentlich zu sehen.

> Die zeitliche umfassendste Präsentation wird in den Räumen der KPM selbst gezeigt

Die zweite Ausstellung im Schloss Charlottenburg unter dem Titel „KPM – Gestalten, Benutzen, Sammeln. 250 Jahre Porzellan aus der Königlichen Manufaktur in Berlin“ hat die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten arrangiert. Sie verwaltet das KPM-Archiv mit rund 46 000 Beständen, und so ergibt sich die reizvolle Gelegenheit, eine bildliche Vorlage etwa von Antoine Watteau im 18. oder von Menzel im 19. Jahrhundert als Inspiration für eine spätere Aufmalung vergleichen zu können. Die etwas kleinere Schau besticht durch ganz außerordentlich gelungene Exponate. Höhepunkt ist ein umfangreiches Tafelservice, das im Jahr 1883 dem damaligen Kronprinzen Friedrich und seiner Gemahlin Victoria zu deren Silberhochzeit geschenkt worden war. Das Service mit einer Vielzahl von Tellern, Schüsseln, Terrinen und Blumenständern konnte erst in jüngster Zeit durch Zukäufe wieder komplettiert werden; jetzt ist es zu einer Festtafel angerichtet und lässt fürstliches Speisevergnügen erahnen.

Die dritte Ausstellung gleich gegenüber im Bröhan-Museum hat den Titel „Lust auf Dekor. KPM-Porzellane zwischen Jugendstil und Art Deco“ und mag wegen ihrer zeitlichen Begrenzung auf den Zeitraum zwischen 1875 und 1925 für manche Besucher den größten ästhetischen Reiz haben. Geprägt wurde diese Epoche von Theo Schmuz-Baudiß (1859–1942), der von 1908 bis 1925 künstlerischer Direktor der KPM war. Er setzte rigoros auf neue Dekore und gewann zahlreiche Vertreter der neuen Kunstrichtung von Jugendstil und später Art Deco zur Mitarbeit. Höhepunkt ist hier neben dem berühmten „Ceres-Service“ von Schmuz-Baudiß ein aus 20 Figuren bestehender „Hochzeitszug“ von Adolf Amberg, der zur Hochzeit einer preußischen Prinzessin gedacht, dann aber wegen der „zu leicht und luftig“ gekleideten Mädchen vom Herrscherhaus abgelehnt worden war, weshalb ihn die KPM dann in Eigenregie fertigte. Er ist heute, so Bröhan-Chef Tobias Hoffmann, eine „Ikone der KPM“. Das faszinierend schöne Ensemble steht neben mehreren großen Vasen mit typischen Jugendstil-Landschaften, die in ihrer Perfektion den damals stilprägenden skandinavischen Herstellern in nichts nachstehen.

> Die Ausstellung im Bröhan-Museum mag für manche den größten ästhetischen Reiz haben

Zusammen ergeben diese drei Ausstellungen eine geradezu berückend schöne Schau des „weißen Goldes“ aus Berlin. Man möchte den Verantwortlichen zustimmen, die bei der Eröffnung davon sprachen, dass die KPM für Berlin ein ebenso bedeutender kultureller Faktor sei wie Museen, Musik und Theater. Umso nachhaltiger ist noch in Erinnerung die bedrohliche Entwicklung der bis vor wenige Jahre noch staatlichen Manufaktur. Für die Berliner Politik war die KPM ein Klotz am Bein. Der damalige Bürgermeister Eberhard Diepgen sprach stöhnend von „meinem vierten Opernhaus“. Durch politische und unternehmerische Fehlentscheidungen war die KPM tief in die roten Zahlen geraten; eine Insolvenz schien unausweichlich.

Es war dann der Berliner Privatbankier Jörg Woltmann, der im Jahre 2006 in einem Akt patriotischer Aufwallung das marode Unternehmen mit all seinen Schulden aufkaufte und es seitdem in eine bessere Zukunft zu führen versucht. Und das scheint zu glücken. Der Umsatz liegt derzeit bei rund elf Millionen Euro, der Betrieb am Bahnhof Tiergarten wurde restauriert und modernisiert, 170 Mitarbeiter werden beschäftigt, die viel Geld verschlingende Aus- und Weiterbildung kommt der KPM-Qualität zugute. „Wir sind nahe an den schwarzen Zahlen“, sagte Woltmann, in wenigen Jahren werde es soweit sein. Insbesondere hat er Hoffnung, KPM-Produkte mehr als bisher auch in Übersee, vor allem in China, bekannt zu machen. Vom Unternehmen will er trotz aller Schwierigkeiten nicht lassen: „Ich bin stolz, 250 Jahre Berliner Kultur zu verwalten. Ich gehe diesen Weg, und der ist richtig.“ *Dirk Klose*

Die Ausstellungen in der Manufaktur und im Schloss Charlottenburg sind bis zum 5. Januar 2014, die im Bröhan-Museum bis zum 26. Januar 2014 zu sehen.

»Eine Tragödie, kein Verbrechen«

Christopher Clark wendet sich in seinem neuesten Buch der Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges zu

Der nicht zuletzt durch Arbeiten zur Geschichte Preußens ausgewiesene australische Historiker Christopher Clark vermittelt in „Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog“ auf über 800 Seiten eine Fülle an Sachinformationen und kommt zu einem Schluss, die der herrschenden These des Versailler Vertrages und Fritz Fischers von der Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg widerspricht.

Kaum eine Frage ist derart verbissen diskutiert worden wie die nach den Ursachen des Ersten Weltkrieges. Die Gründe hierfür sind sowohl (geschichts)wissenschaftlicher als auch (geschichts-)politischer Natur. Clark wird nicht müde zu betonen, wie komplex die Entstehungsgeschichte des Ersten Weltkriegs gewesen sei. In der Tat gibt es eine Fülle von Faktoren und Einflussgrößen sowie parallelen Entwicklungen, deren Gewichtung gegeneinander wahrlich schwierig ist.

Diese Komplexität beinhaltet für den Geschichtswissenschaftler die Gefahr und den Geschichtspolitiker die Chance, durch selektive Wahrnehmung beziehungsweise Darstellung der Fakten die unterschiedlichsten, ja einander widersprechende Thesen scheinbar plausibel untermauern zu können. So verweist Clark darauf, dass keine einzige Großmacht von der Zuweisung der Hauptverantwortung völlig verschont blieb. Clark weist aber im selben Atemzug auch darauf hin, dass Deutschland der „häufigste Kandidat“ ist, was kaum verwundert, wird doch die Geschichte von den Siegern geschrieben.

Und damit sind wir bei der Geschichtspolitik. Kaum eine Diskussion ist derart von geschichtspolitischen Motiven überlagert wie die nach den Ursachen des Ersten Weltkrieges, nach der „Schuld“ für den Kriegsausbruch. Das liegt zweifelsohne maßgeblich daran, dass die alliierten Sieger des Ersten Weltkrieges die Härten gegenüber den besiegten Deutschen mit deren angeblicher Kriegsschuld zu rechtfertigen suchten. Nach dem Zweiten Weltkrieg widerholte sich dies. Man denke nur an die Argumentation, mit der versucht wird, die Vertreibung der Deutschen zumindest zu relativieren, wenn nicht gar zu rechtfertigen. Allerdings gibt es einen wichtigen Unterschied. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Deutschland besetzt und dessen Bevölkerung einer Umerziehung unterworfen. Während nach dem Ersten Weltkrieg ein breiter Konsens unter den Deutschen in der Ablehnung der alliierten Kriegsschuldthese bestand, ist die Diskussion der Schuld am Zweiten Weltkrieg durch das Dogma von der deutschen Alleinschuld tabuisiert. Nationalkonservativen Kreisen, die sich nicht des Tabubruchs schuldig machen wollten, blieb vor diesem Hintergrund zur Verteidigung des eigenen Landes nur die Theorie vom zweiten Dreißigjährigen Krieg, die den Zweiten Weltkrieg als Fortsetzung des Ersten betrachtet und damit die Bedeutung der Schuld am Zweiten Weltkrieg relativiert, vielmehr wieder die Frage nach der Schuld am Ersten Weltkrieg in den Fokus rückt, die ja auch in der Bundesrepublik frei diskutiert werden darf. Entsprechend große geschichtspolitische Bedeutung kommt vor diesem Hintergrund der These Fritz Fischers zu, dass das Deutsche Reich auch am Ersten Weltkrieg die Alleinschuld trage.

Angesichts dieser geschichtspolitischen Überlagerung kann es nicht von Schaden sein, dass sich nun der Frage nach den Ursachen der europäischen Selbstzerfleischung mit Christopher Clark ein Autor aus einem Kontinent annimmt, der zwar zum Britischen Empire gehört hat und immer noch dem Commonwealth angehört, dem aber Europa doch so fern ist, wie kein anderer Erdteil. Auf eine nicht interessegeleitete Untersuchung sine ira et studio lässt auch die Tatsache hoffen, dass in jenem Krieg, um den es hier geht, Vorfahren von ihm und seiner Ehefrau auf unterschiedlichen Seiten der Front gekämpft haben.

Clark weiß sehr wohl um die Brisanz seines Themas und versucht es zu entemotionalisieren. So nimmt er gar nicht erst für sich in Anspruch, eine Antwort auf die Kriegsschulfrage zu geben. Explizit widmet er sich nicht der Frage nach dem Warum und damit der Kriegsursache, sondern versucht vielmehr frei von Theorien der Frage nach dem Wie nachzugehen. Das klingt herrlich ideologiefrei und erinnert an Leopold von Rankes (1795–1886) Ziel aufzuzeigen, „wie es eigentlich gewesen“ ist. Überhaupt ist Clarks Herangehensweise in mancher Hinsicht erfrischend bodenständig. Er theoretisiert nicht über irgendwelche gesichtslosen Prozesse und Strukturen, weist vielmehr auf die Bedeutung hin, die auch Einzelpersonen haben können, was der von vielen so gerne geübte Schuldzuweisung an ganze Kollektive – sei es nun das deutsche Volk, das preußische Militär oder das ostelbische Junkertum – entgegenwirkt. Nach Leopold von Ranke (1795–1886) erinnert Clarks Herangehensweise damit auch an einen anderen großen deutschen Historiker, Heinrich von Treitschke (1834–1896), von dem das von Sozial- und Strukturhistorikern viel kritisierte Wort stammt: „Männer machen die Geschichte.“

Wenn Clark auch auf Fakten statt auf moralinsaure Theorien setzt, so drückt er sich doch nicht darum, aus den von ihm dargebotenen Informationen eine Schlussfolgerung zu ziehen. Sie lautet, dass „der Kriegsausbruch eine Tragödie, kein Verbrechen“ gewesen sei. Und die Protagonisten von 1914 zeichnet er als „Schlafwandler – wachsam aber blind, von Alpträumen geplagt, aber unfähig, die Realität der Gräuel zu erkennen, die sie in Kürze in die Welt setzen sollten“. Das ist nicht sehr originell, erinnert es doch stark an Lloyd Georges bereits 1920 getroffene Feststellung: „Keiner der führenden Männer dieser Zeit hat den Krieg tatsächlich gewollt, Sie glitten gewissermaßen hinein, oder besser, sie taumelten oder stolperten hinein, vielleicht aus Torheit.“ Allerdings bestätigte Fischer mit seiner Kriegsschuldthese auch nur ein Diktat aus dem Jahre 1919, nämlich das von Versailles. Und geschichtlicher Fortschritt (wenn es ihn denn gibt) äußert sich eben nicht nur in neuen Erkenntnissen, sondern auch in der Untermauerung vorhandener.

Wie nachhaltig Clarks These wirkt, ob sie die Fischer-These wird ablösen können, werden wir wohl spätestens im Sommer nächsten Jahres sehen, wenn sich der Ausbruch des Ersten Weltkrieges zum 100. Mal jährt und sich ein Heer von Buchautoren und Journalisten nolens volens auf Clarks Thema stürzen wird. *Manuel Ruoff*

***Christopher Clark: „Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog“**, DVA, München 2013, geb., 896 Seiten, 39,99 Euro*

Die Fischer-Kontroverse

Bis heute konnte in der Frage der Kriegsursachen und der deutschen Kriegszielpolitik kein Konsens unter den Historikern erzielt werden. Die Diskussion über die verschiedenen Deutungsweisen, die nicht nur eine rein wissenschaftliche ist, sondern auch eine eminent politische und mit den Auseinandersetzungen um die Selbstdefinition der deutschen Gesellschaft verknüpfte Kontroverse thematisiert, ist als „Fischer-Kontroverse“ mittlerweile selbst in die Geschichte eingegangen.

Den Anstoß zur Überprüfung der bis dahin von der deutschen Historiografie im Interesse eines identitätsstiftenden historischen Konsensus tradierten Thesen, die unter Rückgriff auf das Diktum Lloyd Georges davon ausgegangen waren, dass die kriegführenden Parteien während der Julikrise 1914 „ungewollt irgendwie in den Krieg hineingeschlittert“ seien, gab der Hamburger Historiker Fritz Fischer 1961 mit seinem Buch „Griff nach der Weltmacht“. Darin betont er den deutschen Anteil an der Auslösung des Krieges und vertritt die Position, dass die deutsche Reichsleitung dadurch eine maßgebliche Verantwortung für den Ausbruch des Krieges trage, dass sie diesen langfristig geplant und 1914 in Verfolgung kontinentaler Hegemonialziele auch beabsichtigt habe. Obwohl Fischer fundierte Forschungsergebnisse vorlegen und schließlich die lange Zeit wissenschaftlich wie politisch herrschenden nationalen Legitimationsideologien zerstören konnte, sind seine lange die traditionelle deutsche Geschichtswissenschaft dominierenden Kritiker um Gerhard Ritter, Egmont Zechlin, Theodor Schieder und Karl Dietrich Erdmann nicht verstummt. Unter anderem auf die Aufzeichnungen des Kanzlermitarbeiters Kurt Riezler gestützt, die als eine der wichtigsten Quellen zur Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges und zur deutschen Kriegspolitik gelten, gingen diese davon aus, dass die Reichsleitung den Krieg lediglich für den Fall in Erwägung gezogen habe, dass das vorrangige politische Ziel, die Entente durch Drohungen und Demonstrationen militärischer Stärke zu sprengen, nicht erreicht werden konnte. Nach dieser Interpretation hat die Reichsleitung den Krieg nicht nur nicht bewusst herbeigeführt, sondern ihn auch nicht gewollt. In jüngerer Zeit sind allerdings Stimmen laut geworden, welche den Quellenwert der Riezler-Tagebücher zur Widerlegung der These Fischers aufgrund editionstechnischer Bedenken wie nachträglich durch den Verfasser vorgenommene Überarbeitungen relativieren.

Christopher Clark schildert und bewertet auf schlüssige Weise den eine Eigendynamik entfaltenden Mechanismus, der schließlich zum Kriegsausbruch geführt hat. Damit stellt er Fischers seit Jahrzehnten allgemeingültige These von der besonderen Kriegsschuld des Kaiserreiches mehr als in Frage. *J.H.*

Ein harter Kampf um 112

Wie die Björn Steiger Stiftung die Notrufnummer durchsetzte

Heute ist sie selbstverständlich und sollte allen für den Notfall bekannt sein: die bereits europaweit gültige Notrufnummer 112. Ende der 60er Jahre sah das noch anders aus. In einer Zeit ohne Notruftelefone oder Handys, kaum ausgerüsteter Rettungswagen und keiner Versorgung von Patienten am Unfallort gab es auch nur in wenigen Großstädten eine einheitliche Nummer für den Notfall. Wer Hilfe holen wollte, musste die Nummer der nächsten Polizei, Feuerwehr oder Hilfsorganisation parat haben. Erst durch die Hartnäckigkeit der privaten Björn Steiger Stiftung wurde die Notrufnummer 110/112 im September 1973 beschlossen.

Im Mai 1969 kam Björn Steiger, der achtjährige Sohn von Ute und Siegfried Steiger, bei einem Autounfall ums Leben, weil es fast eine Stunde dauerte, bis die Rettungskräfte am Unfallort eintrafen. Wie sich bei Recherchen der Eltern herausstellte, war das für diese Zeit nicht ungewöhnlich. Nachts gab es in großen Teilen Deutschlands gar keine Hilfe. Die Eltern wollten selbst etwas unternehmen, um das Eintreffen der Rettungskräfte bei Unfällen zu beschleunigen. Deshalb gründeten sie die Björn Steiger Stiftung, die bis heute die Notfallhilfe verbessert.

Eine der wichtigsten Forderungen der Björn Steiger Stiftung war die bundesweite Einführung der Notrufnummer 110/112. Diese Forderung wurde aber immer mit der Begründung zurückgewiesen, dass die Einführung nicht finanzierbar wäre. Allerdings konnte niemand genau sagen, wie viel es denn kosten würde. Deshalb rief Siegfried Steiger die Oberpostdirektion Stuttgart an und fragte nach einer solchen Zahl. Die Antwort lautete 387 000 Mark für den Regierungsbezirk Nordwürttemberg, „was damals natürlich viel Geld war, aber eben finanzierbar“, so Siegfried Steiger.

Für den Bezirk mit seinen 18 Landkreisen und der Stadt Stuttgart brauchte die Stiftung also von jedem Landkreis zirka 20 000 Mark – eine doch überschaubare Größenordnung. Also erklärte Siegfried Steiger den Landräten, die Björn Steiger Stiftung würde nun in den Ortsnetzen der Oberpostdirektion Stuttgart den ja bekanntlich unbezahlbaren Notruf einrichten. Und wenn sich die Landräte mit nur 20 000 Mark an der Aktion beteiligten, bekämen alle Ortsnetze des Landkreises den Notruf 110 für die Polizei und die 112 für die Feuerwehr. Mit diesem Kniff wurde damals zunächst für 3,6 Millionen Menschen flächendeckend eine einheitliche Notrufnummer geschaffen – und damit die erste Notfallversorgung in ganz Europa.

Am Anfang stand ein tödlicher Autounfall

6000 Briefe hatte Ute Steiger auf der Schreibmaschine an die politischen Verantwortlichen geschrieben, und der Modellversuch hatte demonstriert, dass der einheitliche Notruf finanzierbar war. Dennoch schien die bundesweite Umsetzung der Notrufnummer am Widerstand der Politik zu scheitern, der Bund verwies auf die Länder und die Länder verwiesen auf den Bund. Nachdem die Innenminister im Juni 1973 ein Angebot des Bundespostministers abgelehnt hatten, stand der Notruf vor dem Aus. Die Björn Steiger Stiftung zog deshalb vor Gericht, verklagte das Land Baden-Württemberg auf Einführung der Notrufnummer – ohne Hoffnung auf Erfolg, aber mit der Hoffnung auf Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit für dieses Thema. Erwartungsgemäß lehnte der Stuttgarter Richter die Klage aus verfahrensrechtlichen Gründen ab, sorgte jedoch dafür, dass ein Pressevertreter zur Urteilsverkündung zugelassen wurde und schloss mit dem Hinweis, dass er selbst gerne anders entschieden hätte. Dies führte zu bundesweiten Medienberichten, die Öffentlichkeit war informiert und die Politik zunehmend unter Druck. Im September 1973 einigten sich die Vertreter von Bund und Ländern schließlich auf die flächendeckende Einführung von 110 und 112. Der damalige Postminister Horst Ehmke rief spätabends noch bei Steigers an und teilte mit: „Ihr Dickkopf hat sich durchgesetzt, der Notruf ist beschlossen.“

Es dauerte dann noch einige Jahre, bis der einheitliche Notruf tatsächlich überall in Deutschland verfügbar war. *PAZ*

Eine neue Flugzeuggattung

Learjet 23: Das erste Düsenflugzeug für die Geschäftswelt

Mit dem Learjet 23, einem schnittigen, zweistrahligen Tiefdecker, betrat vor einem halben Jahrhundert eine neue Flugzeuggattung den Markt – das schnelle, düsengetriebene Geschäftsreiseflugzeug. Bis dahin waren dort umgerüstete, auf Geschwindigkeit und Komfort getrimmte Weltkriegsbomber mit Propellerantrieb und kleinere Privatflugzeuge unter sich gewesen.

Ein Team um den Flugzeugkonstrukteur und Unternehmer Bill Lear begann in den frühen 60er Jahren mit den Entwicklungsarbeiten. Nachdem sich das junge Unternehmen Learjet in Wichita, Kansas niedergelassen und dort eine Produktionshalle errichtet hatte, montierten Techniker ab Februar 1963 den ersten Prototypen. Am 7. Oktober 1963 startete der Learjet 23 zu seinem Jungfernflug.



In den Farben der Nasa: Ein Learjet 23 — Bild: Archiv

Den Namen „Learjet 23“ verdankte das Flugzeug nicht nur dem Konstrukteur und Firmengründer, sondern auch dem Abschnitt 23 der US-amerikanischen Zulassungsbestimmungen, in dem eine Gewichtsobergrenze von 5675 Kilogramm festgeschrieben wird.

Der Entwurf geht auf das in der Schweiz entworfene Kampfflugzeug FFA P-16 der Flug- und Fahrzeugwerke Altenrhein zurück. Von diesem Jet wurden nur drei Maschinen gebaut, bevor die Schweiz das Projekt einstellte. Hans-Luzius Studer, der die P-16 konstruiert hatte, bot den Altenrhein-Werken an, aus dem gescheiterten Jäger einen schnellen Reisejet zu machen, aber die Eigner lehnten ab. Bill Lear dagegen erkannte das Potenzial des Entwurfs und stellte Studer ein. Lear kaufte auch die Werkzeugmaschinen zum Bau des Flugzeuges auf und ließ sie nach Wichita verschiffen.

Der Learjet 23 hatte ein Zwei-Mann-Cockpit, eine Druckkabine und bot sechs bis acht Passagieren Platz. Er blieb bis 1966 in Produktion; von diesem Typ wurden 104 Flugzeuge produziert. Das modernste Modell ist der Learjet 85, der 2007 zum ersten Mal flog und aus modernen Faserverbundwerkstoffen gefertigt wird.

Das Konzept machte schnell Schule. Hersteller wie Cessna, Grumman, Lockheed, Dassault in Frankreich oder Hawker Siddeley in Großbritannien brachten eigene Business-Jets heraus. Auch die Hamburger Flugzeugbau GmbH, heute Airbus, versuchte mit der glücklosen HFB 320, auf dem entstehenden Markt Fuß zu fassen. Die heute von Bombardier produzierten Learjets behaupten jedoch bis heute einen ansehnlichen Marktanteil.

Der Learjet 23 trat durch mehrere Weltrekorde hervor. So stellte eine Maschine 1965 drei Geschwindigkeitsrekorde für Flüge zwischen Los Angeles und New York und retour auf. Das Flugzeug legte die Strecke mit zwei Tankstopps in zehn Stunden und 21 Minuten zurück. 1968 folgte ein Steigleistungsrekord, bei dem ein Learjet in knapp sechs Minuten 12 000 Meter Höhe erreichte.

Vom ursprünglichen Modell 23 fliegen nur noch sehr wenige Exemplare, aber Learjets sind aus der Luftfahrt nicht wegzudenken. Firmenchefs und Popstars fliegen sie, Organisationen wie die Deutsche Rettungsflugwacht nutzen sie als Ambulanzflugzeuge, Learjets sammeln wissenschaftliche Daten oder dienen in vielen Luftwaffen als Zielschlepper, Trainer für elektronische Kriegsführung und als Kuriermaschine. *Friedrich List*

Kant-Denkmal besser pflegen

Zu: Königsberger wollen sauberen Kant (Nr. 37)

Im Artikel über Königsberger Kant-Denkmäler fielen mir einige Ungenauigkeiten auf, die ich mir gerne erlauben möchte zu erwidern. So wird eine Kant-Gedenktafel am Paradeplatz beschrieben, die, wie es in einem zitierten Bürgerbrief heißt, „auf Kopf, Schulter und Hand" von Vogelkot verunreinigt sei. Es wird sich hierbei nicht um eine Tafel handeln, sondern um das berühmte Standbild von Christian Daniel Rauch, welches heute nordöstlich auf dem Paradeplatz steht (früher stand es südwestlich). Dieses Standbild ist tatsächlich ein Landeplatz für die ornithologischen Besucher Königsbergs geworden, die dort leider auch einiges zurücklassen.

Kant hält tapfer auch dieses Ungemach aus, was aber auf den Besucher äußerst betrüblich wirkt und den Wunsch erweckt, dass dieses Denkmal die gleiche Pflege erhalten möge wie zum Beispiel ein erst vor wenigen Jahren aufgestelltes russisches Denkmal am östlichen Schloßteichufer. Insofern ist die Initiative des Bürgers zu begrüßen. Am Paradeplatz befindet sich zwar auch eine Kant-Tafel. Diese ist jedoch am Eingang der Universität angebracht und zeigt nur den Namen des Philosophen in russischer Schrift.

Weiterhin wird im Artikel eine Kant-Tafel am Geburtshaus auf dem Steindamm erwähnt. Das ist leider falsch. Der Steindamm befindet sich nördlich des Pregels und beginnt erst am Gesekusplatz. Kant hatte zwar in der Nähe später sein Haus gekauft (am Prinzessinplatz 87/86, in Sicht- und Hörweite des Schlosses), doch das war erst zum Jahresende 1783. Als er am 22. April 1724 das Licht der Welt erblickt, befindet er sich in der Vorstadt, die südlich des Pregels liegt. Dort, in der Vorstädtischen Langgasse, wurde er geboren. Wer sich heute in Königsberg aufhält, muss nur vor dem Gebäude der Reichsbahndirektion auf die andere Straßenseite blicken – und schon hat man den Geburtsort im Blickfeld. Im Artikel ist die Tafel abgebildet, die sich an dem heute dort stehenden Hause befindet. Gruß und Dank an den fleißigen Arbeiter, der die Tafel gerade reinigt.

Doch auch in der Hauptstadt Berlin können wir unserem größten Philosophen nahe sein. Christian Daniel Rauch hat nicht nur das Standbild in Königsberg geschaffen, sondern auch das Reiterdenkmal Unter den Linden. Am Sockel steht Kant in gleicher Pose wie auf seinem singulären Postament zuhause. Er ist gerade dabei, seinem Zuhörer etwas zu erklären. Ein schärferer Blick verrät jedoch ein interessantes Detail. Während sein Gesichtsausdruck am Königsberger Denkmal konzentriert und herbe wirkt, scheint er in Berlin eher in einer entspannteren Stimmung zu sein.

Dem Artikel von Jurj Tschernyschew sei damit kein Abbruch getan. Ich lese seine Reportagen aus seiner wie unserer Stadt immer wieder gerne und würdige seine Beobachtungsgabe und seine Bereitschaft, uns dies auch mitzuteilen. Er formuliert bei allem Faktentransfer auch sehr einfühlsam für die Erlebnis- und Nachgeborenengeneration. Auf mich wirkt das so, dass seine Artikel meine innere Verbundenheit zu den heutigen Bewohnern der Stadt stärken. **Jörn Pekrul, Frankfurt am Main**



Königsberger Kant-Statue auf dem Paradeplatz: Die Stadtverwaltung sorgt jetzt dafür, dass alle Denkmäler des Philosophen regelmäßig von Vogelkot gereinigt werden Bild: Archiv

Unseriöse Anzeige

Zu: Merkels Eigentor (Nr. 37) und „Compact"-Anzeige (Nr. 36)

Wir sind seit vielen Jahren Abonnenten der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* und haben sie als beste konservative und parteiunabhängige Wochenzeitung in Deutschland kennengelernt.

Das Reklamebild der Zeitschrift „Compact" auf Seite 3 der Ausgabe Nr. 36, auf dem Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Uniform eines US-amerikanischen Vier-Sterne-Generals mit vielen internationalen Auszeichnungen abgebildet ist, empfinden wir allerdings als unseriös. Ebenso könnte die Schlagzeile „Merkels Eigentor" auf Seite 1 der *PAZ* Nr. 37 zum Artikel von Hans Heckel (dessen Leitartikel und politischen Glossen auf der letzten Seite jeder *PAZ* wir immer schätzen wie den Inhalt des genannten Artikels eigentlich auch) durchaus den konservativen Parteien schaden. **Helge und Hans-G. Ippig, Horn-Bad Meinberg**

In der Schusslinie

Zu: Wer einmal lügt ... (Nr. 36)

Es erscheint grotesk, wenn ein Land wie die USA vom „Überschreiten der roten Linie" redet, ein Land, das Atombomben, Napalm und chemische Pflanzenvernichtungsmittel auf seine jeweiligen Gegner warf. Aber wenn man bis an die Zähne bewaffnet ist, kann man sich eben jede Wahrheitsverdrehung erlauben.

Übrigens: Mit Raketen auf Syrien und einem Konflikt mit Russland würde Deutschland gefährlich schnell in die Schusslinie geraten. **Gerd und Eva-Maria Licht, Herrsching**

System-Werkzeug

Zu: Feige Demokraten (Nr. 35)

Mir ist aufgefallen, dass buchstäblich bei jeder Veranstaltung, die den Machthabern nicht gefällt, ein linker Mob auftaucht und krakeelt. Die jeweiligen Behörden verbieten dann oft wie auf Kommando die Veranstaltung wegen angeblicher Störung der öffentlichen Ordnung. Ich bin überzeugt, dass Geheimdienste den Mob steuern und damit die Drecksarbeit leisten, die der Staat offiziell nicht tun darf. Der linke Mob ist ein kriminelles Werkzeug des Systems. **Fritz Kleeberg, Dresden**

Zeit für die Wende

Zu: Perfekt abgerichtet (Nr. 33)

Bravo. Sehr einverstanden. Aus der Seele gesprochen wirkt der Artikel wie ein Schnaps, mit dem man den Ärger herunterspült. Es ist an der Zeit, mit der verlogenen grünen Weltverbesserer-Ideologie aufzuräumen, bevor ganz Deutschland von diesem Bazillus infiziert ist. Denn das Volk ist auf dem besten Wege, chronisch krank daran zu werden.

In die Zukunft gedacht, würde ohne Gegenmittel die Orwellsche Dimension bei weitem übertroffen. Denn schon heute beeilt man sich vielfach, ohne Not dem Verhaltensschema zu entsprechen, welches linksgrüne Phantasten allen aufzwängen wollen. Es wird allerhöchste Zeit für eine radikale Wende. **Christian Benthe, Bremen**

Schuldige USA

Zu: Als der Feuersturm über Hamburg hinwegfegte (Nr. 30)

Robert McNamara, US Verteidigungsminister unter den Präsidenten Kennedy und Johnson, war im Krieg Offizier der strategischen Luftstreitmacht. Spät in seinem Leben gab er ein Interview, das auf einer DVD „The Fog of War/Der Nebel des Krieges" verewigt ist. Dort sagt er unter anderem: „Hätten wir den Krieg verloren, wir wären als Kriegsverbrecher angeklagt und verurteilt worden." **Rudolf Franz Pueschel, Roseville, California/USA**

Gefräßige Nation

Zu: Wer einmal lügt ... (Nr. 36)

Die USA erweisen sich als Gigant auf tönernen Füßen. Ihren verschwenderischen Lebensstil haben die US-Amerikaner seit langer Zeit nicht mehr auf Grundlage realer Wertzuwächse geführt, sondern auf Pump. Die Staatsschulden belaufen sich auf mehr als 17 Billionen US-Dollar. Wie will man denn den geborgten Wohlstand ausbalancieren?

Gewiss, jede Nation vertritt ihre eigenen Interessen. Doch keine andere Nation strebt wie die Vereinigten Staaten an, ihren eigenen Lebensentwurf zum einzig richtigen Weg für die gesamte Menschheit zu erklären. **Jürgen Frick, Dessau-Roßlau**

Opfer verhöhnt

Zu: Gewinner des TV-Duells (Nr. 36)

Ihr Autor hat in seiner Lobeshymne auf das (Multi-)Talent und die Intelligenz des TV-Moderators Stefan Raab leider vergessen, dass dieser „aufgeweckte Knabe" sich vor wenigen Jahren in übelster Form über das Leid und die schlimmen Erlebnisse der Vertreibungsopfer öffentlich lustig gemacht hat. Der Verweis auf die von Raab absolvierte Metzgerlehre hätte in dem Zusammenhang mögliche Erklärungsmuster liefern können. **K. Weiß, Berlin**

Ohnmächtige Wut

Zu: Überall Diskriminierung (Nr. 34)

Vielen Dank für diese finstere Satire. Sie karikiert deutlich die deutsche Wirklichkeit. Eigentlich sollte Satire auch wenigstens ein Lächeln erzeugen, doch der beschlossene Untergang Deutschlands kann nur noch von ohnmächtiger Wut begleitet werden.

Als ehemaliger DDR-Bürger, der 1989 für dieses Land demonstrierte, empfinde ich diese Ohnmacht als ganz besonders schlimm. Armes Deutschland, das es eigentlich schon gar nicht mehr gibt. **Manfred Kristen, Duderstadt**

Es war Terror!

Zu: Als der Feuersturm über Hamburg hinwegfegte (30)

In der ehemaligen DDR nannte man die Bombardierungen im Zweiten Weltkrieg „Angriffe angloamerikanischer Terrorbomber". Im Einigungsvertrag von 1990 steht nirgends geschrieben, dass es jetzt nicht mehr so genannt werden darf.

Es ist nur erstaunlich, dass keiner diese Kriegsverbrechen mehr so nennt. Soweit sind wir schon in der Geschichtsschreibung gekommen! Aber wir müssen uns wohl noch an so manches gewöhnen. **Winfried Eberhard Müller, Rostock**

Unsere Verbrecherfreunde

Zu: Alte Bekannte (Nr. 37)

Wenn dem Präsidenten eines Landes, in dem noch Menschen (mit der Genehmigung des obersten Gerichtshofes) wie Hühner in Käfigen gehalten werden und systematisch (oft bis zum Eintritt des Todes) gefoltert werden, in Deutschland die Hände geschüttelt werden, dann dreht sich mir der Magen um. Für die Verbrechen, die von den US-Amerikanern in den letzten 50 Jahren in der Welt begangen wurden, haben sie die NS-Größen in Nürnberg gehängt. Und über die Verbrechen der USA in der Welt sind wir heute gut informiert; man kann sich der Information schwieriger entziehen, als sie zu bekommen.

Die USA hatten immer schon ein Händchen dafür, ganze Völker auszurotten. Es fing damit an, dass den Indianern maserverseuchte Decken aus Hospitälern geschenkt wurden und die Ernährungsgrundlage (Bisons) millionenfach abgeschossen wurde. Und es ging weiter mit der Sklavenhaltung und Rassentrennung bis hin zur Vernichtung (in über 80 Angriffskriegen) der Regierenden (mit den üblichen Kollateralschäden), die Öl nicht mehr für Dollars verkaufen wollten/wollen.

Diese Verbrecher nennen wir unsere Freunde und schütteln verständnislos den Kopf, wie es passieren konnte, dass ein Verbrecher wie Hitler nicht von unseren Eltern und Großeltern an seinen Verbrechen gehindert werden konnte. Nehmt für eine begrenzte Zeit das Volk der Syrer in der ganzen Welt unbürokratisch als Flüchtlinge auf und liefert dann den Regierungstruppen wie auch den Rebellen alle Waffen, die diese Welt kurzfristig entbehren kann. Nach einigen Wochen hat sich dann das Problem wie von selbst gelöst. **Helmut Josef Weber, Málaga/Spanien**

Sozialer Wohnungsbau mit Schuss

Zu: Alte Bekannte (Nr. 37)

Ein Guter Artikel, aber leider auf einem Auge blind. Kann man(n) aber entschuldigen, diese Blindheit. Ein wenig schreiben möchte ich aber doch, was das „Schattendasein staatlich massiv gedeckelter Mieten" betrifft:

Als „blutrünstiger Revanchist" hat dieser nämlich einmal im „sozialen Wohnungsbau" gewohnt, wo der Haupteigentümer eine Gewerkschaft war. Und wenn nun einer glaubt, hier waren die Mieten sozial, der irrt gewaltig angesichts gewaltiger Zuschüsse zum sozialen Wohnungsbau. Nach Ablauf der sozialen Bindung ist die Miete auf das Dreifache innerhalb eines Jahres gestiegen. Danach wurde das Ganze noch gesteigert und die Wohnungen wurden an einen „Investor" verscherbelt, der, das sollte sich herumgesprochen haben, eine Rendite von 25 Prozent erwirtschaften muss. Wie heute diese Wohnhöhlen aussehen, kann sich jeder ansehen, wo die Mieten nicht mehr „gedeckelt" sind.

Da sich ja alle Volksparteien für das soziale Miteinander entschieden haben, brauchen wir uns auch keine Gedanken machen, ob uns jemals eine „Mietpreisbremse" das gemeinsame Leben erleichtern wird. Daher wohnt nun dieser Schreiber in einer Genossenschaft von 1892, die ein Saunahäuschen, einen Garten, eine eigene Stromversorgung und vieles andere hat. Und, man glaubt es nicht, wenn es einmal lustig sein soll, dann lassen die Genossen eine fröhliche „Tschingderassabum"-Kapelle aufspielen und alle Mieter fühlen sich wohl nach dem Motto: „Was die Alten haben gesungen, spielen nun die Jungen!" Auf Kosten der Genossenschaft wird anschließend auch noch ein hochprozentiger „Halber" getrichtert. **Rüdiger Roethke, Berlin**

Raus aus dem Ausbeutungssystem

Zu: Menschenverachtend (Nr. 32)

„Multikulturell", „solidarisch" oder „sozial" sind zu verlogenen, leeren Gedankenhülsen geworden. Die totalitären Mechanismen sind die gleichen wie in einer religiösen, politischen oder wissenschaftlichen Hierarchie. Die Gruppenzwänge in allen drei gesellschaftlichen Bereichen sind so offensichtlich, dass Vertreter aller Lager mit ihren Ideologien im Glashaus sitzen.

Daneben gibt es zwei weitere Ausbeutungssysteme, nämlich die Staaten und die Banken, die sich der Religionen, der Parteien und der Wissenschaftler bedienen, um ihr eigenes Süppchen zu kochen. Jeder sollte die Suppe auslöffeln, die er sich selbst eingebrockt hat, auf Deutsch: Verantwortung übernehmen und Verantwortung tragen. Da dies utopisches Wunschdenken ist, bleibt nur die Abstimmung mit den Füßen: teilweises Ausscheren aus dem Euro-basierten Ausbeutungssystem durch die eigene Lebensweise. Gold und Silber sind zu nichts anderem als zu anonymen Wertspeichern geworden. **Hans Kolpak, Weischlitz**

Doppelter Neid

Zu: Den „Niederungen" entkommen (Nr. 33)

Der Verfasser des Porträts der rumäniendeutschen Autorin Herta Müller beschreibt haargenau den Geburtsort Nitzkydorf. Die Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen sind sehr stolz auf die Literaturpreisträgerin von 2009. Es ließ sich hören, dass rumänische Persönlichkeiten nicht nur die Preisträgerin deswegen beneiden, sondern auch ihre banatschwäbischen und sächsischen Landsleute. **Joseph Friedrich, Schwabach**

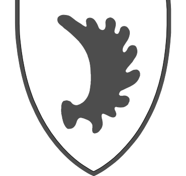
Jeschonneks Grabstein

Zu: Göring trieb ihn in den Selbstmord (Nr. 33)

Gerade von einer Ostpreußen-Reise zurückgekehrt, fand ich in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* den sehr informativen und zugleich objektiven Beitrag von Jan Heitmann über Generaloberst Hans Jeschonnek und die Umstände seines Todes vor. Über den Artikel habe ich mich sehr gefreut, orientiert er sich doch vollkommen an den wahren Geschehnissen.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass heute wieder ein (zweisprachiger) Grabstein die Stelle kennzeichnet, wo Jeschonnek Selbstmord beging. Der frühere Grabstein war im Herbst 1944, als sich die Wehrmacht aus dem Gebiet zurückzog, versteckt und die Stelle anschließend unkenntlich gemacht worden. In den 1990er Jahren ergriff dann ein polnischer Historiker aus Warschau die Initiative und konnte mit Hilfe historischer Fotos die einstige Grabstätte am Goldaper See und damit direkt an der polnisch-russischen Grenze ausfindig machen. Im Zusammenwirken mit der Tochter Jeschonneks wurde schließlich ein neuer Grabstein errichtet, der folgende Inschrift trägt: „Hier ruht/Tu spoczywa Hans Jeschonnek, Generaloberst der Flieger/General Lotnictwa, Geb./ur 09.04.1899 (Hohensalza) Gest./zm 18.08.1943 (Goldap)." **Wolfgang Reith, Neuss**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Das Ostpreußenblatt



Nr. 39 – 28. September 2013

Fußball-WM wirft ihre Schatten voraus

Königsberg diskutiert im Zusammenhang mit seinem geplanten Stadion auch die Gestaltung seines historischen Stadtzentrums

Königsberg wird 2018 neben einer Reihe anderer Städte der Russischen Föderation Austragungsort der Fußballweltmeisterschaft sein. Um dieses Thema gibt es große Aufregung, da Uneinigkeit über die notwendigen Baumaßnahmen herrscht. Es geht um den Bau eines Stadions, das den Fifa-Vorgaben entspricht. Ein solches fehlt bislang in Königsberg wie auch moderne Hotels und Infrastruktur. In diesem Zusammenhang wurden auch Möglichkeiten der Bebauung des historischen Stadtzentrums wieder einmal erörtert, vor allem die Frage, wer bauen darf und wie die Bebauung aussehen soll.

In letzter Zeit wird in Königsberg viel über das Projekt „Herz der Stadt“ gesprochen. Diese Bezeichnung wurde schon vor einigen Jahren verwendet, als der damalige Chefarchitekt Alexander Baschin ein Hochhaus in der Innenstadt bauen wollte. Für die Bebauung des historischen Stadtzentrums haben Architekten und Spezialisten schon bei internationalen Workshops ihre Ideen vorgestellt. Aber gerade in diesem Jahr hat sich die Gebietsregierung entschieden, aus dem Haushalt ein weiteres Konzept für die Bebauung des Kneiphofs zu finanzieren. Die offizielle Bezeichnung lautet: „Vorbereitung der technischen Spezifikation für die Entwicklung des Konzepts des Wiederaufbaus des Stadtzentrums“. Die Königsberger Stadtverwaltung hat ein großes Interesse an dem Projekt, da es um die wertvollsten Grundstücke in der Stadtmitte geht.

Auf einer der Sitzungen des Kulturrats beim Gouverneur sagte Bürgermeister Alexander Jaroschuk, dass die Grundstücke der ehemaligen Altstadt im Bereich des Pregelufers an der Altstädtischen Langgasse sich im Kommunaleigentum befänden, deshalb sei eine gemeinsame Leitung (unter Beteiligung der Gebietsregierung und der Stadtverwaltung) für die Realisierung des Projekts „Herz der Stadt“ wegen der städtebaulichen Besonderheit des Vorhabens unmöglich. Nach Meinung des Bürgermeisters gehören Fragen des Städtebaus in den Zuständigkeitsbereich der Stadtverwaltung und können keinen anderen Organisationen übergeben werden. Das Konzept „Herz der Stadt“ hatten der Kulturwissenschaftler Alexander Popadin und der Architekt Oleg Wastjun erarbeitet. Vor Kurzem stellte Popadin bei einer Sitzung des Kulturrats beim Gouverneur eine Expertise über das Projekt „Herz der Stadt“ vor. Die Autoren hatten zwölf historische Terrains bezeichnet und für jedes Nutzungsvarianten angeboten.

> Bleibt das Projekt »Herz der Stadt« nur eine Vision?

Die Konzeption ist ambitioniert. Im Bereich der ehemaligen Altstadt (um das Haus der Räte) soll das Rathaus, das vor dem Krieg dort stand, wieder aufgebaut werden wie auch die Schmiedebrücke, Marktplatz und Kaiser-Wilhelm-Platz. Eine Fußgängerzone soll die jetzige Straße ersetzen, über die Spaziergänger an das Pregelufer gelangen.

Auf der Dominsel, wo noch die Fundamente und Keller der mittelalterlichen Häuser dicht unter der Erdoberfläche erhalten sind, schlagen die Schöpfer von „Herz der Stadt“ den Wiederaufbau der mittelalterlichen Bebauung des Kneiphofs vor. Parallel dazu fordern sie den Abriss der neuen Straßenbrücke. Der über sie führend Verkehr könnte über eine Stadtumgehung geleitet werden.



Wo einst das Stadtzentrum lag: Noch ist das Areal von Grün beherrscht. Bild: Tschernyschew

Der Umfang der möglichen Umgestaltungen ist so gewaltig, dass Gebietsregierung und Gouverneur Nikolaj Zukanow kaum einer Umsetzung werden zustimmen können, weil die Mittel fehlen. Bis jetzt plant die Gebietsregierung zehn Millionen Rubel, umgerechnet nicht einmal 230000 Euro, aus dem Haushalt für das Projekt ein. Neben der Begeisterung tauchten auch eine Reihe von Fragen auf, für die bislang keine Antwort gefunden wurde.

Viele Architekten sind der Meinung, dass Popadin der falsche Mann für diese Aufgabe sei. Es gab Plagiatsvorwürfe gegen ihn und auch seine Projektideen wurden kritisiert. So gab er keine Auskunft darüber, ob die Grundstücke auf dem Kneiphof erschlossen oder wie hoch die Kosten für Transportlogistik sind, welche potenziellen Investoren es gibt oder wie das Bauland aufgeteilt werden soll. Bis jetzt blieb auch das Schicksal des Hauses der Räte ungelöst, wie auch die Frage, ob das Schloss wieder aufgebaut werden soll.

Gegen die mittelalterliche Bebauung des Kneiphofs fand Domdirektor Igor Odinzow deutliche Worte: „Auf dem Kneiphof gab es keine Kanalisation. Die Abwässer aller Häuser gingen in den Pregel. Wenn Sie dort Häuser für die Oligarchen bauen wollen, dann wird das nicht die Wiederherstellung des Kneiphofs sein, sondern das ‚Herz der Stadt‘ wird ein anderer Körperteil sein, den ich nicht nennen will.“

Es gibt zahlreiche Unterstützer für eine historische Wiederbebauung des Stadtzentrums, aber auch ebenso viele Gegner. Das hängt damit zusammen, dass die Stadt unter Autoabgasen leidet und die „grüne Lunge“, die sich auf dem Kneiphof befindet, die Stadt vor ökologischen Belastungen rettet. In Königsberg gab es damals kaum Autos, die Belastung mit Abgasen ist heute ein ungelöstes Problem der Stadt. Viele kritisieren, dass es genügend andere Probleme gebe, die dringend gelöst werden müssten.

Darüber hinaus gibt es Zweifel an den Motiven der Initiatoren des Projekts „Herz der Stadt“. Nicht die Liebe zur historischen Architektur und die reiche Geschichte, sondern der Wunsch, große Bauprojekte im Stadtzentrum zu leiten, treibe die Schöpfer des Projekts an.

Nach Vorlage der kunstgeschichtlichen Expertise sollten eigentlich öffentliche Diskussionen um die Umsetzung des Projekts „Herz der Stadt“ geführt werden, doch wie es augenblicklich aussieht, könnte das Projekt auf Eis gelegt werden. Erst kürzlich empfahl Präsident Wladimir Putin, eine Reihe von staatlichen sozialen Programmen aufgrund der sich zuspitzenden Wirtschaftslage zu kürzen. Das geschieht erstmals seit Jahren. Deshalb hat das Projekt „Herz der Stadt“ alle Chancen, eine Vision zu bleiben.

Jurij Tschernyschew

Wie man Angenehmes mit Nützlichem verbindet

Im deutsch-russischen Ferienlager der Kreisgemeinschaft Schloßberg lernten die Teilnehmer bei allem Spaß auch vieles über Ostpreußen

Im Rahmen des langjährigen gemeinsamen Engagements der Kreisgemeinschaft Schloßberg mit den jetzigen russischen Bewohnern im Kreis Schloßberg kamen auch in diesem Sommer wieder russische Kinder aus dem Kreis Schloßberg [Rayon Krasnoznamensk], nach insgesamt 24-stündiger Busfahrt, ins niedersächsische Otterndorf, um gemeinsam mit deutschen Kindern zwei Wochen erlebnisreiche Ferien zu erleben.



Bild: Schattauer

Vor ihrer Jugendherberge: Gruppenbild mit Jugendbetreuer

Insgesamt 21 Kinder im Alter von zwölf bis 14 Jahren nutzten die Möglichkeit des interkulturellen Kennenlernens, in das auch die Kreisgemeinschaft Ebenrode, der Bund Junges Ostpreußen (BJO) und der Patenkreis Harburg mit eingebunden waren. Der Jugendbeauftragte der Kreisgemeinschaft Schloßberg, Norbert Schattauer, hatte zu diesem Zweck für die Gruppe ein Programm mit diversen Höhepunkten organisiert, wobei der Freizeitwert – wie stets – auch mit dem Faktor Bildung rund um Ostpreußen verbunden war. Die Leitung dieses Ferienlagers lag in den Händen von Sarah Diekmann, ihr zur Seite standen die Betreuer Maurice Bremmekamp, Julia Bürkner und Luidmilla Erschova.

Damit die Gruppe schneller zusammenwächst und die Gruppendynamik gefördert wird, wurde mit entsprechenden Spielen begonnen. So konnte auch schneller das Ziel verwirklicht werden, aus zwei nationalen Gruppen eine binationale Gruppe zu formen und auch dabei noch Spaß zu haben.

> Im niedersächsischen Otterndorf verlebten 21 Kinder zwei erlebnisreiche Wochen

Der Besuch des Heideparkes mag für die russischen Kinder wie eine Art Traumwelt gewesen sein. Auch eine Fahrt mit der Eisenbahn durch das Ahlenfalkenberger Moor stand auf dem Programm. Leider war es an diesem Tag sehr heiß und die Bremsen waren sehr aktiv.

Beim Wattlaufen in der Elbe und beim Fünfkampf während des großen Germanenfestes hatten die Kinder viel Spaß. Aber auch Kanufahren auf der Medem, der Besuch im Solebad, ein Ausflug nach Hamburg und eine Fahrradtour mit anschließendem Wasserskifahren wurden mit viel Freude angenommen. Idyllische Strandgänge, sportliche Wettbewerbe sowie der Besuch der Spielscheune rundeten die Ferienerlebnisse ab.

Durch einen Besuch der Heimatstube in Winsen, einer Führung durch das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg sowie durch einen abendlichen Vortrag wurden die Kenntnisse über das Thema Ostpreußen erweitert.

Für den Abschiedsnachmittag, zu dem mit selbstgebastelten Karten Eltern, Verwandte und Freunde der Kreisgemeinschaft in den ersten Tagen eingeladen wurde, hatten die Kinder einige Darbietungen eingeübt. Bei Sketchen, Musikvorträgen und Tanzvorführungen gab es viel Applaus. Bei diesem feierlichen Ende des Ferienlagers wurden noch drei Teilnehmer für die fünfmalige Teilnahme geehrt. Dieses waren Janka Reich, Sina Lorenz und Florian Schattauer.

Das Ostpreußenlied, welches wie selbstverständlich jedes landsmannschaftliches Treffen beschließt und auch das Ferienlager offiziell beendete, begleitete auch die russischen Kinder noch auf den Heimweg. Über 20 Jahre deutsch-russische Ferienlager der Kreisgemeinschaft Schloßberg sind so ein wahrhaftes Stück Verständigung von Mensch zu Mensch geworden.

N. Sch.



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

dass vielen von uns Älteren, die wir höflich Senioren genannt werden, ein sehr langer Lebensabend beschert wird, hatten wir in jüngeren Jahren nicht zu hoffen gewagt. Unser Leben währt 70 Jahre, und wenn es hoch kommt 80 Jahre – die Bibel hatte immer recht bis in das vergangene Jahrhundert hinein. Aber nun sitzt hier am PC eine 97-Jährige und findet es durchaus nicht ungewöhnlich, dass sie mit etwa Gleichaltrigen korrespondiert, die wie sie im so späten Alter noch gebraucht werden – als verlässliche Zeitzeugen. Denn was sie am eigenen Leib erfahren mussten, haben sie nie vergessen, und so können sie, wenn sie gefragt werden, mit ihren authentischen Aussagen zu mancher Richtigstellung bei der Aufarbeitung unserer jüngeren Zeitgeschichte beitragen.

Ja, wenn sie gefragt werden! Wir haben schon oft über Landsleute berichten können, die in Schulen und Fortbildungsstätten über ihr Leben als Vertriebene berichten konnten und großes Interesse bei Schülern und Lehrern geweckt haben. In diesen Kreis reiht sich nun auch unser Landsmann **Wolfgang Czolbe** aus Norderstedt ein, der uns einen kurzen Bericht über seinen Vortrag in einer berufsbildenden Institution übersandte. Wenn er auch nicht zu den Ältesten unter uns aktiv Gebliebenen zählt, so waren gerade die Erlebnisse des heute 77-Jährigen für seine jungen Zuhörer interessant, weil sie zu Vergleichen mit dem eigenen Leben führten. Herr Czolbe geht in seiner Mitteilung nicht auf diese und andere Reaktionen ein, denn ihm – und uns – lag nicht an einer Berichterstattung, er wollte aufzeigen, wie wichtig solche kleinen, aus eigener Initiative entstandenen Aktionen, die sogar zur Integrierung in den Unterricht führen, für uns Vertriebene sind. Herr Wolfgang Czolbe schrieb für uns diese Zeilen:

„Heute, am 3. September, habe ich, inzwischen 77-jährig, vor Schülern der zwölften Klasse des Berufsbildungszentrums des Kreises Segeberg in Norderstedt eine zweieinhalbstündige Unterrichtsstunde als Zeitzeuge über die Flucht aus Ostpreußen gehalten. 25 Schüler im Alter von 17 bis 22 Jahren lauschten konzentriert und stellten viele Fragen – Fragen über meine Zeit als Kind in Allenstein, über die Umstände der Flucht und über die Eingliederung im Westen. An Hand einer noch vorhandenen Landkarte zeichnete ich den Fluchtweg von Allenstein über Marienburg, Karthaus, Stolp, Greifswald, Lübeck bis nach Hamburg-Osdorf auf der Karte nach. Fragen waren vorher von den Schülern formuliert worden, sie wurden mir eine Woche vor dem Termin überreicht. Dem einladenden Lehrer, Herrn **Günter Diekmann**, danke ich sehr, dass er mir die Gelegenheit zur Information über unsere Heimat gegeben hat.



Und der Herbst beginnt: „Birkenallee“, Aquarell von Ursel Dörr Bild: privat

Die Schüler dankten in der Pause mit selbstgebackenem Kuchen und am Ende mit Beifall.“

Zeitzeugen sind auch hier und heute gefragt, denn es liegen wieder Suchfragen von Nachfahren ostpreußischer Familien vor, die bisher nicht geklärt werden konnten. So von Frau **Regina Jendrusch**, deren Wunsch, etwas über ihre – fast – unbekannte väterliche Linie zu erfahren, umso stärker wurde, seit sie im August die Heimat ihrer Vorfahren besuchte. Es handelt sich allerdings weniger um Zeitzeugen, die unabhängig von gesuchten Personen etwas über die Heimat und die Ereignisse aus ihrer jüngsten Vergangenheit aussagen könnten, sondern um Informanten über bestimmte Orte und deren Bewohner, die eventuell Bezug zu den von Frau Jendrusch angegebenen Verwandten haben. Es handelt sich um die Familie **Bernotat**, so lautet der Mädchenname von Frau Jendrusch. Ihr Vater **Fritz** Bernotat wurde zwar am 27. August 1914 in Marienburg geboren, war aber dort mit Sicherheit nicht beheimatet, denn der Geburtsort seiner drei Jahre älteren Schwester **Elli** war Laugallen, Kreis Insterburg, wo wahrscheinlich auch seine Schwester **Hertha** 1912/13 zur Welt kam. Es ist anzunehmen, dass sich die hochschwangere Mutter **Auguste** Bernotat auf der Flucht aus dem nördlichen Ostpreußen befand, da der Erste Weltkrieg gerade begonnen hatte. Ihr Mann soll bereits bei den ersten Kriegshandlungen gefallen sein, der Sohn, den er wohl nie gesehen hat, erhielt den Namen seines Vaters Fritz. Es könnte sein, dass dieser Großvater von Regina Jendrusch auch **Fritz-Walter** Bernotat hieß. Auguste Bernotat stand nun mit drei kleinen Kindern alleine da und heiratete bald darauf in zweiter Ehe **Wilhelm Schröder**. Sie war eine geborene **Hoffmann** und müsste zwischen 1880 und 1890 geboren sein. Noch ungenauer sind die Angaben über Augustes Mutter **Regina** Hoffmann (**Hofmann**?), sie führen überhaupt nicht weiter. Es ist anzunehmen, dass die Familie Bernotat aus dem Kreis Insterburg, wahrscheinlich aus Laugallen stammt, jedenfalls hat sie dort zeitweilig gewohnt. Der Name weist auf Wurzeln im nördlichen Ostpreußen hin, wie ja auch der Geburtsort von Elli Bernotat – Laugallen – bestätigt. Nun gab es insgesamt 17 (!) Orte mit diesem ursprünglich prussisch-litauischen Namen in Ostpreußen, aber anhand der von Frau Jendrusch gemachten Kreisangabe könnte sich die 15 Kilometer nördlich von Insterburg gelegene Ortschaft Laugallen als die Richtige erweisen. Dieser 1938 in Feldeck umbenannte Ort zählte nur etwas über 200 Einwohner und bestand aus mehreren Höfen und Gehöften. Bei dieser geringen Einwohnerzahl wäre vor einigen Jahrzehnten die Suche nach einer Familie Bernotat noch Erfolg versprechend gewesen, jetzt ist die Zeit aber schon zu weit fortgeschritten, so dass es kaum noch ältere Bewohner geben dürfte, die sich an die genannten Namen erinnern. Da aber die ostpreußischen Familien früher sehr kinderreich waren, ist es möglich, dass der – nicht gerade oft vorkommende – Name Bernotat auch in anderen Familienanalen auftaucht, so dass sich vielleicht entfernte Verwandte von Frau Jendrusch finden könnten. Das im Kreis Insterburg gelegene Laugallen gehörte zum Kirchspiel Pelleningken/Strigengrund. Auguste und Fritz Bernotat dürften der Neuapostolischen Kirche angehört haben. Soweit unsere zugegeben recht mageren Recherchen, aber vielleicht bringen sie doch Frau Regina Jendrusch in ihrer Familienforschung etwas weiter. Sie würde sich über jede Zuschrift freuen. (Regina Bernotat-Jendrusch, Am Klostergarten 3, 53121 Bonn, Telefon 0174/3951614, E-Mail: ginajen@web.de)

Und das würde auch Frau **Irene Müller** aus Veringenstadt, obgleich ich in ihrem Fall noch weniger Hoffnung habe, denn ihre Suchfrage führt sehr weit in die Vergangenheit zurück. Und auch hier handelt es sich um eine mögliche Verwandtschaft, selbst wenn sie „das siebente Wasser vom Kissehl“ ist, wie wir tohuus zu sagen pflegten. Kissehl war vor allem im nördlichen Ostpreußen eine Art Nationalspeise, die sehr sättigte. Es handelte sich um einen in mehreren Vorgängen recht umständlich zubereiteten Haferbrei, bei dem während der Herstellung der Teig mehrmals mit Wasser übergossen wurde, um möglichst viel Masse zu gewinnen. Durch dieses sparsame Verhalten wurde der Brei immer dünnflüssiger. So übertrug man die Redensart „das siebente Wasser vom Kissehl“ auch auf eine weitläufige Verwandtschaft. Soweit unsere kleine Einspielung in das heimatliche Brauchtum. Nun zum Kernpunkt der kurzen Anfrage unserer Leserin: Frau Irene Müller sucht Nachkommen des am 12. Januar 1796 geborenen **Gottfried Ernst Stein** aus Guhrenwalde, Kreis Preußisch Holland. Der kleine Ort mit Gut und mehreren Gehöften war in unserer Zeit in Luxethen eingemeindet. Guhrenwalde gehörte zum Kirchspiel Marienfelde, die hierzu gehörenden Kirchenbücher sind nicht auffindbar, angeblich sind sie in Ostdeutschland verbrannt. Wer zu diesem „Ahnherrn“ etwas sagen kann oder glaubt, brauchbare Hinweise geben zu können, wende sich bitte an Frau Irene Müller, Hochbergstraße 13 in 72519 Veringenstadt, Telefon (07577) 648565.

Wir haben schon oft die Initiatoren von Heimatstuben und anderen musealen Einrichtungen unterstützt, die sich mit der Bitte um Mithilfe an die Ostpreußische Familie wandten, und konnten damit manche dieser mit viel Liebe und Engagement gestalteten Einrichtungen gut bestücken. Obgleich da manchmal recht seltsame Wünsche an uns gerichtet wurden, aber auch sie konnten zumeist erfüllt werden. Nun hat uns wieder solch eine etwas ungewöhnliche Bitte erreicht, die aber mit Sicherheit nicht umsonst gestellt wird. Frau **Erika Morgenstern** bekam über einen Landsmann den Rat, sich an uns zu wenden, und wir reichen gerne den Wunsch an unsere Leser weiter. Frau Morgenstern, die von ihrem jetzigen Wohnort Neumünster in ihre Wahlheimat Baden-Württemberg zurückkehren will, möchte nach der Übersiedlung in ihrem Haus in Baden-Baden ein „Museumszimmer“ einrichten. Anscheinend besitzt sie schon genügend Exponate, aber etwas fehlt ihr noch: eine ehemalige Soldatenjacke, wie sie schreibt. Also eine Uniformjacke von einem Angehörigen der deutschen Wehrmacht, die durchaus beschädigt oder altersfleckig sein kann, auch ohne Knöpfe oder weiteres Zubehör. Ein bestimmter Wehrmachtsteil wird von der Suchenden nicht angegeben. Wer solch eine Jacke noch bewahrt hat und sich von ihr trennen kann, melde sich bitte bei Frau Erika Morgenstern, Käthe-Kollwitz-Straße 48 in 24539 Neumünster, Telefon (04321) 28664.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Es ist schon erstaunlich, was da von heimattreuen Landsleuten aus eigenem Impuls an Erhaltenswertem zusammengetragen wird. Eine von Frau **Lore Müller-Doepner** uns übersandte Dokumentation führt geradewegs zur Haffuferbahn – und damit hat dieses als kleine Anfrage gestartetes Thema eine neue Dimension erreicht. Die heute in Osnabrück lebende Ermländerin war über unsere Veröffentlichungen in den *PAZ*-Folgen 24 und 27 hoch erfreut, weil sie selber als Fahrschülerin mit ihren vier Geschwistern mit dem „Stint“ von Willenberg nach Braunsberg fahren musste. Von ihrem Elternhaus, der Gastwirtschaft „Willenberger Krug“, an dem leider der Zug nicht hielt, war es eine Viertelstunde Laufzeit bis zur Haltestelle Stangendorf. Da gab es dann manchmal ein Wettlaufen mit dem schnaufenden Stint, der sich auf der Strecke, die parallel zur Reichsstraße 1 lief, sogar Wettfahrten mit den dort fahrenden Pferdefuhrwerken lieferte, wobei zumeist die Bahn gewann. Entgegen allen Frotzeleien, denen die Haffuferbahn ausgesetzt war, weil sie streckenweise nicht gerade im Eiltempo fuhr. Frau Müller-Doepner hat diese Anekdoten gesammelt, zu denen nicht nur das „Blumenpflücken und Angeln während der Fahrt verboten“ gehört – wobei tatsächlich einmal Schüler auf einer Klassenfahrt, als die Bahn den Baudeberg bei Sankau hinaufkeuchte, die dort in herrlicher Fülle blühenden Königskerzen pflückten, was nicht unbestraft blieb. Aber noch heiterer ist die Anekdote über jenen Briefträger, der auf der Landstraße neben dem Stint fuhr. Als der Zugführer ihm zurief: „Steig' man mit deinem Rad auf, kannst die paar Kilometerchens mitfahren!“, antwortete der bedauernd: „Heut' jeht nich, ich hab' nen Eilbrief!“

Aber Frau Müller-Doepner hat sich vor allem mit der Geschichte der Haffuferbahn befasst, und die ist aufgrund der vielen Hemmnisse, die ihren Initiatoren in den Weg gelegt wurden, schon sehr interessant. Deshalb bringen wir diese in unserem heutigen Sonderbeitrag und werden damit auch diejenigen unter unseren Lesern erfreuen, die sich bereits zu den bisherigen Beiträgen über die Haffuferbahn gemeldet haben und die mehr wissen wollen. Frau Müller-Doepner sagen wir ganz herzlichen Dank für die uns übersandte Dokumentation, die sie in dieser Zusammenstellung auch an Herrn **Leon Rynkiewicz** in Frauenburg übersenden will. Dieser „Ostpreuße“, wie er sich selber bezeichnet, besitzt bereits eine umfangreiche Sammlung von Zeugnissen aus der Vorkriegszeit, zu denen auch Familien- und Hofchroniken gehören.

Eure

[Unterschrift]

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Dem neuen Schienengleise ein Tafellied zum Preise

Bei der HUB-Einweihung wurde sogar der Domherr zum Dichter

Die Haffuferbahn ist das Lebenswerk eines Mannes, der trotz aller Widrigkeiten und Verzögerungen der Realisierung fest an sein Projekt glaubte und es auch nach der Inbetriebnahme durch schwierige Zeiten steuerte. Es war Ernst Hantel aus Frauenburg, der die seit 1802 im Familienbesitz befindlichen Kopernikus-Mühlenwerke betrieb, die nach einem Brand im Jahr 1872 als moderner Betrieb neu entstanden waren. Mit diesem Wiederaufbau waren zwingend bessere Verkehrswege erforderlich geworden. Pferdewagen und Frachtkähne reichten da in keiner Weise. Hinzu kam, dass die vielen Ziegeleien und landwirtschaftlichen Großbetriebe ihre Absatzwege beschleunigen mussten. Und, last not least: Das Deutsche Kaiserhaus kaufte um die Jahrhundertwende das Klostergut Cadinen hoch über dem Frischen Haff.“ So beginnt eine Chronik der Haffuferbahn, die kurz nach dem Zweiten Weltkrieg von dem Ermländer Wolfgang Pohl zusammengestellt wurde, der sich damals schon um die Dokumentation ostpreußischer Geschichte bemühte und als Buchhändler und Jungverleger in Hamburg erste Broschüren über Braunsberg und Königsberg herausbrachte.

Es gab also genug handfeste Voraussetzungen, die Ende des 19. Jahrhunderts den Mühlenbesitzer Ernst Hantel zum Bau einer Bahnlinie antrieben, aber die Realisierung stieß auf große Schwierigkeiten. Vor allem in Frauenburg, wo die katholische Kirche alles Geschehen bestimmte. Das gesamte Domkapitel war strikt gegen den Plan, man sah die Beschaulichkeit dieses wunderschönen Fleckchens Erde am Ufer des Frischen Haffs gefährdet. Nur einer machte da nicht mit: der Domherr Julius-Cäsar Pohl, der einer Frauenburger Handwerkerfamilie entstammte und der die wirtschaftlichen Vorteile für die Region erkannte. Zwischen dem Domherrn und dem protestantischen Ernst Hantel entstand eine auf das Projekt ausgerichtete Freundschaft, die dazu führte, dass der Domherr Vorsitzender des Arbeitsausschusses zum Bau der HUB wurde, mit deren Bau im Jahre 1897 begonnen wurde. Als dann im September 1899 die 48 Kilometer lange Strekke zwischen Elbing und Braunsberg eingeweiht werden konnte, schrieb dazu der Domherr sogar die Hymne „Dem neuen Schienengleise ein Tafellied zum Preise“, in dem er aber auch auf die Schwierigkeiten hinwies, die bis zur Fertigstellung der Haffuferbahn zu überwinden waren. Die hat der Sohn des Gründers Ernst Hantel in einem Beitrag geschildert, der in einer frühen Ausgabe des Ostpreußenblattes erschien: „Mein Vater hat in jahrelangen Verhandlungen die Provinzen Ost- und Westpreußen, die Landkreise Elbing und Braunsberg, die Ostdeutsche Eisenbahngesellschaft und die Bahnbau-Firma Lenz unter einen Hut gebracht und gründete mit ihnen die ‚Haffuferbahn-Aktien-Gesellschaft‘, deren Geschäftsführer er bis zu seinem Tode 1927 war.“ Sie wurde von der Ostdeutschen Eisenbahngesellschaft mit Sitz in Königsberg verwaltet, zu der auch die Samlandbahn und die Cranzer Eisenbahn gehörten. Letztere warb mit dem allen Königsbergern bekannten Motto: „Mit den Möwen an die See mit Samlandbahn und KCE“. Auch die Haffuferbahn hatte ihr Kürzel, HUB, aus dem der Volksmund die Bezeichnung „Hantel und Baum“ machte, denn Letzterer war der für den Bau verantwortliche Baumeister der Firma Lenz. Es gab auch noch eine andere Deutung, die ein Frauenburger entwickelt hatte: „Hat Unter-Bilanz“. Was leider auch stimmte, denn die HUB hat sich in der Tat anfangs nur unzulänglich rentiert. Manche Jahre konnte die Gesellschaft überhaupt keine Dividende ausschütten. Sie litt unter den zu hohen Aufwendungen für den Grunderwerb vor allem in Elbing, wo die Gesellschaft gezwungen wurde, die Flächen ganzer Grundstücke zu hohen Preisen zu kaufen, obgleich sie nur einen kleinen Teil davon benutzen konnte. Der schnelle Anschluss an die staatliche Ostbahn war aber für die Haffuferbahn lebenswichtig. Vor allem die Schichau-Werft, die damals 12000 Menschen Lohn und Brot gab, bekam durch 15 besondere Anschlussgleise ihre bisher fehlende Verbindung zur Ostbahn. So gesehen war – allen Spötteleien zum Trotz – die HUB auch keine Kleinbahn, denn sie besaß schon die Normalspur mit Überleitungen zur Deutschen Reichsbahn. Große Schwierigkeiten gab es auch anfänglich in Cadinen durch endlose Verhandlungen mit dem zuständigen Landrat, der die Benutzung dieser Haltestelle für den Personenverkehr hinauszögerte, von dem sich die Gesellschaft durch den erhofften Ausflüglerverkehr erhebliche Einnahmen versprochen hatte. Jahrelang durften die Züge der Haffuferbahn dort nicht halten, umgekehrt konnte der kaiserliche Hofzug die Schienen der HUB nicht benutzen. Aber dieses Kapitel der Geschichte der HUB hatte dann doch ein versöhnliches Ende: Das Kaiserpaar konnte mit dem Hofzug ohne umzusteigen von Berlin nach Cadinen gelangen, Kaiser Wilhelm II. schloss eine Freundschaft mit dem Ermländischen Bischof in Frauenburg – und der Landrat wurde geadelt!

R.G.

Der Frauenburger Dom Bild: Archiv

Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Radszuweit, Gertrud, geb. **Kieselbach**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 4. Oktober

ZUM 100. GEBURTSTAG

Krüger, Charlotte, geb. **Ulrich**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 3. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Skorzinski, Otto, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 2. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Barthel, Hildegard, geb. **Kruse**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 30. September

Jaschinski, Ida, geb. **Trzeska**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 30. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Heer, Lore, geb. **Tiedemann**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 28. September

Lucka, Charlotte, geb. **Pawellek**, aus Saadau, Kreis Ortelsburg, am 2. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Blömke, Otto, aus Nodems, Kreis Samland, am 29. September

Blum, Walter, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 2. Oktober

Brauns, Willi, aus Kniprode, Kreis Neidenburg, am 1. Oktober

Dillmann, Georg, aus Lötzen, am 29. September

Emmermann, Gertrud, geb. **Gaedtke**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 27. September

Hartebrodt, Erna, geb. **Nimzik**, aus Treuburg, am 3. Oktober

Kanzenbach, Margarete, geb. **Schröder**, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 3. Oktober

Kolzig, Emma, aus Krokau, Kreis Neidenburg, am 30. September

Lembke, Charlotte, geb. **Felker**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 4. Oktober

Mögel, Julius, aus Birkenau, Kreis Wehlau, am 3. Oktober

Reinhold, Margot, geb. Will, aus Schippenbeil, Kreis Bartenstein, am 26. September

Riechert, Erna, geb. **Sauner**, aus Bolbitten/Kirscheiten, Kreis Heiligenbeil, am 29. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Czarnetzki, Helmut, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 2. Oktober

Heinrich, Gertrud, geb. **Zehrt**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 28. September

Heysel, Max, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 2. Oktober

Mrusek, Hedwig, geb. **Rieleit**, aus Tapiau, Schloßstraße 5, Kreis Wehlau, am 29. September

Rosmus, Edith, geb. **Jeworrek**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 3. Oktober

Schaak, Werner, aus Hoheneiche, Kreis Elchniederung, am 28. September

Stank, Edith, geb. **Czarnojan**, verwitwete **Klein**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 3. Oktober

Willamowski, Gerda, aus Borchersdorf, Kreis Neidenburg, am 4. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Fexer, Ewald, aus Allenstein, am 2. Oktober

Gelzus, Charlotte, geb. **Tobehn**, aus Tapiau, Wasserstraße 5, Kreis Wehlau, am 4. Oktober

Hecht, Hilde, aus Preetz, am 1. Oktober

Heidt, Anna, geb. **Fleischhauer**, verwitwete **Skornetzki**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 2. Oktober

Killewald, Ilse, aus Lyck, am 3. Oktober

Otto, Emma, geb. **Zielske**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 3. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Auringer, Karl, aus Neuendorf, Kreis Elchniederung, am 29. September

Bystron, Helena, geb. **Keil**, aus Wittken, Kreis Elchniederung, am 1. Oktober

Frischmuth, Max, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 1. Oktober

Giebler, Gertraut, geb. **Wietz**, aus Wehlau, Essener Straße 24, am 30. September

Glas, Gertrud, geb. **Aschendorf**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 28. September

Joswig, Margarete, geb. **Selke**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 28. September

Lieder, Ursula, geb. **Kannenberg**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 128, am 1. Oktober

Mahlo, Margret, geb. **Mehl**, aus Treuburg, am 4. Oktober

Schachtner, Hans, aus Wirbeln, Kreis Ebenrode, am 3. Oktober

Ukras, Gertrud, geb. **Dubaschny**, aus Lyck, Danziger Straße, am 28. September

Wellbrock, Ellen, geb. **Czwalina**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 30. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Baltruschat, Paul, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am 3. Oktober

Busse, Hildegard, geb. **Manneck**, aus Backeln, Kreis Samland, am 1. Oktober

Drachholtz, Ursula, geb. **Wittstock**, aus Ragnit, am 30. September

Falk, Gustav, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 29. September

Greulich, Irmgard, geb. Ambras, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 4. Oktober

Klotzek, Ernst, aus Davidshof, Kreis Ortelsburg, am 2. Oktober

Kopka, Eva-Maria, geb. **Reynoss**, aus Treuburg, am 2. Oktober

Kraschewski, Hildegard, geb. **Lobitz**, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 3. Oktober

Mordas, Johannes, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 30. September

Ollesch, Hildegard, geb. **Lehmann**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 3. Oktober

Peters, Ursula, geb. **Krause**, aus Paterswalde, Paterswalde Nord, Kreis Wehlau, am 29. September

Prikuls, Käthe, geb. **Kottowski**, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 29. September

Pruß, Ewald, aus Rehbruch, Kreis Ortelsburg, am 4. Oktober

Tolkacz, Hildegard von, geb. **Pajonk**, aus Lötzen, am 28. September

Trows, Reinhold, aus Goldbach, Goldbach Süd, Kreis Wehlau, am 30. September

Wiese, Gertrud, geb. **Spitz**, aus Große Dirschkeim, Kreis Samland, am 28. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Androleit, Renate, geb. **Suckow**, aus Tapiau, Labiauer Chaussee 22, Kreis Wehlau, am 29. September

Anker, Rudi, aus Groß Blumenau, Kreis Samland, am 3. Oktober

Biermann, Renate, geb. **von Koss**, aus Friedrichsdorf, Kühnbruch Forsthaus, Kreis Wehlau, am 28. September

Boettger, Gerda, geb. **Reinhold**, aus Pomehnen, Kreis Samland, am 29. September

Borrmann, Irmgard, geb. **Gutzeit**, aus Wehlau, Nadolnystraße 40, 30. September

Brakschat, Karl-Heinz, aus Schellendorf, Kreis Ebenrode, am 2. Oktober

Conradi, Sigurd von, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 29. September

Czytrich, Otto, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 29. September

Exel, Erika, geb. **Thiede**, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 4. Oktober

Fox, Gerhard, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 1. Oktober

Gestigkeit, Adelheid, geb. **Gerhardt**, aus Lyck, Yorkstraße 30, am 2. Oktober

Glowatzka, Hilde, geb. **Norkeweit**, aus Allenburg, Junkerhof 96, Kreis Wehlau, am 4. Oktober

Gräf, Alfred, aus Wehlau, Memeler Straße 24, am 30. September

Griesenbrock, Ursula, geb. **Topeit**, aus Selsen, Kreis Elchniederung, am 28. September

Holz, Adelheid, geb. **Czyganowski**, aus Königsberg, am 30. September

Jellen, Hannelore, geb. **Ferner-Koszinowsky**, aus Pillau, Kreis Samland, am 2. Oktober

Kobiolka, Hildegard, geb. **Matern**, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 1. Oktober

Kowalczyk, Erika, aus Treuburg, am 2. Oktober

Krell, Alfred, aus Neuhöferfelde, Kreis Mohrungen, am 30. September

Krömer, Heinrich, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 2. Oktober

Lewalski, Maria, aus Marienfelde-Abbau, Kreis Osterode, am 28. September

Ludowitzki, Hildegard, geb. **Führer**, aus Erlenhagen, Kreis Ebenrode, am 28. September

Mergel, Elly, geb. **Jedinat**, aus Ebenrode, am 28. September

Meyer, Ingrid, geb. **Huwe**, aus Treuburg, am 29. September

Palluck, Gerd-Karl, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 29. September

Petroschka, Helmut, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 28. September

Purfürst, Anneliese, geb. **Bauer**, aus Großudertal, Kreis Wehlau, am 29. September

Raderkopp, Lieselotte, geb. **Adomeit**, aus Lyck, Morgenstraße 31, am 4. Oktober

Rosenfeld, Elsa, geb. **Norkeit**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 28. September

Ruhnau, Aloys, aus Braunsberg, am 28. September

Schönemann, Waltraut, geb. **Negraszus**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 4. Oktober

Schröder, Frieda, geb. **Salzmann**, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 28. September

Serafin, Friedel, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 2. Oktober

Walosczyk, Elvira, geb. **Kulow**, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 3. Oktober

Woost, Edith, geb. **Sebrowski**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 28. September

Worßa, Gerhard, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 3. Oktober

Zoller, Christel, geb. **Kolless**, aus Schertingswalde, Kreis Mohrungen, am 2. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Finner, Heinrich, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 29. September

Freidank, Charlotte, geb. **Fischer**, aus Windkeim/Groß Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 1. Oktober

Friedländer, Dr. Hans-Heinrich, aus Woytnicken, Kreis Samland, am 2. Oktober

Fürst, Ruth, geb. **Buyny**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 4. Oktober

Heine, Annelore, geb. **Nossem**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 3. Oktober

Hose, Dora, geb. **Kablau**, aus Insterburg, am 1. Oktober

Judtka, Gerhard, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 4. Oktober

Krüger, Gerhard, aus Trankwitz, Kreis Samland, am 29. September

Krogull, Elisabeth, geb. **Heitmann**, aus Samplatten Kreis Ortelsburg, am 1. Oktober

Riechert, Bruno, aus Noiken, Kreis Elchniederung, am 3. Oktober

Rogowski, Siegfried, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 3. Oktober

Sembritzki, Günter, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 29. September

Sonnak, Heinz, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 1. Oktober

Tubenthal, Hansgeorg, aus Treuburg, am 30. September

Wessolk, Waltraut, geb. **Sentek**, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 1. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Borb, Gerhard, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 28. September

Eitze, Lieselotte, geb. **Sanftleben**, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 29. September

Espe, Hildegard, geb. **Winter**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 1. Oktober

Gabrisch, Horst, aus Imten, Kreis Wehlau, am 2. Oktober

Grudda, Ernst-Dieter, aus Klein Jauer, Kreis Lötzen, am 29. September

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

Termine der LO

Jahr 2013

27. bis 29. September: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.

11. bis 13. Oktober: 6. Deutsch-Russisches Forum in Duisburg. Geschlossener Teilnehmerkreis.

14. bis 20. Oktober: 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.

1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.

2./3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont. Geschlossener Teilnehmerkreis.

4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Jahr 2014

8./9. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.

5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.

17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel

21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.

3./7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 28. September, 10.55 Uhr, Arte: Goldman Sachs – Eine Bank lenkt die Welt.

Sonnabend, 28. September, 20.15 Uhr, MDR: Lettische (Ver)Führungen. Kim Fischer erkundet die Perle des Baltikums.

Sonnabend, 28. September, 20.15 Uhr, 3sat: Guiseppe Verdi, „Messa da requiem". Herbert von Karajan dirigiert die Wiener Philharmoniker. Aufzeichnung von 1984.

Sonnabend, 28. September, 21.45 Uhr, 3sat: Karajan privat. TV-Porträt des 1989 verstorbenen Stardirigenten.

Sonntag, 29. September, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Vor 75 Jahren – Das Münchener Abkommen und die Annexion des Sudentenlands durch das Deutsche Reich.

Sonntag, 29. September, 19.30 Uhr, ZDF: Terra X – Faszination Universum. Das Rätsel der Harmonie in der Natur.

Sonntag, 29. September, 19.45 Uhr, Arte: Zu Tisch in … der Camargue. Esskultur.

Sonntag, 29. September, 23.05 Uhr, MDR: Stalin in Farbe. Historische Filmaufnahmen.

Montag, 30. September, 19.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Zeitfragen. „… denn es fühlt wie Du den Schmerz". Brauchen wir eine neue Ethik für den Umgang mit Tieren?

Montag, 30. September, 19.30 Uhr, Arte: Der Löwenflüsterer. Doku über Raubkatzen.

Montag, 30. September, 20.05 Uhr, N-TV: Die Geschichte Amerikas. Doku von Starregisseur Oliver Stone über die verfehlte US-Weltpolitik.

Montag, 30. September, 22 Uhr, WDR: Die Klüngel-Republik. Doku über Vetternwirtschaft in Deutschland.

Montag, 30. September, 22.50 Uhr, MDR: Die Spaziergängerin von Sans-Souci. Spielfilm von 1982 mit Romy Schneider.

Dienstag, 1. Oktober, 14.45 Uhr, 3sat: Die Deutschen. zehnteilige Geschichtsdoku. Teil 1: Otto und das Reich.

Dienstag, 1. Oktober, 20.15 Uhr, Phoenix: Hinter den Kulissen der Macht. So lebte und so reiste das Politbüro. Doku.

Dienstag, 1. Oktober, 23.35 Uhr, Arte: Wir sind Demokratie. Doku über die Protestbewegungen gegen die sozialen Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa.

Dienstag, 1. Oktober, 0.50 Uhr, ARD: Nordwand. Bergsteigerdrama über die Erstbesteigung der Eigernordwand.

Mittwoch, 2. Oktober, 20.15 Uhr, 3sat: Reiche in the City, die Anderen an den Rand. Doku über Wohnungsnot.

Mittwoch, 2. Oktober, 22.05 Uhr, N-TV: Von oben: Wunderwerk Erde. Satellitenbilder klären komplexe Zusammenhänge der Natur auf.

Donnerstag, 3. Oktober, 19.15 Uhr, Phoenix: Als der Osten durch den Westen fuhr. Doku.

Donnerstag, 3. Oktober, 20.15 Uhr, MDR: Der Turm. Spielfilm nach der Romanchronik von Uwe Tellkamp.

Freitag, 4. Oktober, 20.15 Uhr, 3sat: Die Bombe um jeden Preis. Wie der Iran versucht, auch in Deutschland Bestandteile für den Bau der Atombombe zu besorgen.

Freitag, 4. Oktober, 23.15 Uhr, WDR: Mythos Tarzan. Dokumentation.

Glückwünsche
Fortsetzung von Seite 15

Heisel-Langanke, Gerda, geb. **Langanke**, aus Paterswalde, Paterswalde Mitte, Kreis Wehlau, am 28. September
Hoffmann, Marta, geb. **Sabautzki**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 1. Oktober
Josuweit, Gerhard, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 2. Oktober
Köhn, Siegfried, Adolf, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 1. Oktober
Kowalewski, Werner, aus Siebenbergen, Kreis Treuburg, am 4. Oktober
Kraffzik, Gerhard, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 30. September
Kress, Gisela, geb. **Link**, aus Kallehnen, Kreis Wehlau, am 3. Oktober
Krupp, Christel, geb. **Karpa**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 30. September
Naujokat, Siegfried, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 29. September
Plehn, Dr. Detlef, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 30. September
Richter, Eva, geb. **Rosenfeld**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. September
Schmidt, Waltraud, geb. **Heisel**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 2. Oktober
Schulz, Alfons, aus Fedderau, Kreis Heiligenbeil, am 1. Oktober
Stantien, Irene, aus Milchhof, Kreis Elchniederung, am 2. Oktober
Wegner, Ursel, geb. **Krause**, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 2. Oktober



Gesk, Ewald, aus Jakubben, Kreis Johannisburg, und Ehefrau Agnes, geb. **Orth**, aus Bonn, am 30. September

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Mittwoch, 3., bis Sonntag, 6. Oktober: **BJO-Bundestreffen** in Sigmaringen mit Besichtigung der Hohenzollernburg und BJO-Meisterschaft.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Göppingen – Günter F. Rudat zum 90. Geburtstag. Am 23. September 1923 wurde Günter F. Rudat in Memel/Ostpreußen geboren. Nach seiner Lehre als Chemielaborant ging er mit 18 Jahren zur Wehrmacht. Als kriegsverwunderter Leutnant kam er dann 1945 nach Göppingen. Durch die Heirat mit einer „Einheimischen“, seine Frau Maria stammt aus Albershausen, und dem 1959 geborenen Sohn Klaus Dieter, wurde er nun endgültig in Göppingen sesshaft. Seine berufliche Zukunft fand er in der Göppinger Gelantinefabrik, wo er als Mitglied der Gewerkschaft IG Chemie-Papier-Keramik (heute IGBCE) bis zum Betriebsratsvorsitzenden aufstieg. In den 50er Jahren war er auch maßgeblich durch seine Arbeit in der Tarifkommission an den Verhandlungen mit den Arbeitgebern beteiligt. Von 1954 bis 1970 war Rudat auch als Sozialrichter am Sozialgericht in Ulm tätig. In seiner sicher mehr als knappen Freizeit widmete er sich aber auch intensiv seinem Hobby, der Fotografie, und war Mitglied in der Göppinger Fotogilde. Bedingt durch seine ostpreußische Herkunft engagierte er sich bereits seit dem Gründungsjahr 1949 in der Göppinger Kreisgruppe der Ost- und Westpreußen. Als er 1981 den Vorsitz dort übernahm, konnte er die Mitgliederzahl fast verdoppeln. 1994 feierte er mit der Gruppe das 45jährige Jubiläum, und 1999 dann das Goldene! Als gebürtiger Memelländer engagierte er sich aber auch in der Stuttgarter Memellandgruppe, und der hat es sich nicht nehmen lassen, 1998 den Vorstandsposten zusätzlich zu seinen Göppinger Arbeiten zu übernehmen. Rudats Lebenswerke sind vielfach gewürdigt worden: 1986 erhielt er die Ehrennadel des Landes Baden Württembergs; 1989 wurde ihm von der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen das silberne und 2005 das goldene Ehrenabzeichen verliehen; 1992 erhielt er vom Bund der Vertriebenen die Ernst-Moritz-Arndt Medaille für hervorragende Verdienste; 1996 wurde ihm von der Arbeitsgemeinschaft der Memelländer das Ehrenabzeichen in Gold verliehen. Als Höhepunkt der Würdigungen bekam Rudat im Jahre 2002 für sein ehrenamtliches Lebenswerk in beruflicher, gewerkschaftlicher, sowie sozialer und uneigennütziger Arbeit die Bundesverdienstmedaille der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Seit 2004 gehört er dem Ältestenrat des Landesverbandes der Ost- und Westpreußen von Baden-Württemberg an. Er selber bezeichnet sich als ostpreußisches Urgestein, der sich immer noch mit viel Liebe zur alten Heimat, die Pflege der Mundart und des ostpreußischen Brauchtums annimmt. Auch sagte er: „Mein Leben hatte einen Anfang, das Alpha; das habe ich nun hinter mir gelassen, und das Ende, das Omega, das ist mir jetzt viel näher, daher habe ich als ein guter Mann mein Haus auch vortrefflich bestellt!“ Günter F. Rudat feiert nun seinen 90. Geburtstag. Im Namen der Vorstandsschaft der Kreisgruppe der Ost- und Westpreußen Göppingen, i. V. Wolfgang Korn und Ina Meister, gratulieren wir sehr herzlich und wünschen ihm noch viele gute Jahre im Kreise seiner Angehörigen.


Ehrenvorsitzender Günter F. Rudat feierte den 90. Geburtstag

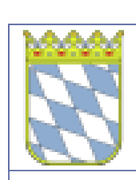
Heidelberg – Sonntag, 29. September, 15 Uhr, Marriott Hotel, Vangerowstraße 16: Tag der Heimat. Eintritt frei. Gäste sind herzlich willkommen.

Pforzheim – Mittwoch, 9. Oktober, 19 Uhr, Parkhotel, Deimlingstraße 36: 134. Preußische Tafelrunde mit Königsberger Klopse-Essen und Vortrag. Nach einem gemeinsamen ostpreußischen Abendessen referiert Helga Tödt aus Kleinmachnow bei Berlin über „Die Krupps des Ostens – Schichau und seine Erben – Eine Industriedynastie an der Ostsee“. Der Maschinenbauer Ferdinand Schichau schrieb deutsche Wirtschaftsgeschichte. Aus seiner 1837 gegründeten kleinen Maschinenfabrik in Elbing/Westpreußen entstand ein im Maschinen-, Lokomotiv- und Schiffbau weltweit exportierendes Unternehmen. Schichaus Schwiegersohn Carl H. Ziese führte die Erfolgsgeschichte fort, die seiner Familie im Kaiserreich zu Aufstieg und Reichtum verhalf. Selbst die Kronprinzessin Cecilie ging im Hause ein und aus. In der Weimarer Republik vollzog sich der Niedergang des Familienunternehmens. Nach staatlicher Sanierung war die F. Schichau GmbH im Zweiten Weltkrieg wieder Rüstungsbetrieb. Die Danziger Schichau-Werft wurde Teil der Lenin-Werft, wo im Sommer 1980 die Gründung der Gewerkschaft Solidarnosc stattfand. Nachfolgebetriebe der Schichau-Werke bestehen bis heute. Für das Abendessen sind 18 Euro zu überweisen an: LM Ostpreußen, Landesgruppe, Konto 133221, BLZ 642 510 60, Kreissparkasse Freudenstadt. Anmeldungen bis zum 4. Oktober an: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 85 40 93 oder E-mail: uta.luettich@web.de.

Reutlingen – Die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Reutlingen lädt alle Mitglieder und die, die sich mit uns und unserer verlorenen Heimat verbunden fühlen, ganz herzlich zum Erntedankfest ein. Die Veranstaltung findet am Samstag, den 5. Oktober 2013 im Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Str. 6A in 72762 Reutlingen statt. Bei Kaffee und Kuchen ist Gelegenheit nach der langen Sommerpause zum Plachandern und Schabbern. Zum Programm tragen Hildegard Zaiss, Peter Jermann sowie Ilse Hunger mit Vorträgen und einem Kurzfilm über die Heimatreise im Juli 2013 bei. Die Erinnerung an Erntezeit und Erntedank in der Heimat wollen wir gemeinsam wach halten. Erntegabentisch und große Tombola werden, wie all die Jahre vorher, zur Unterhaltung und Freude beitragen. Spenden für den Erntegabentisch und für die Tombola nimmt gerne entgegen: Frau Ilse Hunger, Steinachstraße 54, 72770 Reutlingen, Telefon (07121) 52541. Der Vorstand freut sich auf ein Wiedersehen und zahlreichen Besuch.

Schwäbisch-Hall – Die Kreisgruppe lädt herzlich zum Heimatnachmittag am Mittwoch, 2. Oktober ein. Der Bildervortrag von Heinz Sanders „Marienburg – die Komturei des Deutschen Ordens“ wird alle an unseren Besuch und die Führung erinnern. Die Veranstaltung beginnt um 14.30 Uhr im Hotel Sölch, Hauffstraße 14 in Schwäbisch Hall.

Stuttgart – Sonnabend, 12. Oktober, 15 Uhr, Ratskeller: Ostpreußisches Herbstfest.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Mittwoch, 9., bis Sonntag, 13. Oktober: Jahresausflug nach Pommern. Busfahrt auf die Sonneninsel Usedom mit Ausflug in das östliche Pommern. Programm: Mittwoch, 9. Oktober: Morgens Abfahrt mit dem komfortablen Reisebus von Ansbach über Gunzenhausen und Schwabach auf der A9 nach Brandenburg, Rast im Schloss Ribbeck im Havelland. Weiterfahrt auf der Stettiner Autobahn A 110 bis zur A 20, der Autobahn Hamburg-Stettin bis Wolgast, von dort auf die pommersche Sonneninsel Usedom bis zu Seebad Zinnowitz, wo die Gruppe im Familienhotel Casa Familia wohnen wird. Donnerstag, 10. Oktober: Vormittags Rundgang durch das Seebad Zinnowitz mit einer Kaffee-Einkehr im „Preußenhof“ an der Kurpromenade, anschließend Ausflug nach Swinemünde, der früheren Kreisstadt des Landkreises Wollin-Usedom. Auf dem Rückweg Besuch der prachtvollen Kaiserbäder Ahlbeck, Heringsdorf und Bansin, bevor es nach Zinnowitz zum Abendessen ins Hotel geht. Freitag, 11. Oktober: Tagesausflug über Swinemünde, über die Swine und die Dievenow über die pommerschen Kreisstädte Cammin und Belgard an der Persante nach Köslin, wo Frau Richter durch ihre Heimatstadt führen wird. Auf dem Rückweg geht es nach Kolberg, dem ältesten deutschen Ostseebad. Dort führt ein echter Kolberger, Lm. Schröder, die Gruppe. Nach einem Besuch des Strandbads geht es wieder zurück auf die Insel Usedom zum Abendessen im Hotel. Sonnabend, 12. Oktober: Erholung von der Fahrt ins östliche Pommern am letzten Tag im schönen Seebad Zinnowitz. Spaziergang auf der Kurpromenade, Baden in der benachbarten Bernstein-Therme. Abends Besuch der Aufführung des Vorpommerschen Landestheaters im Zinnowitzer Theater, der „Blechbüchse“. Sonntag, 13. Oktober: Nach dem Frühstück nimmt die Gruppe Abschied von Zinnowitz. Auf dem Rückweg Rast in der Mark Brandenburg mit Besuch der romantischen „Boltenmühle“ am Tornowsee, wo sich die Teilnehmer für den Rückweg stärken. Am frühen Abend Ankunft in Franken. Kosten und Anmeldung: Die Kosten für diese fünftägige Reise in die pommersche Heimat werden sich auf zirka 300 Euro im Doppelzimmer belaufen. Inbegriffen sind Halbpension und Fahrtkosten. Anmeldungen bitte an Lm. Kösling, Telefon (09831) 611665, richten.

Ansbach – Sonntag, 29. September, Stadthalle „Kasten“, Feuchtwangen: Tag der Heimat. Zum Leitwort „Unser Kulturerbe – Reichtum und Auftrag wird Bundesminister a. D. Carl-Dieter Spranger, Ansbach, sprechen. Anschließend findet eine kulturelle Reise durch die Heimatgebiete statt. Busabfahrt: Heilsbronn, katholische Kirche 12.45 Uhr, Ansbach, Christ-König 13 Uhr, Fahrrad Maicher, Schalkäuser Straße 13.05 Uhr, Feuchtwangerstraße/ Danziger Straße 13.10 Uhr, Dinkelsbühl, Mönchsrother Straße 13.45 Uhr. Die Rückfahrt ist ab 17.30 Uhr. Fahrtkosten sind frei.

Bamberg – Mittwoch 16. Oktober, 15 Uhr, Café Graupner, Lange Straße 5: Erntedank – Ein wichtiges Datum in Ostpreußen.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

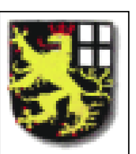
Starnberg – Donnerstag, 10. Oktober, 15 Uhr, Bayerischer Hof: Erntedankfeier.

Ulm/Neu-Ulm – Sonntag, 13. Oktober, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Erntefest der Kreisgruppe. Es gibt herbstliche Gedichte und Vorträge. Der Chor Alexander Diehl trägt einige Lieder vor. Gäste sind herzlich willkommen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Mohrungen – Donnerstag, 3. Oktober, 15 Uhr, Restaurant Sternstunde, Kreuznacher Straße 29, 14197 Berlin: Erntedankfest. Anfragen bei Ursel Dronsek, Telefon 2614338.



Bartenstein – Sonnabend, 5. Oktober, 14 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Kirchenstraße 1–3, 14163 Berlin, Zimmer 21: Erntedankfest mit Tombola. Anfragen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.



Wehlau – Sonntag, 6. Oktober, 15 Uhr, Gasthaus Linden Garten, Alt Buckow 15a, 12349 Berlin; Treffen der Gruppe. Anfragen bei Lothar Hamann, Telefon (030) 6633245.



Frauengruppe – Mittwoch, 9. Oktober, 13.30 Uhr, Kaffee Tam, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin. Vortrag „Wie schützen Sie sich im Alter“. Beratung eines Kriminalbeamten. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Heilsberg/Rößel – Donnerstag, 12. Oktober, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte „Maria Rimkus

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16



Haus“, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Erntedankfeier. Anfragen für Heilsberg bei Benno Boese, Telefon (030) 7215570, für Rößel bei Ernst Michutta: (05624) 6600.



Rastenburg – Sonntag, 13. Oktober, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Erntedankfeier. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

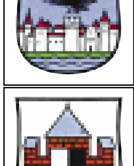




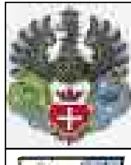
Gumbinnen/Johannisburg/Lötzen/Sensburg – Dienstag, 15. Oktober, 13 Uhr, Restaurant Macedonia, Hans-Sachs-Straße 4 F, 12205 Berlin (am S-Bahnhof Lichterfelde West): Erntedankfest. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.

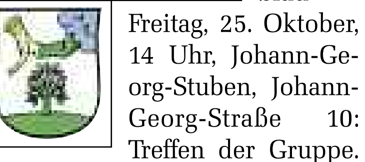


Pillkallen/Schloßberg – Dienstag, 15. Oktober, 14 Uhr, Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin: Erntedankfeier. Anfragen bei Helga Rieck, Telefon 6596822.

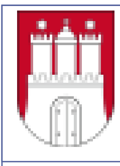


Tilsit-Ragnit/Tilsit-Stadt – Sonnabend, 19. Oktober, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Hermann Trilus: (03303) 403881.





Königsberg/Samland/Labiau – Freitag, 25. Oktober, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10: Treffen der Gruppe. Informationen bei Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 28. September, Gerhart-Hauptmann-Platz (Mönckebergstraße): Heimatmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften. Platzkonzert des Musikzuges der Freiwilligen Feuerwehr Willinghusen und des Spielmannzuges „Powerband 93“. Der Ostpreußenstand ist bei der Veranstaltung mit einem Angebot heimatlicher Köstlichkeiten und Literatur vertreten.

KREISGRUPPE



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: bei Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



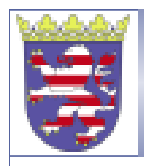
Osterode – Sonnabend, 28. September, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572 (unmittelbar am U- und S-Bahnhof Ohlsdorf gelegen): Erntedankfest. Nach der gemeinsamen Kaffeetafel singen die Teilnehmer zusammen Lieder zum Erntedank. Eine Spende für den Erntetisch wird dankbar entgegengenommen. Gäste sind jederzeit willkommen. Der Eintritt ist frei.

BEZIRKSGRUPPE

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 30. September, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 188 (Bus 443 bis Waldquelle): Treffen der Gruppe. Die Teilnehmer erinnern sich an die ehemalige Kornkammer Deutschland und an die Menschen, die in leidenschaftlicher Arbeit die Ernten eingebracht haben.

SALZBURGER VEREIN

Sonnabend, 5. Oktober, 13 Uhr, Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41: Treffen der Gruppe. Zu folgendem Programm wird herzlich eingeladen: DVD-Video-Präsentation „Ostpreußisches Tagebuch – eine Dokumentation“, Teil 2, sowie Bildserie „Jahrestreffen Salzburger Verein 2013 in Prenzlau und Wolgast“. Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt – Sonnabend, 12. Oktober, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Monatstreffen. Nach der Kaffeetafel Erntedank mit musikalischer Begleitung.

Fünfte Medikamenten Spende bei der Deutschen Gruppe Mauersee, Angerburg abgeliefert: Große Freude herrschte am 17. August in Ogonken bei Herta Andrulonis, der Vorsitzenden der Deutschen Gruppe Mauersee, als Herr Sven Ceranka, vom Fahrradhaus Vatter in Rüsselsheim mit seiner Frau Iwona, die aus Goldap stammt, Medikamente und vier Rollatoren ablieferte. Die vier sehr gut erhaltenen Rollatoren hatte Herr Ceranka besorgt. Die Medikamente waren von der Rathaus Apotheke in Trebur, der Igel Apotheke in Astheim und der Hubertus Apotheke in Geinsheim eingesammelt worden. Dies waren insgesamt 128 Kapseln, 2897 Päckchen, verschiedene Medikamente und 20 Fertig-Spritzen. Unser besonderer Dank geht an die Apotheken, die es ermöglichten, dass diese Hilfssendung zustande kam. Medikamente, die nur auf Rezept ausgegeben werden können, übergab die Johanniter Station dem Angerburger Krankenhaus.

Kassel – Donnerstag, 10. Oktober: Bildvortrag von Norbert Leder über das Thema „Nidden, Thomas Mann und die Künstlerkolonie“.

Wetzlar – Am 14. 0ktober spricht die Kulturbeauftragte Karla Weyland in den Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128, ab 18 Uhr im Rahmen des Erntedankfestes über die Bedeutung der Störche in Natur und Literatur. Beim Treffen der Landsmannschaft im September hat Gerlinde Groß ein finsteres Kapitel im Geschichtsbuch des römisch-katholischen Erzbistums Salzburg aufgeschlagen, als sie über das Schicksal der evangelischen Christen im Salzburger Land in den Jahre 1731/32 sprach. Diese waren damals auf Betreiben von Erzbischof Leopold Anton von Firmian und seines Kanzlers Hieronymus Cristani von Roll unter Anwendung von militärischer Gewalt wegen ihres evangelisch-lutherischen Glaubens aus ihren Bergdörfern im Pongau vertrieben worden.

Während des Winters 1731/32 hätten 20 000 evangelische Christen ihre Berghöfe verlassen müssen, berichtete die Vorsitzende der Frankfurter Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen. Die Bergbauern von ihrem lutherischen Glauben abzubringen, sei an deren Glaubenstreue gescheitert. Daraufhin seien sie „schlimmen Drangsalierungen der Kirche“ ausgesetzt gewesen. Als „Rebellen und Leibeigene des Teufels“ seien sie bezeichnet und ihre Kinder in Waisenhäuser verschleppt worden. Schließlich habe das habsburgische Militär beim Wintereinbruch die Bergbauern mit ihren Familien auf die Straße gesetzt. Die leer stehenden Gehöfte seien anschließend von in Bayern angeworbenen Bauern in Besitz genommen worden. Der Preußenkönig Friedrich Wilhelm I. (1688 bis 1740) habe schließlich durch seine Siedlungspolitik in Brandenburg-Preußen „zur Lösung der Katastrophe“ beigetragen und die Salzburger Emigranten unter seinen persönlichen Schutz gestellt, führte Gerlinde Groß aus. „Kinder, ihr sollt es bei mir gut haben“, soll der Soldatenkönig bei der Begrüßung der ersten Flüchtlinge in Potsdam ausgerufen habe. Allerdings, so Groß einschränkend, habe sein Land damals unter einem großen Bevölkerungsschwund gelitten. Die Pest habe ganze Landstriche entvölkert und die Salzburger Glaubensflüchtlinge hätten sich mit ihren beruflichen Fähigkeiten in den Städten und auf den Dörfern Brandenburgs, West- und Ostpreußens als Nothelfer erwiesen. Die einheimische Bevölkerung hätte die Vertriebenen „durchweg“ mit Wohlwollen aufgenommen. Konflikte „wegen deren anderen Sitten und Essgewohnheiten“ hätten sich in Grenzen gehalten. „Meine neuen Landeskinder entwickelten sich zum Segen für ihre neue Heimat“, habe Friedrich Wilhelm I. später geurteilt. Der Durchzug der Salzburger Glaubensflüchtlinge durch Sachsen im Jahr 1732 habe den Leipziger Thomaskantor Johann Sebastian Bach zur Komposition der Kantate „Ich will den Kreuzstab gerne tragen“ angeregt. Johann Wolfgang von Goethe habe das Schicksal der Salzburger Emigranten in seinem Drama „Hermann und Dorothea“ angesprochen, ergänzte Gerlinde Groß ihren Vortrag.

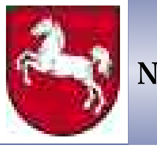
Wiesbaden – Dienstag, 8. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Die Frauengruppe trifft sich zur Erntedankfeier.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Neubrandenburg – Sonnabend, 5. Oktober, 10 bis 17 Uhr, Jahn-Sport-Forum Neubrandenburg, Schwedenstraße/Kulturpark: 18. Landestreffen der Ostpreußen. Zu diesem großen Wiedersehen werden etwa 2000 Besucher erwartet. Angehörige und Interessenten sind herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgewiesen, wo man Landsleute aus der Heimat treffen kann. Das reiche Kulturprogramm wird gestaltet vom Jugendblasorchester Grimmen, dem Shanty-Chor „De Klaashahns“ Warnemünde, den Tanzgruppen und Chören aus Masuren, Gumbinnen und dem Memelland sowie von Heimatsänger BernStein. Schirmherrin ist die Justizministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Uta-Maria Kuder. Als Ehrengäste haben sich unter anderem der Botschafter der Republik Litauen in Deutschland, S. E. Deividas Matulionis, und der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, angekündigt. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur und Bärenfang sowie genügend Parkplätze gleich an der Halle ist gesorgt. Informationen gegen Rückporto bei Manfred Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245 688. Günstige Hotelpreise für Gruppen: Doppelzimmer mit Frühstück 30 Euro pro Person, Einzelzimmer mit Frühstück 55 Euro. Bitte direkt buchen, solange Plätze frei sind: Hotel am Ring GmbH, Juliane Feix, 17033 Neubrandenburg, Große Krauthöferstraße 1, Telefon (0395) 556-0, E-Mail: feix@hotel-am-ring.de, Kennwort: „Ostpreußentreffen Jahnsportforum“.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Freitag, 18. Oktober, 15 Uhr, Inselrestaurant: Kulturveranstaltung des BdV-Kreisverbands Stade unter dem Motto „Vom Glatzer Land zum Ostseestrand“. Heiteres und Besinnliches über die Heimat, dazu viel Musik. Unkostenbeitrag für Eintritt und Kaffegedeck 10 Euro. Um Anmeldung bis zum 10. Oktober bei Familie Wander, Telefon (04161) 87918, wird gebeten.

Hannover – Freitag, 11. Oktober, 14.30 Uhr, Ihmeblick, Roesebekkstraße 1: Erntedankfest mit Musik und Erntegaben.

Helmstedt – Donnerstag, 10. Oktober, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen der Gruppe.

Osnabrück – Sonntag, 29. September, 15 Uhr, Parkhotel Osnabrück: Erntedanknachmittag. Anmeldung erbeten bei Gertrud Franke, Telefon 67479, oder Gerhard Reihs, Telefon 83646. – Freitag, 18. Oktober, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Sonnabend, 5. Oktober, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Erntedankfest. – Montag, 7. Oktober, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Zusammenkunft der Frauengruppe. – Donnerstag, 10. Oktober, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Ostpreußisch Platt. – Donnerstag, 17. Oktober, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Literaturkreis.

Bonn – Sonnabend, 28., und Sonntag, 29. September: Jahresausflug nach Worms. Abfahrt 9 Uhr vom Rheinufer unterhalb der Beethovenhalle. – Dienstag, 1. Oktober, 18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brandström-Straße 74: Vortrag von Joachim Ruhnau „Das Meer, die Haffs, Seen, Flüsse und Wälder – Schätze der Prußen“.

Düren – Mittwoch, 9. Oktober, 18 Uhr, HDO, Holz Straße 7 A: Monatliches Treffen der Gruppe.

Ennepetal – Sonnabend, 12. Oktober, 16 Uhr, Rosine: Erntedankfest.

Essen – Freitag, 18. Oktober, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth; Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Erntedankfest.

Gütersloh – Donnerstag, 10. Oktober, 15.30 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Treffen der ostpreußischen Frauengruppe.

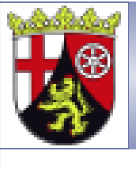
Hemer – Sonnabend, 28. September: Hemeraner Festtage. Teilnahme der LOW Hemer mit einem Informationsstand.

Leverkusen – Sonnabend, 5. Oktober, 15 Uhr, Haus Klippenberg, Oberbüscherhof: Die Gruppe feiert gemeinsam mit ihren Mitgliedern und Gästen das traditionelle heimatbezogene Erntedankfest „Wie daheim war“ mit der Erntemannschaft, den Kulturgruppen, der Tanzgruppe, dem Chor Heimatmelodie und der Laiengruppe. Zu Beginn gibt es Kaffee und Kuchen. Informationen bei Anna Pelka, Telefon (0214) 95763.

Mülheim an der Ruhr – Dienstag, 8. Oktober, 15 Uhr, Handelshof: Mitgliederversammlung. Referat der Vorsitzenden zum Thema „Kaiser Wilhelm II. und seine Zeit“. Anschließend traditionelles Königsberger-Klopse-Essen.

Neuss – Sonntag, 6. Oktober, Einlass 14 Uhr, Beginn 15 Uhr, Marienhaus, Kapitelstraße 36: Erntedankfest der Ostpreußen mit Gedichten, Liedern und Tanz unter der Erntekrone.

Viersen-Dülken – Wir treffen uns zur diesjährigen Erntedankveranstaltung am Sonnabend, 28. September, 15 Uhr im „Dülkener Hof“, Lange Straße 54. Auch in diesem Jahr wird für Ihr leibliches Wohlbefinden in bewährter Weise gesorgt. Der Unkostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und ein Garantielos beträgt 6,50 Euro. Spenden für unsere Erntedankverlosung werden bis zum 27. September erbeten (An der Hees 15). Bringen Sie Freunde und Bekannte mit. Jeder zusätzliche Gast sichert das Fortbestehen unserer Gruppe und ist herzlich willkommen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Ludwigshafen/Rhein – Freitag 11. Oktober Treffen der Gruppe um 15 Uhr bei Neuem Wein und Zwiebelkuchen in Ludwigshafen-Gartenstadt, Forsterstr. 1.

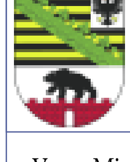
Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen. – Sonnabend, 5. Oktober, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: Erntedankfest. Gaben für den Erntetisch werden gern entgegengenommen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 5. Oktober, 14 Uhr, Eschemuseum: Die Gruppe feiert ihr Erntedankfest.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 14. Oktober, 14 Uhr, Krötenhof: Erntedankfest.

Halle – Freitag, 4. Oktober, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54: Treffen der Gruppe.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Magdeburg – Dienstag, 8. Oktober, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen – Freitag, 11. Oktober, 15 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Sonntag, 13. Oktober, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Erntedankfest mit Hausschlachte-Essen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Nach Begrüßung der September-Runde durch die Vorsitzende las Katharina Makarowski aus „Ostpreußische Sagen von Land und Leuten aus früheren Zeiten“ von Christa Hinze und Ulf Diederich eine Sage aus Johannisburg. Auch damals schon lehnten sich die Bürger gegen die Maßnahmen der Obrigkeit auf, was diese dann im Jüngsten Gericht zu verantworten hatte. Georg Baltrusch hatte eine Geschichte von der Geburtstagsfeier einer Hundertjährigen mitgebracht, die sich guter Gesundheit erfreute. Schon Jahrzehnte vorher hatte eine Verwandte ihren schlechten Gesundheitszustand beklagt – vielleicht im Hinblick auf ein mögliches Erbe? Fazit der Geschichte: ein Altenheim ist nichts für alte Leute. Über die Gedenksteine auf den Friedhöfen in unserer Heimat sprach Gisela Brauer. Auch auf einigen Friedhöfen im Kreis Marienwerder sind mit Genehmigung der polnischen Behörden und der katholischen Kirchengemeinden Gedenksteine vom Heimatkreis in Verbindung mit der deutschen Minderheit aufgestellt worden, und zwar zur Erinnerung an die evangelischen und katholischen Verstorbenen in polnischer und deutscher Sprache. Auf einem solchen Gedenkstein auf einem ehem. Danziger Friedhof lasen wir: „Zur Erinnerung an die Deutschen, die auf heute nicht mehr bestehenden Danziger Friedhöfen begraben wurden...“ Dann las Katharina Makarowski das Gedicht „Masurenland“ aus dem Sensburger Heimatbrief Nr. 56, das eine nach dem Krieg nach Kanada ausgewanderte Ostpreußin geschrieben hat im Gedenken an ihre ostpreußische Heimat. Eine lebhafte Aussprache gab es zu allen Themen des Nachmittags.

Malente – Die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen sowie Schlesier lädt zu einer Erntedankfeier ein am Sonntag, 6. Oktober, 15 Uhr in der Maria-Magdalenen-Kirche. Pastor Becker wird zum Erntedankfest sprechen. Die Anmeldung ist bis zum 28. September im Blumenhaus Franck in der Bahnhofstraße vorzunehmen. Um zahlreichen Besuch wird gebeten. Gäste sind herzlich willkommen. Im Anschluss findet im Haus der Kirche, Janusallee 5, in Malente ein gemütliches Beisammensein bei Kaffee und Kuchen statt, wobei jeder durch persönliche Beiträge zum Gelingen des Nachmittags beitragen kann.

Flensburg – Sonntag, 6. Oktober, 11.15 Uhr: Erntedankfest in der St. Marienkirche. Anschließend Mittagessen im Restaurant Hansens Brauerei. Um Anmeldung bis zum 29. September bei Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816, wird gebeten. Anregungen, Vorschläge für die Planungen von Veranstaltungen des Jahres 2014 bitte an den Vorsitzenden richten.

Ostpreußisches Landesmuseum

Impressionen aus Masuren und Krakau

Das Ostpreußische Landesmuseum Lüneburg (OL) unternimmt regelmäßig Mal- und Kulturreisen für alle Kreativen und Kunstinteressierten, die die Kultur des ehemaligen Ostpreußen kennenlernen wollen. Die Ergebnisse aus zwei Malreisen nach Masuren und Krakau werden in einer neuen Sonderausstellung präsentiert.

In „Impressionen aus Masuren und Krakau“ zeigt das OL vom 5. Oktober bis zum 3. November wie Künstler die ostpreußische Heimat heute sehen. Die Lüneburger Künstlerin Gudrun Jakubeit und Agata Kern, Kulturreferentin am Ostpreußischen Landesmuseum, begleiteten die Reisen, auf denen besonders spannende und ausdrucksstarke Werke entstanden sind. *PAZ*

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: Stadt-Allenstein@t-online.de

58. Jahrestreffen

Nahezu 350 Allensteiner aus Stadt und Land fanden sich vom 13. bis 15. September in Gelsenkirchen zum diesjährigen Treffen ein. Den Auftakt bildete die Stadtversammlung am Freitagnachmittag, zu der 11 der 14 Stadtvertreter erschienen waren. Der Vorsitzende Gottfried Hufenbach begrüßte die anwesenden Stadtvertreter, die Angehörigen der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit und besonders unser Ehrenmitglied Dr. Ernst Jahnke, der sich trotz seines hohen Alters und gesundheitlicher Beschwerden den nicht hatte nehmen lassen, zu unserem Jahrestreffen zu kommen.

Der Vorsitzende berichtete über seine diesjährigen Besuche in Allenstein und das Sommerfest der deutschen Vereine in Osterode. Im neuen Amphitheater an der Seepromenade wurde ein abwechslungsreiches, farbiges Programm geboten, zu dem die Chöre und Musikgruppen der Vereine sowie eine Tanzgruppe aus Schlesien beitrugen. Während des Aufenthalts in Allenstein wurde auch mit der Auszahlung der Bruderhilfe begonnen.

Den Berichten über die Arbeit der Geschäftsstelle folgte eine ausführliche Darstellung der Tätigkeit der AGDM, die neben dem Angebot von Sprachkursen und der Betreuung zahlreicher, auch prominenter Besucher ein umfangreiches kulturelles Programm umfasst. Lesungen und Ausstellungen im Haus Kopernikus, das Fest der Minderheiten und der Weihnachtsmarkt sind nur einige der durchgeführten Veranstaltungen.

Nach den Berichten des Schatzmeisters und der Kassenprüfer, die die ordnungsgemäße Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2012 bestätigten, wurde der Vorstand entlastet, und man konnte den Tag mit einem fröhlichen Beisammensein in der Gaststätte Dubrovnik ausklingen lassen.

Mit einer ökumenischen Gedenkandacht und der Kranzniederlegung an der Gedenktafel für die verstorbenen Allensteiner in der Propsteikirche begannen die Veranstaltungen am Samstag. Anschließend nahmen etliche Besucher die Gelegenheit wahr, unser Heimatmuseum „Treudank“ zu besichtigen.

Gegen Mittag fanden sich die ersten Besucher in Schloss Horst ein, und zu Beginn der Feierstunde waren alle Plätze in der trotz mancher Regenwolken lichtdurchfluteten Glashalle besetzt. Nach Begrüßung und Totenehrung erinnerte der Vorsitzende daran, dass im kommenden Jahr die Patenschaft der Stadt Gelsenkirchen für die Allensteiner 60 Jahre besteht. Die Patenschaft sei im Jahre 1992 durch eine Städtepartnerschaft zwischen Gelsenkirchen und Olsztyn ergänzt worden. So habe die Patenschaft den Grundstein für eine der ersten Städtepartnerschaften gelegt, die zwischen einer polnischen und einer deutschen Stadt geschlossen wurden. Die Allensteiner hätten diese Entwicklung immer positiv begleitet und in einer Vereinbarung mit ihrer Heimatstadt und ihrer Patenstadt den Willen bekräftigt, die gute Zusammenarbeit der vergangenen Jahre fortzusetzen und die partnerschaftlichen Beziehungen weiter zu vertiefen. Daran würden sie auch in Zukunft arbeiten.

Das 20-jährige Jubiläum der Partnerschaft wurde im vergangenen Jahr in beiden Städten gefeiert: eine Delegation der Stadt Gelsenkirchen reiste Anfang Oktober nach Allenstein und eine Delegation der Stadt Olsztyn kam zum Jahrestag der Unterzeichnung der Partnerschaft im November nach Gelsenkirchen.

Er hob hervor, dass zur polnischen Delegation auch die Vorsitzende der Allensteiner deutschen Minderheit gehörte und zum Festakt im Schloss Berge der Vorsitzende der Stadtgemeinschaft eingeladen war. Er wertete dies als Zeichen, dass die Arbeit der deutschen Minderheit und der Stadtgemeinschaft als wichtiger Bestandteil der Städtepartnerschaft gesehen und anerkannt werde.

Nach dem Grußwort des Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Allenstein, Hans-Peter Blasche, und dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied würdigte Bürgermeisterin Preuß die positive Rolle der Stadtgemeinschaft in der Städtepartnerschaft zwischen Allenstein und Gelsenkirchen. Anschließend verlas G. Hufenbach ein Grußwort des Allensteiner Stadtpräsidenten. Mit der Nationalhymne endete die Feierstunde, die auch in diesem Jahr von dem Bläser- und Posaunenchor Erle umrahmt wurde.

Danach war der Besuch der Bücherstände sowie einer Ausstellung alter Postkarten von Bruno Mischke angesagt. Auch eine Ausstellung der AGDM, die sehr anschaulich die 20-jährige Entwicklung des Vereins darstellte, fand großes Interesse. Vorgestellt wurde auch das Hörbuch „Allenstein – Stadt meiner Jugend“, in dem mehrere Allensteiner von ihren Erlebnissen und Begebenheiten aus ihrer Heimatstadt vor 1945 erzählen. Das Hörbuch wurde von Gabriela Czarkowska-Kusajda in Zusammenarbeit mit der Stadtgemeinschaft und dem Ostpreußischen Kulturzentrum in Ellingen erstellt und soll rechtzeitig zu Weihnachten erscheinen.

Munteres Schabbern und die flotte Musik von Andreas Kokosch sorgten für gute Stimmung und besetzte Tische bis in den späten Abend. Mit den Gottesdiensten am Sonntag ging ein rundum gelungenes Jahrestreffen zu Ende.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Angerburger Kulturpreis 2014

Im Jahre 2014 wird der vom Patenkreis Rotenburg (Wümme) 1955 gestiftete Angerburger Kulturpreis vergeben. Dieser Preis in Höhe von 500 Euro wird alle drei Jahre verliehen. Der Preis wird ausgeschrieben für literarische und andere künstlerische und wissenschaftliche Arbeiten. Angerburger Künstler beziehungsweise Autoren oder den Kreis Angerburg betreffende deutschsprachige Arbeiten, in denen insbesondere seine Landschaft, menschliche Atmosphäre, Kultur, Wirtschaft und Geschichte, die Völkerverständigung oder eines dieser Gebiete künstlerisch oder wissenschaftlich behandelt werden. Als solche Arbeiten zählen auch Audio- und Video-Arbeiten. Es werden nur unveröffentlichte oder nach dem 21. Januar 1955 erstmalig veröffentlichte Arbeiten berücksichtigt. Die Arbeiten sind bis zum 28. Februar 2014 an den Landkreis Rotenburg (Wümme), Amt 80, Hopfengarten 2, 27356 Rotenburg (Wümme), unter dem Kennwort „Angerburger Kulturpreis“ ohne Absenderangabe einzureichen. Name, Anschrift des Verfassers und die unterschriebene Erklärung, dass der Einsender sich den Bedingungen des Wettbewerbs unterwirft, sind in einem gesonderten, gleichfalls verschlossenen Umschlag beizufügen. Über die Einsendungen entscheidet ein Preisgericht. Um rege Beteiligung bittet der Landkreis Rotenburg (Wümme).



ELCHNIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistreffen und Mitgliederversammlung

Vom Freitag, 13., bis Sonntag, 15. September, fand in Bad Nenndorf im Hotel „Esplanade“ das obige Treffen statt. Wie immer waren die Delegierten der Kreisgemeinschaft Elchniederung am Freitag 13.09. zur Sitzung geladen. Am Freitag ab 14 Uhr und Sonnabend ab 9 Uhr konnten die ersten Teilnehmer begrüßt werden. Viel Zeit zum Plachandern war zuerst nicht, da die Ausstellung vom Kultur-Zentrum Ellingen „Ostpreußen verzaubert“ zu se-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 18

hen war. Auch wurde ein Vortrag über das Moosbruch-Haus in Gromowo/Lauken und das Jagdschloss Pait von Herrn Jürgen Leiste, stellvertretender Vorsitzender von „Anthropos“, gehalten. Um 14 Uhr begann der offizielle Teil der Veranstaltung, die der Vorstandsvorsitzende eröffnete. Das Grußwort des Landrats des Patenkreises Grafschaft Bentheim wurde vorgetragen. Danach wurden die Toten geehrt. Die fälligen Wahlen zu den Kirchspiel-Vertretungen (Abgeordnete) konnten satzungsgemäß durchgeführt werden. Es wurden auch drei Ersatz-Delegierte gewählt, somit sind wir gut aufgestellt. Diejenigen, die Bildmaterial zur Verfügung stellten, konnten ihre Fotos gleich nach dem Einscannen wieder mitnehmen. Mit dem Ostpreußen-Lied klang der offizielle Teil aus. Es verblieb somit genug Zeit zum Plachandern, Gesang von Heimatliedern und Tanz bis in die späten Abendstunden.



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Goldap-Kalender 2014 ist da

Mit dem Goldap-Kalender der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen. e. V. durch das Jahr 2014. Endlich, nach mehreren Anläufen können wir den Goldaper Landsleuten und Freunden der Kreisgemeinschaft einen Goldap-Kalender als Wegbegleiter durch das Jahr 2014 anbieten. Wir haben uns nach dem Motto „Zukunft braucht Vergangenheit“ für Kalenderblätter mit zum Teil von uns noch nicht veröffentlichten historischen Ansichtskarten aus Stadt und Kreis Goldap und dazu passenden Zitaten entschieden. Dafür haben wir die Schatztruhe des Bildarchives im Patenschaftsmuseum „Goldap in Ostpr.“ in Stade geöffnet.

Die verschiedenen Motive, koloriert oder in schwarz/weiß, werden Ihnen gefallen. Wir glauben, dass Ihnen die Bilder der Heimat mit ihrer unvergleichlichen Schönheit als Begleiter durch das Jahr 2014 viel Freude bereiten werden. Da wir uns vorgenommen haben, diese Kalender in Serie fortzusetzen, kann sich der Goldap-Kalender durchaus als Sammelobjekt etablieren. Ein ideales Geschenk – für sich und andere.

Der Kalender (DIN-A4-Format) kann ab sofort bestellt werden bei: Brigitte Karow, Rosenweg 3, 21423 Winsen/Luhe, Telefon (04171) 61756, E-Mail: verkauf@goldap.de. Preis: 10,95 Euro zuzüglich Versandkosten.

Ansichten aus Goldap: Titelblatt des neuen Kalenders für 2014

Klavierabend zugunsten des Berliner Schlosses

Der aus Königsberg stammende Pianist Peter-Jürgen Hofer spielt am Sonnabend, 26. Oktober, um 18 Uhr in Hamburg zugunsten des Wiederaufbaus des Berliner Schlosses Werke von Bach, Mozart, Mendelssohn, Mussorgsky und Debussy. Ort: Lichtwarksaal der Carl-Toepfer-Stiftung, Neanderstraße 22. Eintritt: 30 Euro. Zusagen erbeten bis 18. Oktober unter info@meinschloss-shop.de. *PAZ*



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@ t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

»Teutonen«-Treffen

Sonnabend, 2. November, 14 Uhr, Treffen der „Insterburger Teutonen“ in der Gaststätte „Bürgerbräu“, Osnabrück, Blumenhaller Weg 43, zu einem gemütlichen Zusammensein. Alle aus Insterburg Stadt und Land Stammenden sind herzlich eingeladen.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Wahlergebnis

Unser Kreisausschuss hat am 31. August folgende Bezirks- und Ortsvertreter gewählt. Bezirksvertreter: Bezirk X Ebenfelde: Ulrich Palluck (Sieden), Ewartsweg 19, 52441 Linnich. Bezirk XI Vierbrücken: Eckhard Geyer (Statzen), Tunxdorfer Schleife 23, 30539 Hannover. Bezirk XII Kölmersdorf: Manfred Komossa (Langheide), Theodor-Heuß-Str. 30, 96215 Lichtenfels. Bezirk XIV Borken (kommissarisch): Siegmar Czerwinski, Quittenstr. 2, 53340 Meckenheim. Ortsvertreter: 007 Aulacken: Helga Buss, Schorlemerstr. 14, 59302 Oelde. 015 Borken: Erika Steiner, Dammstr. 13, 55411 Bingen. 032 Georgsfelde: Eva Laskowski, Tente 35, 42929 Wermelskirchen. 052 Herrnbach: Ewald Krutschinna, Schulze-Vellinghausen-Str. 3, 44894 Bochum. 074 Kutzen: Edith Donder, Halfengasse 23, 50735 Köln.



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, Fax (02552) 996905, E-Mail: derc@gmx.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Heinrichstraße 52, 45701 Herten, Telefon (0209) 357931, Internet: www.kreis-ortelsburg.de

65-jähriges Bestehen

Gut besucht war das diesjährige Treffen der Kreisgemeinschaft Ortelsburg im Kulturzentrum der Patenstadt Herne. Etwa 650 Menschen waren angereist. Mit zehn Personen war eine Delegation aus Szczytno gekommen, der Stadt, die bis 1945 den Namen Ortelsburg trug. Bürgermeisterin Birgit Klemczak wies auf die vorbildliche Integrationsleistung hin, die sowohl von den Ostpreußen als auch von den Menschen im Ruhrgebiet nach 1945 geleistet worden ist. In seiner Festansprache erläuterte Hans-Jakob Tebarth, Direktor der Martin-Opitz-Bibliothek, in welch hohem Maße sich die Kreisgemeinschaft von einer Vertriebenenorganisation als Selbsthilfeeinrichtung in eine Einrichtung der Völkerverständigung gewandelt hat: „Das ist mehr als erwähnenswert – das ist ausdrücklich hervorzuheben und zu loben. Ich hoffe, diese Leistung, die Verständigung und Versöhnung im höchsten Maße ist, ist oder wird auch der bundesdeutschen Mehrheitsbevölkerung bewusst.“ Hierzu passten die Grußworte von Jaroslaw Matlach, Landrat (Starost) des Kreises (Powiat) Szczytno, die von Natalia Jakubowicz, einem jungen Mitglied des „Kulturvereins Heimat“, in deutscher Sprache vorgetragen wurden: „Das sehr gute Verhältnis zwischen dem Landkreis Szczytno und der Kreisgemeinschaft Ortelsburg erlaubt uns, mit Optimismus in die Zukunft zu blicken. Die gemeinsamen Projekte, die auf beiden Seiten gut angenommen wurden, geben uns die Grundlage für weitere Zusammenarbeit.“ Für die nächsten Monate haben beide Organisationen die Veröffentlichung eines Bildbandes mit historischen Fotos geplant. Arbeitstitel: „Ortelsburg/Szczytno – vor dem Vergessen bewahren.“ Unterstützung sagte Arkadiusz Leska zu, der Vorsitzende der deutschen Minderheit. Dieter Chilla, Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Ortelsburg, bedankte sich bei den Mitgliedern für geleistetes Engagement im zurückliegenden Jahr: für den Einsatz im Museum an der Gräffstraße, für die vielfältige zwischenmenschliche Hilfe und für die zahlreichen schriftlichen Arbeiten und geschichtlichen Exponate zur historischen Forschung. Für besondere Verdienste zeichnete er Helga Frankiewicz, Herbert John, Christel Sender und Marc Plessa mit der Goldenen Ehrennadel der Kreisgemeinschaft Ortelsburg aus.

In seinen Schlussworten bedankte sich Edelfried Baginski, Ehrenvorsitzender der Kreisgemeinschaft, bei den vielen Helfern, die zum Gelingen dieses großartigen Treffens beigetragen haben, besonders bei dem Geschäftsführer Hans Napierski.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Johanna-Wolff-Schule

Zu unserem diesjährigen Schultreffen haben wir die Residenzstadt Gotha in Thüringen heimgesucht, und dies von Anfang bis Ende mit Bilderbuchwetter. Das Hotel „Zur Alten Druckerei“ war diesmal unser Domizil. Unsere Organisatorin Irmgard Steffen eröffnete das Treffen mit einem Gläschen Sekt und lud zur Kaffeetafel ein. Nach dem Abendessen gab es die Begrüßung durch unsere Vorsitzende Annemarie Knopf und Dankesworte von Elfriede Satzer. Das Schabbern wollte im Verlauf des Abends nicht aufhören. Am nächsten Tag brachte uns die Waldbahn zur Marienglashöhle in der Nähe von Friedrichroda, wo wir das faszinierende Naturwunder mit einem Höhlensee besichtigten. Die abendliche Filmvorführung „Die Reise nach Tilsit“ beeindruckte mit vielen heimatlichen Motiven. Das weitere Programm bescherte uns eine Besichtigung des Barockschlosses Friedenstein. Wir erlebten einen vergnüglichen Rundgang mit der „Lieblingszofe Minchen“. Es war eine Freude für uns von der „Schlorrenschule“, wieder so ein erlebnisreiches und harmonisches Treffen erleben zu dürfen.

Schwedenrätsel

Hader, Streit · Ein-gebung (lat.) · engl. Stadt in Cheshire, am Dee · Stoß-zahn-material · Beses-senheit · Selbst-sucht · Insel in der Ostsee · Zitter-pappel · unter-irdischer Weg · ver-steckt, un-bemerkt · eine Zahl · Einfall, Gedanke · römi-scher Dichter · zu etwas taugen, passen (sich …) · deut-scher Kaiser-name · Wohl-wollen · Salat-pflanze · ausge-zeichnet, prächtig (ugs.) · brei-artige Speise · Metall-bolzen · Bienen-züchter · Schutz für Wunden · schen-ken; für andere bezahlen · kurz und bestimmt · Farbe · Gewebe mit Wellen-muster · uner-messlich · Edelgas · Prophet und Buch des A. T. · Bitter-stoff in Geträn-ken · gefährl. Kunst-stück (Film) · Astro-loge Wallen-steins · eine der Gezeiten · Truthahn · Staat in Nahost, Persien · oberer Raum-ab-schluss · Un-beweg-lichkeit · dicklich, rundlich · griechi-sche Haupt-stadt · Kfz-Zeichen Peine · Farb-, Tinten-fleck · Ausdeh-nung, Aus-breitung · asiati-sches Gebirge · sauber, unbe-schmutzt · Ölbaum-frucht · Schiffs-fahrt · Unter-kunft, Wohnung · Satz-zeichen · chem. Zeichen für Helium · Samm-lung altnord. Dichtung · Oberteil aus Trikot-stoff · nicht außen · Nut-zungs-recht im MA. · Bundes-staat der USA · eng-lischer Hoch-adliger · Auslese der Besten · Organ des Harn-systems · Pfann-kuchen (ost-deutsch) · wortge-wandt, sprach-gewaltig · Gottes-leugner · Laub-baum · Teil des Auges · ein Woll-gewebe · Kehle · Trocken-becken im südl. Afrika · Klage-lied · törichter Mensch · Fuge, längli-che Ver-tiefung · Wäh-rungs-einheit · Kanton der Schweiz · italie-nische Wein-stadt · Holz-haufen für die Köhlerei · Ver-sehen, Fehler · Fluss durch München · ein Wurf-pfeil-spiel · Kommu-nika-tions-mittel · unecht wirken-des Ver-halten · Werk von Homer · kontra, anti · Säuge-tier-ordnung · arglos, kindlich unbe-fangen · ein Lied vortragen · jährlich wieder-kehren-des Fest · Winter-sport-gerät · zu der Zeit, während · einerlei; gleich-artig · Begeis-terung, Schwung · Finger-schmuck · chem. Zeichen für Gallium · Sied-lungs-kern · verfei-nerte Lebens-art · Hahnen-fuß-gewächs · Stadt in der Cham-pagne · Helden-gedicht · Reiz-leiter im Körper

PAZ13_39

So ist's richtig:

Schüttelrätsel: Z, O, STEHKRAGEN, RUBIN, ODER, AG, CARTER, INSEKT, ENZ

Mittelworträtsel: 1. bekannt, 2. Personal, 3. Kuenstler, 4. Klatsch, 5. Kraeuter, 6. Schwester, 7. Kompass – Kostüm

Magisch: 1. Brocken, 2. Scherbe, 3. Werbung

Schüttelrätsel

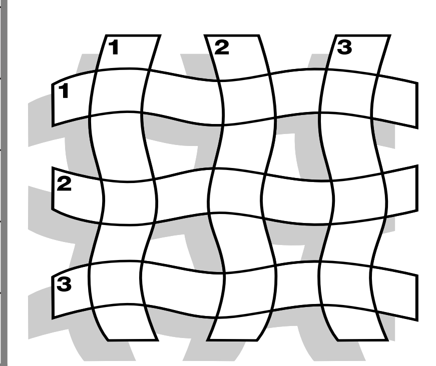
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AEEGH KNRST · ANRT · EGSUZ · CIKK · ANORT · EGOT · DEEN · ENRZ · BINRU · DEO · EIKN ST · ACER RT · ENZ

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Wort für eine Kombination aus Rock und Jacke.

1	STADT	GABE
2	PFLEGE	RAT
3	TAUSEND	KOLONIE
4	KAFFEE	SPALTE
5	HEIL	LIKOER
6	NACHT	LIEBE
7	KREISEL	NADEL



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 höchster Berg des Harzes
2 Bruchstück aus Glas
3 Reklame, Propaganda

Den Göttern sei Dank!

Das Erntedankfest entsprang dem Brauchtum der alten Germanen

Von den vielen Generationen vor uns haben wir gelernt, Schöpfungszusammenhänge zu erfassen und zu deuten, und da wir manche sogar beeinflussen können, fühlen wir uns anderen Kreaturen überlegen. Aber unsere Grenzen erkennend beugen wir uns in Demut vor dem unerklärbaren Schöpfungswunder. Auch unsere Freude am Schmücken gilt als Huldigung der Allmacht Gottes.

Unsere germanischen Ahnen gaben den unerklärlichen Naturgewalten Götternamen. Durch Opfergaben erbaten sie sich der Götter Gunst. Ihnen wurden Freudenfeuer entzündet, Ostara, der Frühlingsgöttin, dankte man mit frischen Eiern. Juweliere schufen dafür sogar Kunstwerke aus edlem Material. Aber was verheißen kostbare Steine, Gold und Silber vor der Freude, einen notvollen Winter überstanden zu haben? Wer je gehungert und erbärmlich gefroren hat, weiß, was es bedeutet, ein besonderes Brot zu backen, sich an einen liebevoll gedeckten Tisch setzen zu dürfen. Freia, die ährentragende Mutter der germanischen Gottheiten, durfte auch ein Fest erwarten!

Das Klima unserer nordeuropäischen Zone, die Weltschau und die Macht der Herrschenden haben sich – das konnten uns Forscher und Historiker beweisen – sehr verändert. Ehrfurcht und Demut vor dem, was größer ist als Herrschermacht und Mannesstärke, sind geblieben.

Das Winden des Erntekranzes, die Feiern zum Erntedank haben sich aus dem Bewusstsein großer Ehrfurcht und Dankbarkeit als Rituale lebendigen Brauchtums nicht nur germanischer Volksstämme erhalten. Sie werden europaweit und auch in Übersee gepflegt, sind ein religiöses Anliegen der Menschen und Ausdruck ihrer Freude und Dankbarkeit. Der Ährenstrauß. besonders aber der Ährenkranz, sind dem Kreislauf der Sonne nachempfunden und sollen der Allmacht des Schöpfers in Dankbarkeit huldigen! Sie ist gegenwärtig und verdient viel Lob!

Aber auch dem hiesigen Arbeitgeber, allen Bauern und ihren Helfern wird gedankt an diesem besonderen Tag der Freude. Der Winter wird kommen – aber zu seinem Empfang sind Scheuern und Speicher gefüllt! – Heute darf gefeiert werden mit gutem Schmaus, Musik und Tanz. „Herrgott, wir danken dir!“ – Der Pfarrer hielt eine gute Predigt.

Bald steigt der köstliche Bratenduft aus der Küche auch über die Tische, dass allen, die am Einbringen der Ernte beteiligt waren, auch die Freude auf das gute Essen anzusehen ist. Die Musik spielt sich ein. Das Tanzbein darf nachher geschwungen werden, und manche Jungmänner lassen ihre Augen schweifen. Wirklich fein haben sich die Maiden herausgeputzt! Es wird Zeit, auf Brautschau zu gehen.

Zunächst aber, ihr zukünftigen Liebesleute und auch ihr, die ehr euch bereits gefunden habt, ihr lieben Mütter und Väter, verweilt und schaut euch an, was die Kinder gebastelt haben, hört ihre Lieder und klatscht, wenn sie tanzen!

Erntedank geht alle an: den Großvater, die Großmutter, die noch immer schaffend das Ihre zum Zusammenhalt und Wohlsein der Familie beisteuern, die eine große Verantwortung tragende Meistergeneration und das ungeduldige junge Volk, das auch hart gefordert wurde, um den Erntesegen erwarten zu dürfen und sicher in die Scheuer zu bringen.

Bevor aber die Suppe aufgetragen ist, spricht der Bauer das Dankgebet:

„Alle guten Gaben. Alles, was wir haben, kommt, o Herr, von Dir! Dank sei dir dafür!“

Anne Bahrs

Üppige Ernte: kunstvoll gewundene Erntekrone mit Frucht- und Gemüsegaben im Dom von Eichstätt an der Altmühl Bild: action press

Ein guter Helfer weniger

Ohne »Kirche in Not« gibt es keine Vertriebenenseelsorge mehr

Nach der Abwicklung des Königsteiner Albertus-Magnus-Kollegs 1996 soll nun auch das internationale Büro von „Kirche in Not“ Königstein im Taunus verlassen. „Damit verlieren wir abermals ein Stück Heimat“ protestiert Rudolf Grulich, der wissenschaftliche Direktor des Instituts für Kirchengeschichte von Böhmen, Mähren und Schlesien in Nidda.

Ausgerechnet im Jubiläumsjahr des Gründers von „Kirche in Not“ – Pater Werenfried van Straaten wäre am 17. Januar 100 Jahre alt geworden – werden die katholischen Vertriebenen von Plänen überrascht, wonach dieses internationale Büro des Hilfswerks Königstein verlassen soll.

Für die Gebäude sei zwar eine Sanierung nötig, bei welcher der Denkmalschutz sicher ein gewichtiges Wort mitreden wird. Aber deshalb die Zentrale verlassen? Wer in Vertriebenenkreisen bei Heimattreffen und Seminaren sowie auf Fahrten in verschiedene Länder, vor allem nach Osteuropa, erlebt hat, wie bekannt dort der Name Königstein ist, könne von den Plänen nur betroffen sein, die von der Direktorenkonferenz des Hilfswerks und seinem Generalrat vorgelegt werden, so Grulich.



Protestiert gegen den Auszug von „Kirche in Not“ aus Königstein: Theologe Rudolf Grulich Bild: BdV-Hessen

Das katholische Hilfswerk „Kirche in Not“ ist 1947 im belgischen Tongerlo entstanden und seit dem ersten Besuch des „Speckpaters“ 1948 in Königstein untrennbar mit dem Werk der Ostpriesterhilfe und den Kongressen „Kirche in Not“ in Königstein verbunden. Als Pater Werenfried nach dem Tod von Weihbischof Adolf Kindermann sein römisches Büro nach Königstein verlegte, sei er noch mehr zum „Königsteiner“ geworden.

„Kirche in Not“, so der Theologe und Kirchenhistoriker Grulich, ist heute in über 140 Ländern der Welt tätig, aus denen Bischöfe, Kardinäle und Ordensobere ihre Hilfsgesuche nach Königstein richten. Königstein habe mit dem „Pater-Werenfried-Platz“ und dem Denkmal für die drei Königsteiner Kirchenväter Bischof Maximilian Kaller, Weihbischof Adolf Kindermann und Pater Werenfried van Straaten die Bedeutung des legendären „Speckpaters“ erkannt und gewürdigt. Die Königsteiner Bürger hätten Unterschriften gesammelt und das Haus der Begegnung, das mit Pater Werenfrieds Hilfe errichtet wurde, vor dem Abbruch gerettet. „Außerdem geht es um Wohnungen im Unterhaus und zwei dazugehörige Gebäude und um zahlreiche Arbeitsplätze in der Zentrale von „Kirche in Not“ in Königstein“, sagt Grulich.

Kenner bedauerten, dass eine neue Generation von Mitarbeitern und vor allem die meisten Direktoren und Geschäftsführer der 16 nationalen Büros die Bedeutung Königsteins für das Werk nicht mehr kennen. „Königstein ist heute nicht nur in aller Welt ein Begriff, sondern bedeutet für die Menschen, die seit 1947 von ihm Hilfe bekommen haben, sehr viel. Es ist ein Stück Heimat“, betont Grulich. Er wies auch darauf hin, dass mit der Abwicklung des Königsteiner Albertus-Magnus-Kollegs seit 1996 leider auch die Weichen gestellt wurden für das Ende der katholischen Vertriebenenseelsorge. Die geplante Abwanderung von Königstein sei auch eine Abwendung vom Geist des Gründers. Grulich hob hervor, dass für deutsche Wohltäter des Werkes der Name Kirche in Not „Königstein“ bedeute. Das sei bei den Tagen der offenen Tür in Nidda immer wieder zu spüren, wenn am dortigen Speckpaterplatz die Gäste als Zeitzeugen spontan ihre Erfahrungen über den Karlspreisträger Werenfried austauschten.

Grulichs Anregungen zu Tagesfahrten der Vertriebenen ins Werenfried-Zentrum in Königstein seien auf fruchtbaren Boden gefallen. Er habe schon Bitten für Führungen bis zum Sommer 2014. Eine Verlegung der internationalen Zentrale sei deshalb eine Zäsur, die einen Abschied von Pater Werenfried bedeute und einen Abschwung des Werkes in Deutschland und anderen Büros, die noch wüssten, was Königstein für das Werk bedeute. Der internationale Vorstand von Kirche in Not sollte alles tun, um den Schaden abzuwenden. *PAZ*

Einfluss vieler Völker

Reise mit Hindernissen – Wer die wunderliche Welt Ostanatoliens erleben will, muss erst einige Schlagbäume überwinden

Warum bis ins Kurdengebiet im äußersten Osten der Türkei reisen, wenn es bekannte Urlaubsziele auch am Schwarzen Meer gibt? Weil es dort touristisch nicht überlaufen ist und trotzdem viel zu sehen gibt, meint unser Autor, der ein besonderes Reiseerlebnis unter hilfsbereiten und warmherzigen Menschen hatte.

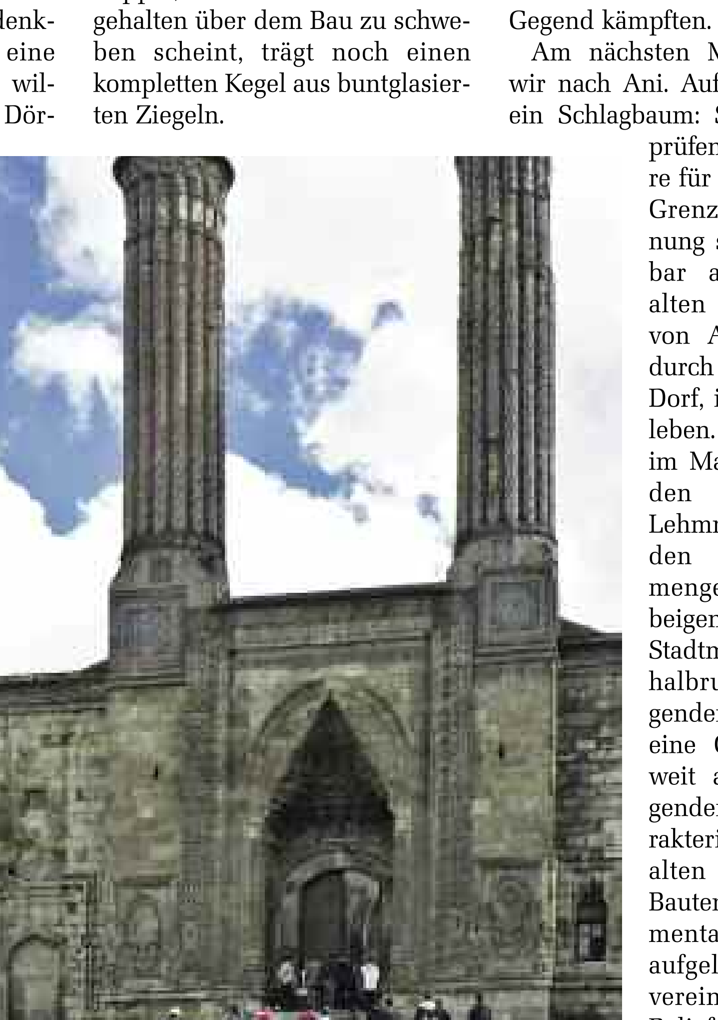
Reist man von Georgien kommend am Rand des Kleinen Kaukasus in den Osten der Türkei ein, staunt man über den Zustand der letzten Straßenkilometer vor der Grenze: zwischen waschbekkentiefen Schlaglöchern sind die Reste der Asphaltdecke nur noch zu erraten. Der Grenzposten ist eine provisorisch wirkende Ansammlung von Häuschen, Fahrzeughallen und Zäunen.

Dahinter fällt sofort der Kontrast zwischen dem etwas heruntergekommenen Georgien und der Türkei auf, wo Straßen, Häuser und Äcker sichtlich instandgehalten werden. Sogar die nussbraunen Kühe wirken gepflegter. Es dauert keine zehn Minuten bis zur ersten Kontrolle durch die Militärpolizei: Ein auf die Straße gestelltes Stoppschild flankieren zwei Wehrpflichtige mit Sturmgewehren, ihr Vorgesetzter blättert gründlich unsere Papiere durch. Diese Kontrollen gehören auch im Norden Ostanatoliens zum Straßenbild.

Die Flanken der gerundeten grünen Bergkuppen fallen steil ab in bewaldete Täler, von oben besehen wirkt die Landschaft wie in den Alpen – wenn nicht aus jedem Dörfchen wie ein Zettelspieß ein Minarett herausragen würde. Die Straße schlängelt sich über Höhenzüge und wieder hinunter zu Flüssen, bis die Auffahrt zu einem 2540 Meter hohen Pass beginnt. Hier oben wächst nur noch Steppengras zwischen grobem Geröll, und noch jetzt, im Sommer, verläuft die Fahrbahn zwischen Wänden aus Altschnee. Hinter diesem Gebirgszug weitet sich eine karge Hochebene mit dem Städtchen Ardahan.

Endlose Serpentinen schlängeln sich auf der anderen Seite durch üppigen Wald hinab an den Grund der Kerbe, die ein Fluss ins Gebirge geschnitten hat. Der Horizont verläuft als Zackenlinie in 3000 Metern Höhe – blaugrau mit weißen Schneeflecken grenzen die Kaçkar-Berge das Binnenland vom Schwarzen Meer ab. Hinter jeder Biegung öffnen sich grandiose Aussichten auf hohe, bizarr geformte Felsmassen.

In der Ortschaft Yusufeli sieht man fast nur Männer, die zu zweit oder in Grüppchen zusammenstehen oder spazieren gehen. Die zwei, drei Pensionen liegen alle beieinander – direkt am Fluss Çoruh, dessen Rauschen unser winziges Zimmer erfüllt. Am nächsten Tag besuchen wir zwei der Kirchen, die aus der Zeit stammen, als dies noch georgisches Land war. Das liegt tausend Jahre zurück. Die meisten sind Ruinen; manche werden als Moschee genutzt, was eine elementare Instandhaltung gewährleistet. Auch ohne diese Baudenkmäler wäre die Gegend eine Sehenswürdigkeit für sich – wildes Wasser, zerklüfteter Fels, Dörfer im Schatten schlanker Pappeln und im Hintergrund Hochgebirge.



Monumentalbau: Die Çifte Minareli Medrese, das Doppelminarett, in Erzurum aus dem Jahr 1260 Bild: Mauritius

Nach einer zweiten Nacht reisen wir weiter Richtung armenischer Grenze. Auf dem Weg nehmen wir noch eine georgische Kirche mit – nicht nur in architektonischer Hinsicht ein Höhepunkt, denn sie liegt hoch über dem Fluss auf einem Bergrücken. Die Kirche Ishan liegt im Hof der Dorfschule, sie ist aus sandfarbenem, leicht marmoriertem Stein errichtet und weist schöne Steinmetzarbeiten auf, um die Fenster laufen gemeißelte Flechtbänder. Die Dächer der Kirchenschiffe sind eingestürzt, nur die Zentralkuppel, die von vier Pfeilern gehalten über dem Bau zu schweben scheint, trägt noch einen kompletten Kegel aus buntglasierten Ziegeln.

Auf der Weiterfahrt verlässt die Straße allmählich das Schluchtenlabyrinth, die Hügel werden wieder grün. Aus einem mit Pinienwald bewachsenen Tal steigt die Straße über einen Höhenzug auf das armenische Plateau, eine in ihrer Weite und Leere beeindruckende, aber auch bedrückende Landschaft. Bald geht es weiter nach Kars in der Einöde am Rand der Türkei. Einige alte Gebäude im russischen Stil und die gitternetzförmige Anlage der Straßen verraten, dass Kars von den Soldaten des Zaren zur Garnisonsstadt ausgebaut wurde, als Russland und das Osmanische Reich um diese Gegend kämpften.

Am nächsten Morgen fahren wir nach Ani. Auf freier Strecke ein Schlagbaum: Soldaten überprüfen, ob die Papiere für den Besuch im Grenzland in Ordnung sind. Unmittelbar außerhalb der alten Stadtmauern von Ani fährt man durch ein ärmliches Dorf, in dem Kurden leben. Kinder spielen im Matsch zwischen den Hütten und Lehmmauern. Hinter den exakt zusammengesetzten hellbeigen Quadern der Stadtmauer mit ihren halbrund vorspringenden Türmen liegt eine Grasfläche mit weit auseinanderliegenden Ruinen. Charakteristisch für die alten armenischen Bauten ist die monumentale Bauweise, aufgelockert durch vereinzelte kleine Reliefs oder Plastiken.

Eigentlich hatten wir vor, weiter nach Südosten zu fahren – stattdessen steuern wir Erzurum an, die größte Stadt auf dem ostanatolischen Plateau. Über weite Täler erheben sich verschneite Berge. Die Vegetation bleibt dürftig – Steppe und wenig Bäume. Wenige Kilometer vom Stadtzentrum fahren die Einheimischen oft bis in den Mai hinein Ski. Im Winter fallen die Temperaturen bis 30 Grad minus, die Schneemassen werden mit Lastwagen aus der Stadt gefahren.

Erzurum ist besonders für seine Restaurants zu loben. Auf der Hauptstraße findet man eins neben dem anderen. Wir kehren in ein besseres von ihnen ein, dort herrscht ruhige, gediegene Atmosphäre. Die Küche ist trotzdem gut türkisch und nicht teuer, die Bedienung unkompliziert – Verständigungsprobleme löst der Kellner ganz einfach, indem er uns in die Küche führt und in die Töpfe gucken lässt. Die Sehenswürdigkeiten sind alle zu Fuß zu erreichen – unter anderem die Festung mit ihrem viktorianischen Uhrturm. Die Häuser sehen aus wie kleine Schachteln mit flachen Grasdächern, auf denen da und dort ein Schaf weidet. Wir schlendern durch verwinkelte Viertel und über den Markt. Die Menschen begegnen uns hilfsbereit und freundlich.

Aber es gibt nicht viele Touristen in Erzurum. Die Teppichhändler haben Zeit und hören sich das schlechte Türkisch des Reisenden an, Tee bekommt man bis zum Abwinken und keiner ist böse, wenn man nichts kauft.

Wir fahren weiter in Richtung Südwesten. Dabei überqueren wir den Oberlauf des Euphrat, der hier noch ein kleines Flüsschen ist. Die Landschaft wird milder, schließlich kommen wir nach Sivas. Sehenswert sind hier die seldschukischen Baudenkmäler, deren Fassaden von überreichen Steinmetzarbeiten moslemischer Ornamente bedeckt sind. Da meine Schuhe nach dem vielen Pflastertreten staubig und zerkratzt sind, lasse ich sie von einem Schuhputzer polieren. Die Bearbeitung mit farbiger Creme, Lederfett, Bürsten und Lappen verleiht ihnen den Glanz neuer Gummistiefel. *Alexander Glück*

Musik-Tipp „Hasretim – eine anatolische Reise“. Die Dresdner Sinfoniker spielen die mit einem Unesco-Sonderpreis ausgezeichnete Komposition Marc Sinans. Als CD und DVD jüngst bei ECM-Records erschienen.

Lebensgeister und Brüllaffen

Abenteuerlicher Ausflug in den Zaubergarten der Maya – Guatemala zwischen Schamanismus und modernem Fortschrittslärm

Am 29. Juli 1773 erschütterte ein Erdbeben das Hochland von Guatemala und machte La Antigua dem Erdboden gleich. Wenn auch Antigua nach dem Wiederaufbau ihre einstige Anmut nie wieder erlangt hat, so gilt die vor langer Zeit zum Unesco-Weltkulturerbe geadelte Stadt mit ihren prächtigen barokken Kirchen, plätschernden Brunnen und herrschaftlichen Häusern doch immer noch als die schönste Hinterlassenschaft der spanischen Konquistadoren in Zentralamerika.

Kaum ein Europäer kann sich dem Zauber dieses tropischen Gartens Eden im Süden der Halbinsel Yucatán entziehen. Undurchdringlicher Urwald dehnt sich über viele Kilometer. Mittendrin blitzen Teiche und Wasserläufe, murmeln Bäche im Unterholz. Doch im Paradies lauern auch Gefahren. Aus einem Gewässer, in dem sich Hunderte von Schildkröten und bunte Fische tummeln, ragt ein verwittertes Schild mit der Aufschrift „Vorsicht Krokodile“. Auch vor Schlangen, die sich im Dickicht verbergen, wird gewarnt. „Aber nur vier Arten sind richtig giftig“, beruhigt Guide José seine Gäste. Vorsichtig tastet er mit einem langen Stab das Gebüsch ab.

Als Postkartenidylle erweist sich der von drei Vulkanen gerahmte Lago de Atitlán. Eine Nussschale bringt unsere Gruppe hinüber nach Santiago, ein kleines Dorf mit Webereien und Kunstgalerien. Am Ufer wartet bereits eine ganze Armada von Tuk-Tuks, jenen Minitaxis, die an überdachte Motorroller erinnern, um die Touristen über holperiges Kopfsteinpflaster zu den schönsten Aussichtspunkten zu schaukeln. Der Weg führt vorbei an Bananenstauden sowie Indigo- und Baumwollplantagen. Während des 36 Jahre dauernden Bürgerkrieges im Lande, als viele ihrer Ehemänner starben, schlossen sich die Frauen des Ortes zu einer Kooperative zusammen. Sie bauen noch heute ihre eigene Baumwolle an, weben sie an traditionellen Webstühlen und färben die Stoffe mit Pflanzenfarben.

Bürgerkrieg hat Spuren hinterlassen

„Heute dringen wir in die Zauberwelt unserer Vorfahren, der Mayas, ein“, verkündet José am Morgen und bittet jeden von uns, für diesen abenteuerlichen Ausflug festes Schuhzeug anzuziehen. Der Weg zur Ruinenstadt Tikal ist beschwerlich. Er führt über schlammige Wege, spitze Steine und Baumwurzeln. Doch die Strapazen werden mit einem einzigartigen Szenario belohnt. Die ehemalige Kultstätte der Mayas ist ein magischer Ort, der einem schier den Atem verschlägt. Hoch aufragende Pyramiden recken sich unter dem grünen Urwalddach dem Himmel entgegen. Brüllaffen schwingen sich von Ast zu Ast und machen dabei einen Ohren betäubenden Lärm, während die winzigen Spinnenäffchen in den Wipfeln der hohen Bäume mit in das „Konzert“ einfallen. Unter das Gekreisch der farbenprächtigen Papageien und Tukane mischt sich das Trällern, Zwitschern und Tirilieren anderer gefiederter Bewohner. Auf den Stufen zum Tempel des Großen Jaguars, der zu Ehren von König Ah Cacau errichtet wurde, hat sich eine Schulklasse niedergelassen. Der Lehrer erteilt den Zwölfjährigen Unterricht in „Ahnenkunde“ und erklärt ihnen den Bau des Tempels, der wohl nach den Plänen des Herrschers entstanden ist. „Ihr müsst euch vorstellen, wie tief beeindruckt das Volk vor 1200 Jahren beim Anblick des Hohen Priesters gewesen sein muss, wenn der, angetan mit Puma- und Ozelotfellen, einer Kaskade aus Jadeketten und geschmückt mit bunten Federn die vielen Stufen bis auf den höchsten Punkt der Pyramide hinaufstieg.“ Die Treppe ist gesperrt, seitdem mehrere Waghalsige versuchten, das Ritual nachzuvollziehen, und dabei zu Tode stürzten.



Maya-Hochburg: Ruinengipfel der Pyramidenstadt Tikal Bild: Buhr

Die katholische Kirche war bei ihrer Mission, die Urbevölkerung zum Christentum zu bekehren, gewiss nicht zimperlich. Da die Menschen jedoch von ihren Lokalheiligen und Schamanen nicht lassen wollten, ließen die Priester den einen oder anderen heidnischen Halbgott zu, der Seite an Seite mit Jesus Christus die jeweilige Kirche bevölkern durfte. Der sogenannte „Synchretismus“ steht auch heute noch bei den Guatemalteken hoch im Kurs. Eine ebenso eindrucksvolle wie skurrile Figur ist der Maximon, ein Schamane aus dem 16. Jahrhundert, dessen bunt gekleidete Holzfigur in einem abgedunkelten, von Kerzen erhellten Raum rund um die Uhr von zwei Männern bewacht wird. Nur jene, die bereit sind, einen Obolus von etwa zwei Euro zu entrichten, werden in das Allerheiligste vorgelassen. Filmaufnahmen kosten sogar 20 Euro. Immerhin, so wird argumentiert, müsse man Kerzen und auch die Zigarre bezahlen, die dem Maximon täglich frisch in den Mund gesteckt wird.

Holzfigur verraucht für 20 Euro

Wer nicht Chichicastenango – kurz Chichi – besucht hat, ist nie in Guatemala angekommen, sagt der Volksmund. Dieser größte und bunteste Maya-Markt Lateinamerikas ist in der Tat ein Erlebnis der besonderen Art. Hier werden prachtvolle Stoffe in allen Regenbogenfarben, Schnitzereien, Töpfe, Obst, Gemüse, Gewürze, exotische Speisen und Getränke in einer solchen Vielfalt angeboten, dass es einen schwindelt. Frauen, schwere Lasten auf ihren Köpfen balancierend, schreiten würdevoll an den Ständen vorbei, während kleine Kinder versuchen, Lesezeichen und Strohpuppen wortreich an den Mann oder die Frau zu bringen. Hin und wieder donnert ein Motorrad vorbei, versucht ein Musiker, mit seiner Flöte den Lärm zu übertönen. Am Ende dieses aufregenden Tages weckt eine Tasse des berühmten Hochlandkaffees wieder die guten Lebensgeister. *Uta Buhr*



Tragweite nicht erkannt

Memelländer erinnert sich

Liedverse und Gedichte haben einen besonderen Stellenwert in den Memoiren „So war es damals bei uns ...“ von Herbert Zebbities, der 1930 im memelländischen Dorf Mankuslauken am Flüsschen Minge, Kreis Heydekrug, geboren wurde; denn in seiner Kindheit und Jugend wurde viel gesungen und rezitiert. Nach der Rückgabe des Memellandes an das Deutsche Reich im März 1939 erfolgte die Zusammenlegung von Mankuslauken mit den Nachbardörfern Woitkaten und Neusaß-Skories zur Gemeinde Auritten. 1940 trat Herbert Zebbities dem Deutschen Jungvolk bei, deren Mitglieder Pimpfe genannt wurden. Vieles, aber nicht alles gefiel ihm. Sie sangen: „Reißt die Fahnen höher, Kameraden! Wir fühlen nahe unsere Zeit, die Zeit der jungen Soldaten.“ Als jedoch Pioniersoldaten im Frühjahr 1941 ins Land kamen, um die Eisenbahnen und Brücken zu verstärken, wollte niemand wahrhaben, dass tatsächlich ein Krieg mit Russland bevorstand.

Bei der 1938 durchgeführten Volksbefragung hatten 80 Prozent der Bevölkerung des Memellandes für die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich gestimmt. Der Autor meint, dass die Menschen die Tragweite dieses Aktes nicht erkannten: „Denn sie wussten nicht, was sie tun. Leider wählten wir nicht nur den Anschluss, sondern auch Hitler.“

Im Oktober 1944, kurz vor dem Einmarsch der Roten Armee, wurde die gesamte Bevölkerung des Memellandes evakuiert. Herbert Zebbities war Tischlerlehrling in Heydekrug, als er sich allein auf die Flucht begab. In Haffwerder fand die Familie zusammen: „Das war am 12. Oktober 1944. Wir dankten unserem Herrn.“ Im mecklenburgischen Malchin wurden sie und andere Flüchtlinge im Juni 1945 genötigt, in ihren Heimatort im Memelland zurückzukehren, das inzwischen dem sowjetisch regierten Litauen zugeschlagen war. „Die Sowjets waren ja überall. Wer wollte da nicht in seine Heimat zurück?“ Wie er selbst, seine Mutter und seine beiden Geschwister dachten viele. In einem Viehwaggon fuhren sie bis Frankfurt an der Oder unter militärischem Begleitschutz der Russen. Zurückgekehrt nach Auritten fanden sie ihr Haus besetzt vor. Es wurde von einer litauischen Familie bewohnt. Mittellos wie sie waren, ließen sie sich in einem ausgeplünderten Nachbargehöft nieder. Wenig später zogen sie in eine Sowchose in Petrellen.

Zwei Grundzüge kennzeichnen diesen Rückblick auf ein langes Leben. Zum einen ist es der tief verankerte christliche Glaube des Autors, der ihm und den Seinen durchgehend Stärkung und Halt bot, zum anderen seine ausgesprochen positive Haltung den Russen gegenüber. Weder ist ihm noch einem Mitglied seiner engeren Familie während des Krieges und in der Nachkriegszeit von russischen Soldaten ein Leid zugefügt worden. Im Gegenteil, zu ihrer Überraschung half ihnen bisweilen ein russischer Soldat in einer gefährlichen Situation.

Gute Erfahrungen mit Russen gemacht

Während seiner Lehrzeit als Tischler in Memel erfuhr Zebbities kaum Diskriminierung wegen seiner deutschen Herkunft. 1952 machte er nach einer Fußamputation in Anapa am Schwarzen Meer eine Umschulung zum Porträtfotografen. 1960 siedelte er als einer der letzten Deutschen aus seiner Baptistengemeinde in Žemaitkemen in die Bundesrepublik Deutschland über.

Herbert Zebbeties kennt die weitere Entwicklung seiner Heimat am Memelstrom aus eigener Anschauung. Nach 28 Jahren reiste er als Tourist erstmals wieder dorthin. In seinen Lebenserinnerungen hat er Überlegungen zur politischen und wirtschaftlichen Lage des ehemaligen Grenzlands zwischen Ostpreußen und Litauen einfließen lassen.

Dagmar Jestrzemski

***Herbert Zebbities: „So war es damals bei uns ...“**, digibook, Hollenstedt 2012, broschiert, 186 Seiten, 9,50 Euro*



EU-Kritiker in Rage

Henryk M. Broder über undemokratisches, gleichmacherisches Brüssel

Dieses Buch sollten Sie keinesfalls am Stück lesen. Die Lektüre könnte sonst Ihre Gesundheit gefährden“, steht auf der Rückseite des Buchumschlages zu „Die letzten Tage Europas. Wie wir eine gute Idee versenken“. Verfasser des Buches ist der ehemalige „Spiegel“-Autor, heutige „Welt“-Kolumnist und Begründer des politischen Blogs „Achse des Guten“ Henryk M. Broder. Und Broder steht zwar für Provokation, aber eben auch für klare Worte und die bietet er seinen Lesern auch in diesem Buch. Broder schreibt, dass Europa und die EU lange für ihn kein Thema waren. 1946 in Kattowitz in Polen geboren, seit Jahrzehnten in Deutschland lebend und gern den Kontinent bereisend, sah er sich immer als Europäer, doch bei den Recherchen zum Buch stellte er fest, dass zwischen seinem Empfinden und dem, was die EU unter dem Begriff Europa versteht, Welten liegen.

Und so gibt Broder in seinem Buch all jenen eine Stimme, für die dieses von oben verordnete Europa keineswegs alternativlos ist. Der Autor wehrt sich laut Klappentext gegen das „undemokratische, gleichmacherische und wertevernichtende Merkel-Barroso-Draghi-Europa und dessen Alarmismus“.

Broder denkt bei der jetzigen EU an Woody Allens Definition von Ehe, wonach diese ein Versuch sei, „zu zweit Probleme zu lösen, die man allein nicht gehabt hätte“. Und zumindest bei der europäischen Gemeinschaftswährung passt dieser Satz perfekt. Brüssel selbst ist für den Autor eine Art Varieté. „Hier werden Milliarden aus dem Hut gezaubert und gleich pulverisiert, hier werden Ströme von Wein in Wasser verwandelt, hier wird, wie früher in Rom, per Daumenzeichen über das Schicksal von Menschen entschieden, die Tausende von Kilometern entfernt erst dann merken, wie machtlos sie sind, wenn es zu spät ist.“ Und bei aller scheinbaren Polemik, die in diesem schönen Bild steckt, liefert der Autor allerdings noch genügend Beispiele mit, die belegen, dass das Gesagte eben nicht nur leere Worte sind. So schreibt er, über wie viel Geld die EU entscheiden kann, wie viele hochbezahlte Mitarbeiter sie beschäftigt, um am Ende Dinge zu beschließen, die selten das Leben der Menschen verbessern.

Auch schreibt Broder über die Rolle der Deutschen in der EU, die im Vergleich zu den anderen Mitgliedsstaaten als Wirtschaftsmacht gelten, „was an ein Wunder grenzt, wenn man sich vergegenwärtigt, wie viele Deutsche aus Prinzip nicht arbeiten (Berliner), unproduktiven Tätigkeiten nachgehen (Sozialpädagogen, Integrationsberater, Frauenbeauftragte) oder die Zeit bis zur Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens mit Klagen über die zunehmende soziale Kälte überbrücken“.

Gute Unterhaltung dank feiner Spitzen und Pointen

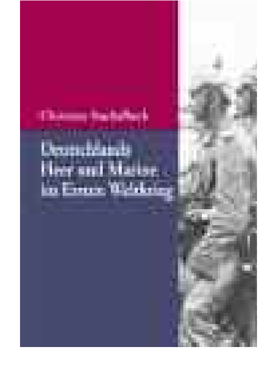
Derartige, fein formulierte Spitzen hat Broder zahlreich zu bieten. Sie sorgen dafür, dass das Buch über das staubtrockene Thema EU flott lesbar ist. Zudem bringen sie die vorhandenen Probleme häufig auf den Punkt, auch wenn der Autor oft mit dem Stilmittel der Übertreibung arbeitet.

Außerdem beklagt Broder, dass „Europa-Kritiker“ inzwischen mindestens zu einem ähnlichen Schimpfwort geworden sei wie „Rechtspopulist“. Dabei stelle er doch nur berechtigte Fragen. Wie zum Beispiel sei es möglich, dass obwohl die EU Tausende Experten beschäftige, Länder wie Bulgarien und Rumänien aufgenommen worden seien, obwohl alles sachlich dagegen gesprochen habe. Gleichzeitig würden Massen an Papier beschrieben, die jedoch außer Lobpreisungen der EU, „Nullsätzen“ und „Wortlawinen“ kaum Inhalt hätten. Auch nervt es ihn, dass Politiker jede Kritik an der EU mit dem Argument ablehnten, dass sonst der Frieden in Gefahr sei. Alle paar Seiten zitiert Broder EU-Repräsentanten und verdeutlicht so, was für einen Quatsch diese häufig von sich geben und unter welcher Selbstüberschätzung sie leiden. Der Autor spricht angesichts des EU-Personals vom neuen europäischen Adel, fühlt sich aber auch oft genug an die Sowjetunion erinnert: „Es war, als hätte das Politbüro der KPdSU eine Feier zu Ehren des Zentralkomitees organisiert, zu der die Vertreter der Bruderstaaten angereist kamen, um Grußbotschaften abzuliefern.“

Die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“ hält Broder zudem für absoluten Blödsinn. „Mehr Europa, mehr Integration bedeutet mehr gegenseitige Abhängigkeit – und weniger Möglichkeiten, flexibel auf Unwägbarkeiten und überraschende Ereignisse zu reagieren“, begründet er seine Ablehnung ganz sachlich. Ansonsten bleibt Broder selten sachlich, was dazu führt, dass „Die letzten Tage Europas. Wie wir eine gute Idee versenken“ erstklassige Unterhaltung bietet, aber für eine Diskussion zum Thema EU zu wenig Fakten und Zahlen liefert.

Rebecca Bellano

***Henryk M. Broder: „Die letzten Tage Europas. Wie wir eine gute Idee versenken“**, Knaus, München 2013, geb., 222 Seiten, 19,99 Euro*



Komprimierter Überblick

Wie war es um Deutschlands Heer und Marine im Ersten Weltkrieg bestellt?

Allein die deutschsprachige Literatur zum Ersten Weltkrieg ist schier unübersehbar, und im nächsten Jahr, anlässlich der 100. Wiederkehr des Beginns der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, dürfte sie viele weitere Regalmeter füllen. Wesentlich neue Erkenntnisse sind indes nicht zu erwarten. Wer da noch mit einer Neuerscheinung zum Thema beim Leser punkten will, hat nur mit einer kompakten und verständlichen Darstellung eine Chance. Christian Stachelbeck, Berufsoffizier, promovierter Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (vormals Militärgeschichtliches Forschungsamt), legt mit seinem Buch „Deutschlands Heer und Marine im Ersten Weltkrieg“ einen solchen komprimierten Überblick über die deutsche Land-, See und Kolonialkriegführung vor.

Nach einem Überblick über den Forschungsstand widmet der Autor sich den Themenbereichen „Militärisches Denken und Kriegführung“, „Strukturen“, „Rüstung“ sowie „Alltag, Kriegserfahrungen, Motivation“. Dabei geht es ihm nicht um die Schilderung des Verlaufs von Feldzügen und Schlachten oder um Einzeltaten, sondern um die Analyse des einschneidenden und weitreichenden Wandlungsprozesses, den das Militär zur Führung dieses ersten industrialisierten Massenkrieges zu bewältigen hatte. Dabei betrachtet er unter anderem strategische Grundlagen und Denkweisen ebenso wie die militärische Organisation und Gliederung, Führungsverhältnisse und -probleme, Personalstärken und Verluste, Alltagserfahrungen sowie die materielle ebenso wie die „geistige“ Rüstung.

Der faktenreiche und dabei gut lesbare und verständliche Text wird durch zahlreiche Abbildungen, Karten, Übersichten und Schaubilder ergänzt. Farblich hervorgehobene Auszüge aus anderen Werken tragen zur Vertiefung und Veranschaulichung von Einzelaspekten bei. Wie bei einem professionellen Historiker selbstverständlich, verfügt das Buch über ein umfangreiches Quellen- und Literaturverzeichnis, auf dessen Titel im Text an entsprechender Stelle verwiesen wird. Dass dies nicht in Form eines herkömmlichen wissenschaftlichen Anmerkungsapparats erfolgt, ist dem Lesefluss überaus förderlich.

Wem an einer kompakten Gesamtdarstellung des deutschen Heeres und der Marine im Ersten Weltkrieg gelegen ist, der ist mit Stachelbecks Buch bestens bedient.

Jan Heitmann

***Christian Stachelbeck: „Deutschlands Heer und Marine im Ersten Weltkrieg“**, Oldenbourg Verlag, München 2013, broschiert, 224 Seiten, 19,80 Euro*



Dem Hass auf der Spur

Vertreibungen in Europa im 20. Jahrhundert: Polnischer Historiker zeigt Menschenrechtsverletzungen auf

Im polnischen Original ist von „Wygnancy“ die Rede, also von „Vertriebenen, Verbannten, Exilierten, Zwangsumsiedlern“. Der deutsche Titel „Die Verjagten“ klingt verwunderlich: Verjagt werden Spatzen vom Erbsenbeet – Menschen sind Vertriebene!

Autor Piskorski, auch in Deutschland geschätzter polnischer Historiker mit partiell deutscher Ahnenreihe, bedankt sich am Buchende bei zahlreichen Seminarteilnehmern für ihre Zuarbeit mit Material, „das ich selbst kaum entdeckt hätte“. Dass viele Helfer nicht immer viel bringen, verraten manche Schwächen des Buchs in Quellen, Sprache und Theorie. Zu ethnische Säuberung, 1992 deutsches „Unwort des Jahres“, sagt Piskorski wenig, und zu „gesicherten Grenzstreifen“, vom römischen „Limes“ bis zur habsburgischen „Militärgrenze“ bis 1918, fällt ihm nichts auf. Doch das sind keine Vorwürfe, denn der enzyklopädische Charakter des Buchs macht in seiner Faktenfülle alle Mängel mehr als wett. Es gibt kaum eine Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts, die Piskorski übersehen hat, und wenn er manche weniger beachtet, so die im exjugoslawischen Bürgerkrieg, dann illustriert das sein Credo, dass nach gewisser Zeit Vertreiber und Vertriebene die Rollen tauschen.

180 Millionen Menschen oder drei Prozent der Weltbevölkerung leben nicht im Land ihrer Geburt, 50 Millionen sind „Zwangsmigranten“, und dieser heutigen Lage geht ein Jahrtausend von Vertreibungen – Mauren aus Spanien, Slawen aus Skandinavien, Kolonialkriege in Afrika – voraus. Der „Homo sapiens“ ist, seit es ihn gibt, auch ein „Homo migrans“, und nur selten sind Migranten so willkommen, wie sie es bei Friedrich dem Großen oder Katharina der Großen waren. Im Normalfall sind sie eine abgelehnte „Bedrohung des Wohlstands und des sozialen Friedens“. Bis zum 19. Jahrhundert hat man sie nicht gezählt, weswegen das Phänomen zuerst nicht auffiel, danach umso machtvoller.

Der Buchtitel ist unpassend

Die Balkankriege 1912/13 brachten Massaker an Zivilisten, der Erste Weltkrieg „spielte die Rolle eines Katalysators der allgemeinen Radikalisierung Europas“, so der Autor. Gewisse Ereignisse wie der türkische Völkermord an Armeniern oder das „Chaos der russischen Revolution“ hätten sich nur „im Schatten“ der Kriegshandlungen abgespielt. Nach dem Krieg seien Pogrome und Vertreibungen durch Versailler Grenzänderungen gefolgt. So seien Deutsche in Böhmen und auf dem Balkan zu verachteten Minderheiten geworden – schlimm, aber nur Vorspiel zu kommenden Schrecken.

Diese begannen mit jüdischen Flüchtlingen aus Deutschland, gingen mit Umsiedlungen von Polen und Tschechen weiter, wobei der Autor mit absichtsvoller Akribie verzeichnet, wie identisch diese Vertreibungen zu späteren von Deutschen waren, und gipfelten ab 1941 mit dem „Generalplan Ost“, der die Beseitigung und Zwangsumsiedlung von bis zu 60 Millionen Polen und anderer „unerwünschter Horden“ vorgesehen habe, so Piskorski. Wenige Jahre später sei es umgekehrt gewesen: Deutsche mussten ihre Heimat verlassen, und wenn sie blieben, etwa die 500 000 in Ostpreußen, wurden sie wie Deutsche aus Rumänien oder Ungarn nach Russland deportiert. Anderswo wurden sie vertrieben, „wild“ oder geordnet, am brutalsten aus der Tschechoslowakei, oft von frustrierten Kollaborateuren, die zuvor „sich nie mit Deutschen messen“ wollten. In Osteuropa habe es kein Mitleid mit Deutschen gegeben, in Deutschlands keins mit den Insassen der 750 „Hilfszentren für displaced persons“ aus Osteuropa, wobei nun oft dieselben Züge deutsche Flüchtlinge her- und osteuropäische Heimkehrer hinfuhren.

Und heute? Ex-Jugoslawien lehrt, sagt Piskorski, dass keine Lehre fruchtet.

Wolf Oschlies

***Jan M. Piskorski: „Die Verjagten. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“**, Siedler Verlag, München 2013, gebunden, 432 Seiten, 24,99 Euro*



Hans-Olaf Henkel
Die Euro-Lügner
Gebundenes Buch mit Schutzumschlag, 272 Seiten,
Best.-Nr.: 7247, € 19,99

Preußen-Schirmmütze

Preußen-Schirmmütze
schwarze Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Königsberg-Schirmmütze

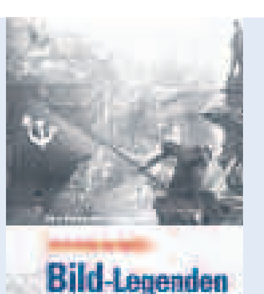


Königsberg-Schirmmütze dunkelblau
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg
Best.-Nr.: 7192, € 14,95

Elchschaufel-Schirmmütze



Elchschaufel-Schirmmütze
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95



Hans Becker von Sothen
BILD-LEGENDEN
Fotos machen Politik
Geb., 272 Seiten, urchgehend bebildert.
Best.-Nr.: 7248, € 19,90

Gottfried Piefke
Gottfried Piefke, Preußische Armeemärsche



Es spielt das Stabsmusikkorps Berlin unter der Leitung von OTL Volker Wörrlein
1. Preußens Gloria; 2. Der Alsenströmer; 3. Herwarth Marsch; 4. Erinnerung an Weimar; 5. Margarethen Marsch; 6. Gitana Marsch; 7. Düppeler Sturm Marsch; 8. Pochhammer Marsch; 9. Siegesmarsch von Metz; 10. Kaiser Wilhelm - Siegesmarsch; 11. Lymfjordströmer; 12. Der Königgrätzer Marsch; 13. Düppel - Schanzen - Sturm – Marsch. Großer Zapfenstreich nach D.S. Bortnjanskij; 14. Anmarsch mit Parademarsch. Marsch des York'schen Korps; 15. Locken zum Großen Zapfenstreich; 16. Zapfenstreichmarsch 17. 1. Post; 18. 2. Post; 19. 3. Post; 20. Zeichen zum Gebet; 21. Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet; 22. Nationalhymne 23. Abmarsch

Gesamtspielzeit: 46:55 Min
Best.-Nr.: 6894



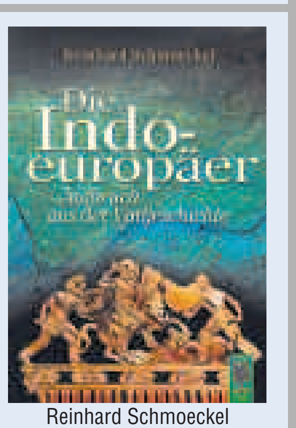
€ 14,95

Pro Patria, Märsche und Lieder
1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206

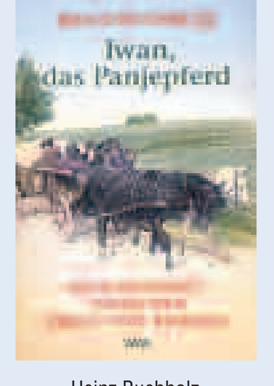
€ 17,95 — CD



Beate Szillis-Kappelhoff
Prußen – die ersten Preußen
Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes.
Geb., 395 Seiten, 123 Abb.
Best.-Nr.: 7209, € 19,80



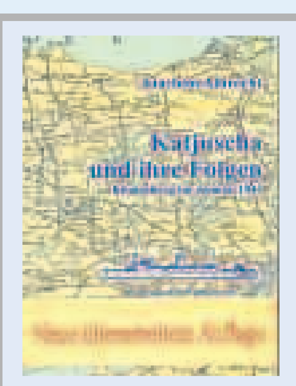
Reinhard Schmoeckel
Die Indoeuropäer
Aufbruch aus der Vorgeschichte
Geb., 587 Seiten,
Best.-Nr.: 7244, € 24,80



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95



Udo Ulfkotte
Was Oma und Opa noch wussten
So haben unsere Großeltern Krisenzeiten überlebt.
Geb., 233 Seiten
Best.-Nr.: 7225, € 19,99



Joachim Albrecht
Katjuscha und ihre Folgen
Königsberg im Januar 1945 Rettungsschiff Wullenwever
Kart., 257 Seiten
Best.-Nr.: 7196, € 14,80

PMD Preußischer Mediendienst

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

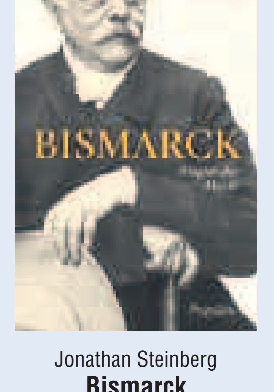
Birgit Kelle
Dann mach doch die Bluse zu

Ein Aufschrei gegen den Gleichheitswahn In Deutschland wird heftig diskutiert: über Frauenquote, Krippenplätze, Sexismus, über die Gleichstellung von Mann und Frau. Der eigentliche Skandal ist aber, dass diejenigen, die zu Hause bleiben und unsere Kinder erziehen, die Dummen sind. Warum eigentlich? Es ist doch das gute Recht jeder Frau, ihr Leben so zu leben, wie sie es glücklich macht. War der Feminismus nicht einst genau dafür eingetreten? Auf dem Weg der gleichen Rechte ist etwas verlorengegangen. Nämlich die Freude, einfach Frau zu sein. Dieses Buch ist eine Ermutigung für alle Frauen, die es gerne sind, es zeigen und das auch nicht ständig rechtfertigen müssen. Für Mütter, die gerne Mütter sind und die berufliche Laufbahn hinten anstellen. Sie alle haben in Deutschland keine echte Lobby. Es ist höchste Zeit, gegen den Gleichheitswahn aufzustehen.
"Es gibt hunderttausende Frauen wie mich in diesem Land. Frauen, die gerne Frauen sind, es gerne zeigen und das auch nicht ständig diskutieren müssen. Und Mütter, die gerne Mütter sind. Sie alle haben in Deutschland keine Lobby. Für sie ist dieses Buch. Als Bestätigung: Lasst euch nicht von eurem Weg abbringen, es ist gut und richtig, was ihr tut. Ihr dürft das! Und hört endlich auf, euch ständig zu rechtfertigen."
Birgit Kelle

Geb., 224 Seiten
Best.-Nr.: 7258

€ 17,99

Matthias Weik & Marc Friedrich
Der größte Raubzug der Geschichte
Kart., 381 Seiten,
Best.- Nr.: 7224, € 19,90



Jonathan Steinberg
Bismarck Magier der Macht
Geb., 752 Seiten,
Best.-Nr.: 7250, € 29,99

Die schönsten Volkslieder



Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893

€ 14,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte

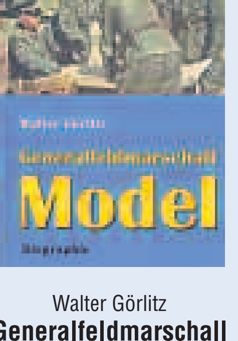


Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95

Christel Wels
Wir hatten immer Angst
Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust
Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.: 7099, € 12,90





Walter Görlitz
Generalfeldmarschall Model
Geb., 272 S. + 24 Bildseiten (Neuauflage)-Biographie Walter Model,
Best.-Nr.: 3144, € 24,80

Siegfried Henning
Krieg frisst Heimat auf
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, Kartoniert, 416 S. mit einigen s/w. Abb.
Best.-Nr.: 3372

statt € 19,00 nur € 12,95



Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Best.-Nr.: 6891, € 14,95

Altpreußische Militärmusik aus der Musiksammlung der Königlichen Hausbibliothek im Schlosse zu Berlin



Dirigent: Christian Blüggel mit Begleitheft
01-12 Regimentsmärsche I
13-15 Dienststücke des Königsregiments
16-23 Musik der Kavallerie
24-27 Dienststücke des Regiments von Selchow
28-43 Feldstücke der Kavallerie
44-47 Feld- und Dienststücke des Regiments von Selchow
48-58 Regimentsmärsche II

Gesamtspieldauer: 69: 46 Min
Best.-Nr.: 7257

€ 15,95



Die Hochmeistergruft im Dom von Marienwerder
Hörbuch über drei interessante Persönlichkeiten aus der Blütezeit des Deutschen Ordens im Spätmittelalter.
Laufzeit: 71:11 Minuten
Best.-Nr.: 7235, € 12,90



Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen,
Gesamt: 66 min, 29 Lieder
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr: 7203, € 12,95

Musik von Friedrich II.



Vol. I
Flötensonaten, Flötenkonzert & Märsche
Gesamtspielzeit: 79:42 Min
Best.-Nr.: 6901
€ 14,95



Vol. II
Die Flötenkonzerte
Gesamtspielzeit: 67:33 Min
Best.-Nr.: 6902
€ 14,95

Vol. III
Die Sinfonien
Gesamt: 35:20 Min
Best.-Nr.: 6903
€ 14,95

Christopher Clark
Die Schlafwandler
Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog

Bahnbrechende neue Erkenntnisse über den Weg in den Ersten Weltkrieg 1914 Lange Zeit galt es als ausgemacht, dass das deutsche Kaiserreich wegen seiner Großmachtträume die Hauptverantwortung am Ausbruch des Ersten Weltkriegs trug. In seinem bahnbrechenden neuen Werk kommt der renommierte Historiker und Bestsellerautor Christopher Clark (Preußen) zu einer anderen Einschätzung. Clark beschreibt minutiös die Interessen und Motivationen der wichtigsten politischen Akteure in den europäischen Metropolen und zeichnet das Bild einer komplexen Welt, in der gegenseitiges Misstrauen, Fehleinschätzungen, Überheblichkeit, Expansionspläne und nationalistische Bestrebungen zu einer Situation führten, in der ein Funke genügte, den Krieg auszulösen, dessen verheerende Folgen kaum jemand abzuschätzen vermochte. Schon jetzt zeigt sich, dass "Die Schlafwandler" eine der wichtigsten Neuerscheinungen zum 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs sein wird.

Geb., 896 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 7259

€ 39,99

Aktion*





+++ gratis +++
Bei jeder Bestellung ab einem Warenwert iHv € 50,00 erhalten Sie einen Ostpreußenaufkleber kostenlos dazu!!

PMD Preußischer Mediendienst — 39/13
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Bitte beachten Sie auch die Angebote in unserem Antiquariat www.die-ostgebiete.de

Meldungen über Wahlfälschung

Nach der Bundestagswahl geraten aus zahlreichen Wahlbezirken Hinweise auf möglicherweise massive Manipulationen bei der Ermittlung der Wahlergebnisse an die Öffentlichkeit. So listet das Wahlprotokoll in einem Wahlbezirk im bayerischen Hof deutlich mehr abgegebene Stimmen als Wahlberechtigte auf.

Insgesamt 30 Wahlhelfer aus acht Wahllokalen haben in Duisburg offenbar wegen Unstimmigkeiten über die Auszählungsmodalitäten ihren Posten am Wahlabend vorzeitig verlassen. Die

Aus Protest das Wahllokal verlassen

Essener SPD-Bundestagskandidatin Petra Hinz fordert eine erneute Auszählung der Stimmen im Bundestagswahlkreis Essen-Süd. Ihr erscheint der Vorsprung ihres Gegenkandidaten von der CDU von nur drei Stimmen nicht plausibel. Das Argument, der Stimmenunterschied liege „im Bereich möglicher Fehlertoleranzen“, erkennt sie nicht an und will Klarheit. Das städtische Wahlamt verweigert jedoch eine Überprüfung. Nun muss Essens



Oberbürgermeister Reinhard Paß (SPD) entscheiden.

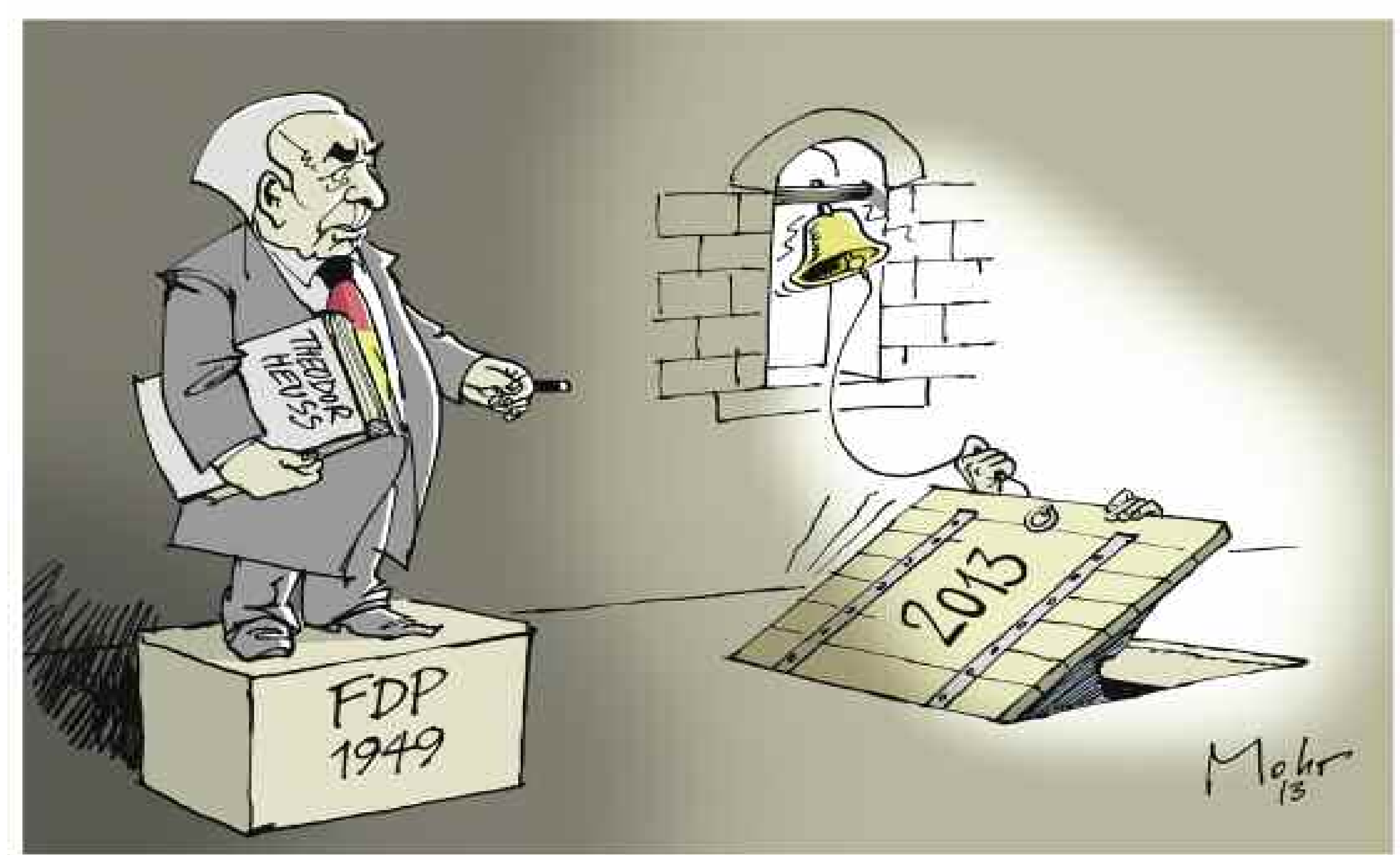
Im Detmolder Wahlbezirk 232 (Pivitsheide) weisen die Aufzeichnungen eines Wahlbeobachters 92 Stimmen für die SPD auf. Amtlich bekanntgegeben wurden kurz darauf allerdings 241 Stimmen. In Hamburg weist die CDU auf die auffallend hohe Diskrepanz zwischen den angeforderten und den eingesandten Briefwahlunterlagen hin. Nach Ansicht der CDU handelt es sich „nicht um kleine Abweichungen, sondern um massive Ungereimtheiten beim Hamburger Wahlergebnis“. Es besteht der Verdacht, dass rund 100000 Briefwahlstimmen „verschwunden“ sind.

Besonders betroffen zu sein von den Manipulationen scheint jedoch die Alternative für Deutschland (AfD). So berichtet ein Wähler aus einem Wahlbezirk in Nordfriesland, die AfD habe hier

AfD scheint besonders betroffen

nach offizieller Angabe keine einzige Zweitstimme erhalten. Der Wähler beteuert jedoch, dass er und seine Frau ihre Zweitstimme definitiv der Euro-kritischen AfD gegeben hätten.

Ein Politikforscher geht nach zahlreichen Hinweisen von Bürgern davon aus, dass etwa zehn Prozent der Stimmen für die AfD nicht gezählt worden seien, weil sie „in der Faltung der Stimmzettel“ nicht mehr aufgefallen seien. Aus einem Wahllokal in Meppen wird berichtet, eine Überprüfung habe ergeben, dass etwa die Hälfte der für die AfD abgegebenen Zweitstimmen grundlos für ungültig erklärt worden sei. In einem anderen Wahllokal will ein bei der Auszählung anwesender Bürger Zeuge geworden sein, wie der Wahlvorstand null Stimmen für die AfD in die Liste eintragen ließ, obwohl 65 Stimmen ausgezählt worden seien. *J.H.*



Nun hat es doch geläutet...

Der Retter

Warum Christian Lindner genau der Richtige ist, wie wir die AfD doch noch entlarven, und wie man uns diesmal beklauen will / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Die Menschen sind schlecht. Kein Loch ist tief genug, als dass sich die Freidemokraten drin verstecken könnten vor der Häme, mit der sie von allen Seiten übergossen werden. Woher nur diese Missgunst? Die Liberalen haben in den vergangenen vier Jahren schließlich so gut wie alle ihre Positionen geräumt! Da gab es doch gar nichts mehr, wofür man sie hätte hassen können. Und trotzdem ...

Ach, was soll's. Die rappeln sich schon wieder auf. Auf dem traurigen Marsch durch die außerparlamentarische Wüste hat sich den Freidemokraten bereits eine neue Lichtgestalt vorangestellt. Christian Lindner ist der neue Hoffnungsträger. Obwohl erst 34 Jahre alt, hat er schon reichlich politische Erfahrung. Wir alle kennen ihn als FDP-Generalsekretär, der er von 2009 bis Ende 2011 war.

Lindner hat sogar den Koalitionsvertrag zwischen Liberalen und Union mit ausgehandelt, der die Grundlage bilden sollte für die vier erfolgreichen Regierungsjahre, für welche die FDP nun angemessen vom Wähler entlohnt wurde.

Als Generalsekretär hat er den Mitgliederentscheid in der FDP gegen den Euro-Rettungsschirm dermaßen perfide zurechtgefingert, dass sein Scheitern sichergestellt war. Dafür ließ sich Lindner ein ganzes Bündel von Maßnahmen einfallen: Das Verfahren wurde derart kompliziert gestaltet, dass viele gar nicht durchblickten; laut dem FDP-Finanzexperten Frank Schäffler hatten zudem viele Parteimitglieder gar keine Abstimmungsunterlagen bekommen, und die Beteiligungszahlen waren Schäffler zufolge nur dem Bundesvorstand bekannt.

Kurz und gut: Der Mitgliederentscheid war ein politisches Meisterstück, mit dem sich Lindner für höhere Weihen und Schweinereien qualifiziert hat. Wenn Politik ein schmutziges Geschäft ist, dann sind Leute wie er unverzichtbar.

Gleich nach dem Entscheid ist er dennoch zurückgetreten als Generalsekretär. Das allerdings nicht, weil ihm einige FDP-Lokalpolitiker „Manipulation“ der Abstimmung vorgehalten haben, sondern weil er Guido Westerwelle als Parteichef ablösen wollte. Das wurde dann nichts, weshalb Christian Lindner nach Nordrhein-Westfalen zurückkehrte, um dort auf seine zweite Chance zu warten. Die ist nun da.

Berufspolitikern wird manchmal vorgehalten, dass sie außer Politik nichts können, keinen richtigen Beruf ausgeübt und daher keine Ahnung vom „richtigen Leben“ hätten. Deshalb schmeißen sie auch so sorglos mit Steuergeldern um sich, heißt es.

Das braucht sich der neue FDP-Hoffnungsträger nicht sagen zu lassen. Er war nämlich schon als Unternehmer in der freien Wirtschaft unterwegs und hatte dabei durchaus intimen Kontakt zu Steuergeldern. So gründete er im Mai 2000 mit zwei Freunden die Firma „Moomax GmbH“. Ziel war es, „Internet-Avatare“ herzstellen. Was das ist? Meine Omi hätte es „Tüdelkram“ genannt. Die las aber auch keine Science-Fiction-Romane. Dort hatte Lindner die Idee her, wie es in einem Porträt des Politikers im „Handelsblatt“ heißt. Tüdelkram also.

> Erwischt: Lucke hat seinen Anhängern mit der erhobenen rechten Hand zugewinkt!

Mit einem saftigen Kredit der staatlichen KfW-Bankengruppe ging es schneidig an den Start, und danach ebenso rasant in die Tiefe. Im Oktober 2001 war „Moomax“ endgültig pleite. Und das KfW-Geld, immerhin öffentliches Eigentum? 1,4 Millionen Euro waren futsch.

Und Lindner? Der war schon im Mai 2001 mit seinen 21 Jahren als jüngster Abgeordneter in den NRW-Landtag eingezogen, wo er nach dem etwas holprigen Start als Jungunternehmer eine zweite Karriere als Berufspolitiker begann, die nun ihrem glanzvollen Zenit entgegenstrebt – als Retter seiner gestrauchelten Partei. Erst wenn man sich vor Augen führt, wen sich die Liberalen da zu ihrer Rettung herbeiflehen, ahnt man, wie tief die Partei gefallen ist.

Lindner hat nicht bloß eine Firma mit in den Sand gesetzt, er hat auch schon Geschichte geschrieben: Mit dem Zurechtbiegen des FDP-Mitgliederentscheids zum „Rettungsschirm“ hat er den Startschuss für eine Entwicklung abgefeuert, die mehr als ein Jahr später zur Gründung der Alternative für Deutschland führen sollte. Denn mit dem dreisten Schmierenstück hatte der FDP-Generalsekretär die letzten Hoffnungen in den Staub getreten, dass Euro-Kritiker bei den Liberalen jemals durchdringen könnten.

Sie mussten sich also eine eigene Heimat bauen. Und es wäre fast soweit gekommen, dass sie damit in den Bundestag eingezogen wären. Unfassbar, kaum einer ahnt, welche Laus uns da beinahe in den parlamentarischen Pelz gekrochen wäre! Der Journalist und Werbetexter Sascha Lobo schon. Den kennen Sie, das ist der rundliche Enddreißiger mit dem roten Irokesenschnitt, der öfter in Talkshows auftaucht, um wichtige Dinge zu sagen über ... hab' ich vergessen. Lobo hat Schreckliches aufgedeckt, noch am Wahlabend: Im Netz, so klärte er das entsetzte Fernsehpublikum auf, kursiert ein Bild, das AfD-Chef Bernd Lucke zeigt, wie er seinen Anhängern mit der erhobenen rechten Hand zuwinkt. Außerdem erinnerte Lobo daran, dass Lucke gesagt habe, es gebe „Entartungen in der Demokratie“.

Ja und, fragen Sie? Dann haben Sie nicht mitbekommen, wie man heutzutage die wahre Gesinnung seiner Zeitgenossen entlarvt. Früher fragten wir einfach „Wie denken Sie hierüber?“ oder „Was sagen Sie dazu?“, und bald hatten wir eine Ahnung, wo der Mensch politisch steht.

Heute geht das anders: Man schleicht den Leuten hinterher, schreibt möglicherweise verdächtige Wörter auf, lichtet Handbewegungen ab oder spitzelt heraus, wer sich mit wem getroffen hat. Dann stellt man das alles in einen atemberaubenden Zusammenhang, fühlt sich an die NS-Zeit „erinnert“ und ist „tief besorgt“, wenn nicht gar „alarmiert“. Kurz und gut: Wenn der Lucke nun auch noch „Autobahn“ sagt, haben wir ihn überführt.

Schaden hat er ja auch genug angerichtet, selbst wenn seine AfD nicht ins Parlament kam. Seit Monaten musste alles Mögliche angehalten werden im Prozess der Euro-Staaten und -Bankenrettung. Die Verantwortlichen fürchteten, dass es bei den Deutschen zu Fehlentscheidungen an der Urne führen könnte, wenn man ihnen zu früh verrät, auf welche Weise sie als nächstes vom Euro profitieren sollen.

Bereits im Mai wollte die Europäische Zentralbank (EZB) einen „Stresstest“ bei 130 Großbanken einleiten. Das hat sie lieber auf einen anderen Monat verschoben. Man einigte sich auf den September.

Solche Tests gab es schon, die Ergebnisse waren aber ebenso ermutigend wie gezinkt. Nun soll es ehrlicher zugehen, was einen üblen Haken hat: Insider fürchten, dass derart Grausiges zum Vorschein kommt, dass etliche Banken gleich nach Bekanntwerden ihrer Testresultate aus den Latschen kippen.

Also hat Yves Mersch, luxemburgischer Vertreter im EZB-Direktorium, die Euro-Staaten (vor allem Deutschland) ultimativ aufgefordert, vor dem Test Not-Kredite bereitzustellen, um wankende Banken sofort mit Milliarden aus der Steuerkasse auffangen zu können. Er will einen Blankoscheck von uns.

Wie? Hatte man uns nicht versprochen, die Bundesregierung werde sicherstellen, dass das Geld der deutschen Sparer niemals verpfändet werde, um strauchelnde Banken in anderen Ländern zu retten? Sicher doch! Aber um uns als „Sparer“ geht es hierbei gar nicht. Man zieht uns in unserer Eigenschaft als Steuerzahler das Fell über die Ohren, nicht als Sparer, und das ist doch ganz etwas anderes.

Auf den Punkt gebracht: Während Herr Schäuble unsere linke Tasche mithilfe der „strengsten Stabilitätskriterien“ eisern bewacht, beklauen sie uns einfach aus der rechten Tasche. Ist ein alter Trick versierter Straßendiebe: Einer wiegt dich in Sicherheit, indem er deinen Freund spielt, damit sein Komplize dich ungestört ausnehmen kann. Es geht wieder voran in Europa.

MEINUNGEN

***Thomas Bachheimer** attakkiert im Wiener Nachrichtenmagazin „Format“ (18. September), wie **Euro-Rettung** und **Bürger-Entrechtung** Hand in Hand gingen:*

„Wie wir an den Entwicklungen rund um die Bankenunion und Zypern gesehen haben, bekommen wir monatlich eine neue Scheibe der Entrechtung und Entdemokratisierung vorgesetzt. Je länger dieses Euro-System unverändert am Leben erhalten wird, desto höher wird der Grad der Entrechtung der europäischen Bürger. Dem muss man sich entgegenstellen.“

***Urs Paul Engeler** beschreibt in der Schweizer „Weltwoche“ (37/2013) wie ein deutscher **Schuldkomplex** Freiheit und Demokratie in der Bundesrepublik untergräbt:*

„Diese deutschnationale Psychose nährt das abgrundtiefe Misstrauen gegenüber dem ungebundenen Individuum und somit die Angst vor der direkten Demokratie. Im Gegenzug werden alle Ausländer als bessere Wesen überhöht mit Anspruch auf jeglichen Beistand ... ‚Deutschland‘, so die repetitive Formel des Schuldbekenntnisses, habe eben ‚historisch eine besondere Verantwortung‘ – gegenüber Europa, gegenüber der Welt, gegenüber Ausländern. Aus diesen Denkzwängen kann die Politik sich nicht befreien ...“

*Im „Spiegel“ vom 16. September zieht der 19-jährige **FDP-Direktkandidat** im Berliner Osten, **Tom Wesener**, die Bilanz seiner Wahlkampferfahrungen:*

„Ich habe etwas gelernt. Ich weiß jetzt, dass ich es aushalte, ausgepfiffen zu werden. Ich weiß auch, wie zäh es ist, die Menschen von Politik zu überzeugen.“

*Der Ex-BDI-Präsident und **AfD**-Unterstützer **Hans-Olaf Henkel** ist sich sicher, dass die neue Partei auch **ohne Einzug** in den Bundestag **wirksam** werde. Im Internet-Wirtschaftsportal „MMnews“ (24. September) schreibt er:*

„Auch wenn die AfD beim ersten Anlauf den Sprung in den Bundestag nicht geschafft hat: Die Zeit, in der das Kartell der euromantischen Parteien die



Wahrheit über die Folgen der Euro-Rettungspolitik unter den Teppich kehren konnte, geht jetzt zu Ende.“

*Seine Partei habe „die **Demokratie ertüchtigt**“, behauptet **AfD**-Chef Bernd Lucke. Das sieht auch „Welt“-Kommentator **Wolfgang Büscher** so und schreibt in der Nummer vom 24. September:*

„Etwas wie die AfD musste kommen. Nicht dass es sie gibt und dass sie, eben gegründet, den Sprung ins Parlament fast geschafft hätte, ist besorgniserregend. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Gäbe es sie nicht und blieben die Sorgen der Deutschen unausgesprochen, müsste man fürchten, das Land sei in die Hände politischer Anästhesisten gefallen.“